Bericht

über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands

(Spartakusbund)

vom 20. bis 24. Oktober 1919.

Herausgegeben
von der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Spartakusbund).

Bericht

über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands

vom 20. bis 24. Oktober 1919.

Der Parteitag tritt am 20. Oktober zusammen auf der Wachenburg an der Bergstraße.

Ein Mitglied der Zentrale eröffnet den Parteitag und begrüßt die Delegierten, Bezirkssekretäre, Redakteure und Gäste. Der Belagerungszustand und die Verfolgungen der kommunistischen Führer durch die Ebertregierung ermöglicht uns nicht, in aller Öffentlichkeit zu tagen und zwingt uns zu größter Vorsicht in der Wahl unserer Tagungslokale. Soweit es in unserer Hand lag, haben wir alle Vorsichtsmaßregeln getroffen, um eine ungestörte Tagung zu ermöglichen.

Zu Vorsitzenden des Parteitages werden drei Genossen, zu Schriftführern zwei Genossen und in die Mandatsprüfungskommission fünf Genossen gewählt.

Die von der Zentrale vorgeschlagene

Tagesordnung

sieht fünf Punkte vor:

1. **Politische Lage und Geschäftsbericht.**
2. **Parlamentarismus.**
3. **Gewerkschaftsfrage.**
4. **Frauenagitation.**
5. **Neuwahl des Zentralausschusses.**

Der Parteitag stimmt dieser Tagesordnung zu.

Zu Punkt 2 und 3 der Tagesordnung: Parlamentarismus und Gewerkschaftsfragen werden je ein Vertreter der Hamburger Opposition als Korreferenten bestimmt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird ein längeres Begrüßungsschreiben des russischen Genossen Radek, der von der Ebertregierung schon seit Februar in Schutzhaft gehalten wird, verlesen, in dem er sich zu den zur Diskussion stehenden Parteifragen äußert. Es wird beschlossen, den Brief als Broschüre*) zu verbreiten und dem Genossen Radek die Grüße des Parteitages zu übermitteln.

1. Punkt der Tagesordnung:

Politische Lage und Geschäftsbericht.

Dazu liegen folgende, von der Zentrale vorgelegte

Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik

vor.

1. Die Revolution, geboren aus der wirtschaftlichen Ausbeutung des Proletariats durch den Kapitalismus und aus der politischen Unterdrückung

*) Herausgegeben unter dem Titel: „Zur Taktik des Kommunismus". Preis 20 Pfennig.

durch die Bourgeoisie zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Ausbeutungsverhältnisses, hat eine zweifache Aufgabe:

Beseitigung der politischen Unterdrückung und Aufhebung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses.

2. Die Ersetzung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses durch die sozialistische Produktionsordnung hat zur Voraussetzung die Beseitigung der politischen Macht der Bourgeoisie und deren Ersetzung durch die Diktatur des Proletariats.

3. In allen Stadien der Revolution, die der Machtergreifung des Proletariats vorangehen, ist die Revolution ein politischer Kampf der Proletariermassen um die politische Macht.

Dieser Kampf wird mit allen politischen und wirtschaftlichen Mitteln geführt.

Die K. P. D. ist sich bewußt, daß dieser Kampf nur mit den größten politischen Mitteln (Massenstreik, Massendemonstrationen, Aufstand) zum siegreichen Ende gebracht werden kann.

Dabei kann die K. P. D. auf kein politisches Mittel grundsätzlich verzichten, das der Vorbereitung dieser großen Kämpfe dient. Als solches Mittel kommt auch die Beteiligung an Wahlen in Betracht, sei es zu Parlamenten, sei es zu Gemeindevertretungen, sei es zu gesetzlich anerkannten Betriebsräten usw.

Da aber diese Wahlen als nur vorbereitende Mittel dem revolutionären Kampf unterzuordnen sind, kann auf die Anwendung dieser Mittel in ganz besonderen politischen Situationen verzichtet werden, nämlich wenn im Gange befindliche und auf die Entscheidung gehende revolutionäre Aktionen die Anwendung parlamentarischer Mittel vorübergehend oder dauernd überflüssig machen.

Die K. P. D. lehnt daher einerseits die syndikalistische Auffassung von der Überflüssigkeit oder Schädlichkeit politischer Mittel, anderseits die Auffassung der U. S. P. ab, daß revolutionäre Errungenschaften auch im Wege parlamentarischer Beschlüsse oder Verhandlungen mit der Bourgeoisie herbeigeführt werden könnten.

4. Schon vor Eroberung der Macht ist auf den Ausbau bestehender und die Schaffung neuer Räteorganisationen das größte Gewicht zu legen.

Dabei ist zunächst freilich im Auge zu halten, daß Räte und Räteorganisationen nicht durch Statuten, Wahlreglements usw. geschaffen werden können, und daß sie nicht durch Statuten, Wahlreglements usw. gehalten werden können.

Sie verdanken ihre Existenz vielmehr allein dem revolutionären Willen und der revolutionären Aktion der Massen und sind der ideologische und organisatorische Ausdruck des Willens zur Macht für das Proletariat geradeso, wie das Parlament dieser Ausdruck für die Bourgeoisie ist.

Aus diesem Grunde sind die Arbeiterräte auch die gegebenen Träger der revolutionären Aktionen des Proletariats. Innerhalb dieser Arbeiterräte haben sich die Mitglieder der K. P. D. fraktionsmäßig zusammenzuschließen und zu versuchen, durch geeignete Parolen die Arbeiterräte auf die Höhe ihrer revolutionären Aufgabe zu erheben und die Führung der Arbeiterräte und der Arbeitermassen zu gewinnen.

5. Die Revolution, die kein einmaliges Schlagen, sondern das lange, zähe Ringen einer seit Jahrtausenden unterdrückten und daher ihrer Aufgabe und ihrer Kraft nicht von vornherein voll bewußten Klasse ist, ist dem Auf- und Abstieg, der Flut und der Ebbe ausgesetzt. Sie ändert ihre Mittel je nach der Lage, sie greift den Kapitalismus bald von der politi-

schen, bald von der wirtschaftlichen, bald von beiden Seiten an. Die K. P. D. bekämpft die Anschauung, als löste eine wirtschaftliche Revolution eine politische ab.

Die wirtschaftlichen Kampfmittel sind von besonderer Bedeutung, weil sie dem Proletariat über die eigentlichen Ursachen seines wirtschaftlichen und politischen Elends in ganz besonderem Maße die Augen öffnen. Der Wert dieser Kampfmittel steigt um so mehr, als in dem Proletariat die Einsicht wächst, daß auch diese wirtschaftlichen Kampfmittel dem politischen Ziel der Revolution dienen.

Aufgabe der politischen Partei ist es, dem Proletariat den ungehinderten, auch von keiner konterrevolutionären Gewerkschaftsbureaukratie gehemmten Gebrauch dieser wirtschaftlichen Mittel zu sichern, wo nötig, selbst um den Preis der Zerstörung der Form der Gewerkschaft und Schaffung neuer Organisationsformen.

Die Anschauung, als könne man vermöge einer besonderen Organisationsform Massenbewegungen erzeugen, daß die Revolution also eine Frage der Organisationsform sei, wird als ein Rückfall in kleinbürgerliche Utopie abgelehnt.

6. Die Revolution selbst kann nur von den breiten Massen des Proletariats durchgekämpft, der Sieg nur bei deren klarem Willen und tätigster Entschlossenheit errungen und gehalten werden.

Nur die Massen und nur die Tat sind Träger und Mittel der Revolution.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist zu erklären, daß die passive Resistenz zwar im gegenwärtigen Augenblick die berechtigte Notwehr des Proletariats gegen Unterernährung und körperliche Erschöpfung während des Krieges und somit vollständig berechtigt ist, aber keine Aktion revolutionärer Massen darstellt.

Die individuelle Sabotage, d. h. die Sabotage Einzelner oder kleiner Gruppen verwirft die K. P. D. als ein von Anarchisten und Syndikalisten gepriesenes, tatsächlich aber gegenrevolutionäres Mittel, das die Aktion der Massen durch die Aktion Einzelner ersetzen will, in Wirklichkeit aber dadurch, daß es von den Massen als gegen sie gerichtet empfunden wird, die Revolution hemmt.

Die K. P. D. verwirft die Anschauung als utopisch, als sei der Generalstreik oder irgendeine andere Massenaktion ein einmaliger, unvermittelter, kraft der Organisation beliebig anwendbarer revolutionärer Akt. Der Generalstreik, wie jeder revolutionäre Akt, kann nur als natürliche Frucht aus den jeweils gegebenen politischen und ökonomischen Grundlagen und in organischer Steigerung hervorwachsen.

7. Die wirtschaftliche Organisation ist die, in der die breiten Massen sich sammeln. Hier steht ein wichtiger, wenn auch nicht der einzige Teil der Masse, die den revolutionären Kampf durchführt.

Die politische Partei ist demgegenüber zur Führung des revolutionären Massenkampfes berufen. In der K. P. D. sammeln sich die vorgeschrittensten und zielklarsten Elemente des Proletariats, die dazu berufen sind, in den revolutionären Kämpfen voranzugehen.

Im Interesse der Einheitlichkeit, geistigen Schulung und Übereinstimmung dieser Führerschicht müssen sie in der politischen Partei vereinigt sein.

Die syndikalistische Meinung, daß diese Vereinigung der zielklarsten Proletarier in einer Partei nicht notwendig sei, daß vielmehr die Partei gegenüber den wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats zu verschwinden

habe oder in ihnen aufgehen müsse, oder daß die Partei ihre Führung in revolutionären Aktionen zugunsten von Betriebsorganisationen usw. aufgeben und sich auf Propaganda beschränken müsse, ist gegenrevolutionär, weil sie die klare Einsicht der Vorhut der Arbeiterklasse durch den chaotischen Trieb der in Gärung geratenen Masse ersetzen will.

Die Partei kann aber dieser Aufgabe nur gerecht werden, wenn sie in revolutionären Epochen in straffster Zentralisation vereinigt ist. Föderalismus in solchen Zeiten ist nur die versteckte Form für die Verneinung und Auflösung der Partei, weil Föderalismus in Wirklichkeit die Partei lähmt. Ebenso wie für die politische ist für die wirtschaftliche Organisation des Proletariats straffste Zentralisation erforderlich. Der Föderalismus in wirtschaftlichen Organisationen macht einheitliche Aktionen der Arbeiter unmöglich. Die K. P. D. verwirft jeden Föderalismus.

8. Mitglieder der K. P. D., die diese Anschauungen über Wesen, Organisation und Aktion der Partei nicht teilen oder ihnen in Wort und Schrift entgegengehandelt haben oder entgegenhandeln, haben aus der Partei auszuscheiden.

Die politische Lage.

Das Referat hierüber hält als Vertreter der Zentrale P. *Levi*:

Parteigenossen und Genossinnen!

Der Brief, den Sie soeben gehört haben, und den auch ich mit Ihnen zum ersten Male hörte, wird Ihnen nicht ein Beweis sein dafür, wie gescheit wir in der Zentrale etwa sind, wenn wir Ihnen genau und fast auf den Wortlaut übereinstimmend eine Darstellung der politischen Situation geben, sondern er wird Ihnen beweisen, wie der Marxist auf Grund seiner Methode kritisch urteilt, auf objektiver Grundlage zu objektiven Schlüssen und Zielen kommt. Das gerade ist, was uns unterscheidet von allen anderen politischen Schulen und Politikern, daß wir nicht aus Gefühlen und Stimmungen heraus, sondern mit objektiven Taten die objektiven Dinge auf dieser Welt zu erfassen suchen, und daß es uns so glückt, getrennt und ohne Verbindung miteinander jederzeit Gleiches gleich zu beurteilen.

Wenn ich Ihnen ein Gesamtbild der Lage gebe, in die die deutsche Revolution geraten ist, so muß ich zurückgehen auf die wirtschaftliche und politische Lage, aus der heraus die deutsche Revolution entstanden ist.

Der Krieg hat nicht nur die politische Situation Deutschlands in bezug auf die auswärtigen Mächte und in bezug auf die Haltung der verschiedenen Parteien in Deutschland umgestürzt, er hat auch die deutsche Wirtschaft im tiefsten Grunde erfaßt und erschüttert. Freilich war das Bild, das der Krieg zunächst wirtschaftlich bot, ein äußerst blühendes. Sie alle kennen die Situation, die man zusammenfaßt unter dem Worte „Kriegskonjunktur". Das Bild eines äußeren Blühens und Wachsens, äußerlich besehen das Bild einer tropischen Fülle. Ungeheure Mengen an Geld und scheinbarem Reichtum kamen in Umlauf. Die Gewinne stiegen, die Löhne stiegen, die Verdienste der Industrie stiegen in die Millionen- und Milliardenzahlen. Die Fabriken vergrößerten sich. Immer neue Anlagen wurden geschaffen. Große Industrien schlossen sich zusammen. Immer gewaltigere Verbände entstanden selbst während des Krieges.

Aber all die Blüte dieses Bildes welkt, wenn man die Gründe sieht, auf denen diese Blüte beruht. Die Blüte der deutschen Wirtschaft während des Krieges beruhte darauf, daß ein neuer und ungeheuer zahlungsfähiger Kunde an die deutsche Industrie herangetreten war. Zwar war die deutsche Ausfuhr, die vor dem Krieg nahezu auf 11 Milliarden sich belaufen hatte, weggefallen. Aber an seine Stelle war getreten das Deutsche Reich mit einem jährlichen baren Verbrauch, das schon in den ersten Kriegsjahren die 11 Milliarden, die vorher der Welthandel aus Deutschland bezogen hatte, von der deutschen Industrie bezog, und das späterhin ein Kunde der deutschen Industrie war, der ein Vielfaches der 11 Milliarden jährlich bezog. Und das Deutsche Reich war ein guter Kunde. Es zahlte bar, es zahlte mit ungeheuren Summen, es zahlte, ohne nach dem Preise zu fragen, es kam ihm nur darauf an, die Ware zu haben, der Preis war Nebensache.

Die deutsche Industrie unterlag nicht mehr der Konkurrenz des Welthandels, die deutsche Industrie war dem Deutschen Reiche gegenüber monopolartig vereint, und das Reich fragte nicht nach dem Preise.

Womit aber schuf das Reich die Mittel, mit denen es seinen Warenkonsum bezahlte?

Das Reich gab Kriegsanleihen aus, gab Schatzscheine aus und gab Banknoten aus. Das heißt, das Reich bezahlte nicht mit Gütern, die bereits in der deutschen Volkswirtschaft vorhanden waren, es zahlte nicht mit Vermögen, die es schon in Händen hatte, sondern es zahlte mit seinem Kredit, das heißt zunächst mit dem, was die gegenwärtige Generation dem Reiche lieh.

Die Beträge allein aber reichten nicht. Denn das, was das Reich während des Krieges an Waren kaufte und verbrauchte, kann von der lebenden Generation nicht mehr bezahlt werden. Weit darüber hinaus nahm das Reich Schulden auf, die nicht nur die Arbeitskraft und das Arbeitsprodukt der Lebenden, sondern auch die Arbeitskraft und das Arbeitsprodukt kommender Generationen vorweg belasteten. Das, was die Generationen, die erst geboren werden, an Gütern schaffen werden, ist bereits im voraus belastet mit den Schulden, die das Reich einging, um die Kriegswaren zu kaufen.

Das war der eine Grund, weswegen die Kriegswirtschaft scheinbar so blühend war. Nicht *vorhandene, geschaffene* Werte traten an die Industrie heran, um sich in Waren umzusetzen, sondern erst künftig zu schaffende Güter wurden künstlich umgewandelt in Kriegsanleihen, Schatzscheine und Noten, um schon im jetzigen Augenblick als Käufer an die Industrie heranzutreten.

Dazu kam ein anderes, das den Eindruck von Fülle und Wohlstand erweckte. Die Blockade schnürte Deutschland von dem Weltmarkt ab. Deutschland war angewiesen auf die Güter, auf die Rohstoffe und Waren, die in seinen eigenen Grenzen sich befanden.

Und da blieb nichts unbeachtet. Das alte Metall, das irgendwo in einer Ecke rostet, das Kupfer, das schon zum Grünspan sich zu wandeln drohte, der alte Baumwollumpen, der irgendwo in einer Ecke moderte, jeder abgelegte Ladenhüter, alles wurde wieder hervorgeholt und hineingeworfen in den Produktionsprozeß oder hineingeworfen direkt in den Konsum. Deutschland befand sich im Stadium eines ungeheuren Ausverkaufs, in dem *alles*, auch *das*, was schon längst als wertlos aufgegeben war, wieder in Wert gewandelt wurde und nicht nur zu alten Werten verkauft wurde, sondern zu neuen Preisen, die gesteigert waren

durch die Abschnürung vom Weltmarkt und durch den Mangel an Rohstoffen überhaupt.

All das wurde in Geld umgesetzt. Die Scheine flogen nur so. Anscheinend wuchs die Geldfülle und der Reichtum. In Wirklichkeit aber war all dieses Häufen von Bergen von Papiergeld nicht ein Zeichen wirtschaftlicher Fülle und Kraft, sondern zunehmender Blutarmut der gesamten Wirtschaft. Die Scheine nahmen zu, die Waren aber nahmen ab und nahmen ab so sehr, daß schließlich eine völlige Blutleere des Wirtschaftskörpers eintreten mußte. Blutleere dann, wenn man unter Blut die Rohstoffe versteht.

Das alles wäre so schlimm nicht gewesen, wenn dieser ungeheure Betrieb gedient hätte der Schaffung produktiver Werte. Denn dann wären all die Ladenhüter und all die Abfälle und all der Fleiß eines Volkes in fünf Kriegsjahren gewandelt worden in Waren, die dem menschlichen Bedürfnis dienen. Es war ja aber Krieg, und alles, was geschaffen wurde, diente nicht dem Hunger und dem Bedürfnis des Menschen, sondern diente dem Hunger und dem Bedürfnis des Kriegsgottes. Alle Waren, geschaffen von eines gesamten Volkes Arbeit in fünf Jahren, wurde auf den Schlachtfeldern im Osten und im Westen im besten Sinne des Wortes verpulvert. Sie gingen als unproduktive Werte in die Luft.

Aus alledem ergibt sich: hinter dem äußeren Bilde der Blüte, das die Kriegswirtschaft bot, steckte der wirtschaftliche und zunehmende Bankerott, und man konnte schon während des Krieges mit aller Bestimmtheit sagen, daß eines Tages der Zeitpunkt kommen müßte, wo die äußere Blüte zusammenbrechen und der latente Bankerott ein offenkundiger werden müsse. Allein schon diese wirtschaftliche Entwicklung hätte das Kriegsende herbeiführen müssen, und die Frage war nur die: was wird rascher das Kriegsende herbeiführen? Die zunehmende wirtschaftliche Zerrütung oder ein politisch-militärischer Zusammenbruch?

Auf den Schlachtfeldern in Frankreich ist diese Frage entschieden worden. Ehe der wirtschaftliche Bankerott die deutsche Bourgeoisie zum Zusammenbruch brachte, brachen die Armeen zusammen, wurde die deutsche Bourgeoisie politisch und militärisch geschlagen und durch diese Katastrophe zur Beendigung des Krieges gezwungen. Aus dieser politisch-militärischen Katastrophe heraus erwuchs die deutsche Revolution.

Sie alle kennen die Lage der deutschen Revolution im November 1918.

Die Bourgeoisie war von den Schlägen in Frankreich so getroffen, daß sie schier ohnmächtig zu Boden sank. Das Haus von Lüge und Schwindel, das Kartenhaus vom Sieg und der Welteroberung, das Haus der Hohenzollern und der anderen Dynastien brach zusammen. Alles brach zusammen, und in dem großen Zusammenbruch war das einzige, was stehen blieb, das Proletariat.

So wurde der Eindruck hervorgerufen, als habe das Proletariat die Macht erobert, während doch im besten Falle die Lage die war, daß für das Proletariat die Möglichkeit gegeben war, sich die Macht zu erobern, die die Bourgeoisie nach wie vor in den Fabriken, in der Bureaukratie, in der Armee mit ihrem Offizierkorps, in den Gerichten, in der Presse, in der Kirche, in der Schule verankert hatte.

Die Frage, ob Proletariat oder Bourgeoisie, wurde nicht am 9. November entschieden, nicht einmal vorübergehend; die Frage wurde am 9. November nur aufgerollt, und erst in den folgenden Wochen und Monaten mußte sich zeigen, welche der beiden Klassen, ob das Proletariat oder die Bour-

geoisie, die revolutionäre Erhebung führen könnte zu dem Ziele, das jede dieser Klassen brauchte.

Denn auch die deutsche Bourgeoisie verfolgte mit der Revolution ein gewisses Ziel. Man kann nicht sagen, daß die deutsche Revolution schon am 9. November der Bourgeoisie zuwider gewesen wäre. Auch die deutsche Bourgeoisie glaubte, aus dieser Blüte Honig saugen zu können. Denn nachdem sie politisch-militärisch gescheitert war, war ja dies ihr Plan, durch Änderung der Staatsform und durch Verjagung der Hohenzollern sich billigere Friedensbedingungen zu erkaufen, als sie sonst glaubte erwarten zu müssen. Das Vaterland, d. h. der Geldschrank über den Parteien: mit der Parole marschierte man in den Krieg hinein. Das Vaterland, d. h. der Geldschrank über den Hohenzollern: mit der Parole hoffte man, aus ihm herauszumarschieren. So war die deutsche Bourgeoisie gewissermaßen in einer Doppelstellung. Einerseits mußte sie die Änderung der Staatsform, die durch die Erhebung des Proletariats herbeigeführt war, festhalten, das heißt insofern auf die Seite der Revolution treten. Andererseits mußte sie das Proletariat verhindern, die Revolution weiter zu treiben als bis zu einer bloßen Veränderung der Staatsform. Sie mußte das Proletariat verhindern, in der Revolution zu schreiten von der Veränderung der Staatsform zur Veränderung der Gesellschaftsform.

Das eine steht fest. In solchen revolutionären Erhebungen kann die eine Klasse die andere nicht durch Zeitungsartikel und Agitationsreden von der Nützlichkeit eines Zieles oder von der Notwendigkeit der Beschränkung auf ein gewisses Ziel überzeugen. War das Proletariat überhaupt einmal in Bewegung geraten, so mußte die Bewegung unwillkürlich hinaustreiben über die Änderung der Staatsform zu dem Ziele, das allein das Ziel einer proletarischen Bewegung sein kann, nämlich die Änderung der Gesellschaftsform. Die Tatsache einer proletarischen Bewegung an sich enthielt die Forderung nicht der Vernichtung der Hohenzollern, sondern der Vernichtung der Bourgeoisie. Und so war die Lage der deutschen Bourgeoisie die, daß sie, um mit Marx zu reden, mit der Waffe in der Hand die Forderung des Proletariats widerlegen mußte.

Diese Verschiedenheit der Ziele, die Bourgeoisie und Proletariat naturnotwendigerweise in der Revolution verfolgen mußten, war dem Proletariat vielleicht zum ersten Male klar in den Dezembermonaten, und die blutige Auseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Proletariat begann in jenen Januartagen in Berlin, in denen zum ersten Male ein großes Massenschlachten von Proletariern erfolgte. Das Ziel jener Kämpfe, diese Widerlegung der Forderungen des Proletariats durch die Waffe, hat Noske auf eine knappe Formel gebracht in seiner Selbstbiographie, in der er zum Schluß sagt: „Am 11. Januar bin ich in Berlin eingerückt, am 19. Januar konnten die Wahlen zur Nationalversammlung in Berlin ungehindert stattfinden.“

Das heißt, das Proletariat war soweit zur Raison gebracht, daß es den ersten Schritt zur Beschränkung der Revolution auf das Ziel der Bourgeoisie — dieser erste Schritt waren die Wahlen zur Nationalversammlung — mußte über sich ergehen lassen.

Rundum durchs Reich ging dann diese Auseinandersetzung weiter. Bremen, Berlin, München sind die großen Etappen, die jenen Weg der Auseinandersetzung zeigen. Und in dem Maße, in dem die Auseinandersetzung voranschritt, in dem Maße, in dem die Revolution geschwächt wurde, baute sich die Konterrevolution planmäßig aus. Mit der Fähig-

keit zur Organisation, mit der Zähigkeit in der Verfolgung ihres Zieles, die der deutschen Bourgeoisie zu eigen ist, verband sich die Brutalität preußischer Junker und die Niedertracht proletarischer Renegaten. Aus dieser Dreieinigkeit ergab sich ein konterrevolutionärer Organismus von einer Kraft und einer Rücksichtslosigkeit in der Verfolgung seiner Ziele, wie ihn die Weltgeschichte nur in wenig Fällen kennt.

Und doch war während jener Zeit die Lage der deutschen Bourgeoisie keine leichte. Zwar focht sie nach der einen Seite gegen das deutsche Proletariat, aber sie war gezwungen, nach der andern Seite noch immer die Waffen zu halten gegen die Bourgeoisie der Entente. Sie war nicht in der glücklichen Lage, auf der einen Seite die Kelle und auf der andern Seite das Schwert halten zu müssen. Sie mußte auf beiden Seiten ein Schwert halten, und die Gefahr einer Katastrophe auch von der andern Seite, das heißt von der Seite der Bourgeoisie der Entente, war täglich groß.

Diese schwierige Situation der deutschen Konterrevolution wurde beendigt durch den Frieden von Versailles. Der Frieden von Versailles bedeutet, daß, vorläufig jedenfalls, die deutsche Bourgeoisie das Schwert, das sie bis jetzt nach außen richten mußte, niederlegen kann, und daß sie ihre ganze Kraft wenden kann gegen das deutsche Proletariat. Und neben allen anderen Todsünden, die die Unabhängigen an der deutschen Revolution begangen haben, ist die schwerste. die, die ihnen nicht verziehen werden kann, die, daß *sie* es waren, die der deutschen Bourgeoisie die Möglichkeit dazu beschafft haben.

Denn die deutsche Bourgeoisie hatte sich auch in dieser Krise noch einmal festgerannt. Um Eindruck auf das Ausland zu machen, hatte sie den nationalen Rummel ins Werk gesetzt, eine nationale Flut herbeigehezt, das wuchs und wuchs und drohte, den ungelehrigen und ungelehrten Lehrling zu ertränken.

Die Unabhängigen sind es dann gewesen, die der Bourgeoisie in dieser ihrer höchsten Not geholfen haben, den Schwall zu bannen und die äußere Ruhe zu verschaffen, deren die Bourgeoisie bedurfte, um die deutsche Revolution völlig zu erledigen.

So konnte die deutsche Bourgeoisie dann ungestört den Aufbau der Konterrevolution, den Ausbau der Revolution als Änderung der Staatsform im Gegensatz zur Revolution als Änderung der Gesellschaftsform vornehmen. Die Änderung der Staatsform war beendet mit dem 11. August 1919, dem Tage der Annahme der Verfassung. Wenn Sie die Begrüßungsartikel lesen, die die deutsche bürgerliche Presse vom „Vorwärts“ bis zur „Kreuz-Zeitung“ zu diesem Tage gebracht haben, so werden Sie übereinstimmend die Töne finden: „Jetzt ist die Zeit der Rechtlosigkeit und Unordnung vorüber, wir leben wieder in einem Rechtsstaate, die neue Staatsform ist in rechtliches Gewand gebracht und also fest gegründet. Die deutsche Revolution ist jetzt beendet.“

Die deutsche Bourgeoisie hätte mit alledem recht, wenn die Krise, aus der heraus die deutsche Revolution erwachsen ist, gleichzeitig beendigt wäre. Aber nicht die äußere Erscheinungsform der Revolution ist das Entscheidende: der krisenhafte Zustand, in dem die Gesellschaft sich befindet, entscheidet darüber, ob revolutionäre Bewegungen kommen oder nicht. Oder, wie es Marx ausdrückt: „Eine neue Revolution ist nur möglich im Gefolge einer neuen Krise, ist aber ebenso sicher wie diese.“ Und so ist, wenn wir nach dem weiteren Geschick der deutschen Revolution fragen, die *entscheidende* Frage die: befindet sich die deutsche Bour-

geoisie noch in einer Krise, und welches ist die Tendenz, die diese Krise verfolgt?

Zunächst ist auch nach dem Frieden von Versailles die politische Krise der deutschen Bourgeoisie noch nicht beendigt; nur insofern gemildert, als der *unmittelbare* Gebrauch der *Waffen* von seiten der Entente ausscheidet. Aber die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und der Bourgeoisie der Entente, sie geht weiter. Sie muß weiter gehen. Denn es ist ein törichtes Gerede, das merkwürdigerweise auch in den Reihen unserer Partei zu hören ist: Deutschland sei als imperialistischer Staat zertrümmert. Deutschland *ist* ein imperialistischer Staat *nach wie vor* und *muß* es *so lange* bleiben, als es ein *kapitalistischer* Staat ist. Sein imperialistischer Charakter ist derselbe, nur haben unter dem Gewicht der Gründe, die der deutschen Bourgeoisie im Weltkriege begreiflich gemacht worden sind, Ziele und teilweise Mittel der deutschen Bourgeoisie sich geändert. Das Ziel etwa des großtürkischen Reiches, das Ziel des zentralafrikanischen Kolonialreiches hat die deutsche Bourgeoisie, vorläufig jedenfalls, begraben. Und an die Stelle des Säbelrasselns ist pazifistisches Säuseln getreten. Aber die Entente rechnet mit Deutschland noch nach wie vor als einem imperialistischen Staate und rechnet mit imperialistischen Tendenzen, die diesem Staate eigentümlich sind, und rechnet insbesondere mit der Tendenz des Zusammenschlusses Deutschlands mit einem künftigen, wiederum kapitalistischen und imperialistischen Rußland.

Aus diesem Gesichtspunkte heraus ist zu verstehen die Zähigkeit, mit der die englische Bourgeoisie die deutsche Randstaatenpolitik als Erbe übernommen hat. Die Randstaaten sollen der Wall sein, der künftig Deutschland und Rußland trenne.

Aber nicht nur das. Die Bourgeoisie der Entente will die imperialistischen Tendenzen Deutschlands an sich schwächen dadurch, daß es die deutsche Wirtschaft in weitere Krisen treibt. Und so geht, nachdem der Krieg beendigt ist und das gekommen ist, was der Imperialismus Frieden heißt, in Wirklichkeit der Krieg und die Auseinandersetzung zwischen den Bourgeoisien ruhig weiter, und die neuerdings über Deutschland verhängte Blockade zeigt, wie die Entente auf dem Weg der Auseinandersetzung mit Deutschland weiterschreitet.

Daß von dieser neuen Blockade so wenig Wesens gemacht wird, auch in der ausländischen Presse, das hat seine guten Gründe. Die Blockade während des Krieges hatte ja den Zweck, das deutsche Volk moralisch zu erschüttern, und mußte deswegen mit großem Lärm angekündigt werden. Die Blockade jetzt soll aber an Stelle der kriegerischen Auseinandersetzungen treten. Sie soll „friedlich“ wirken. Sie soll geräuschlos den Zweck der Schwächung des deutschen Imperialismus erfüllen. Und darum all die Stille über die neue Blockade.

Bei alledem ist aber die Entente selbst heute nicht mehr der feste Block, als der sie während des Krieges erschien, und als den sie selbst sich heute noch gern zeigen will. Die Sprünge in diesem Block werden täglich deutlicher. All die Gegensätze in der Gruppe imperialistischer Staaten, die gestern die Entente hießen und heute der „Völkerbund“ heißen, und die verkleistert wurden während des Krieges, treten wieder hervor: der Gegensatz zwischen Frankreich und Italien in den orientalischen Fragen, der Gegensatz zwischen Amerika und den europäischen Mächten in der Frage des Orients, der Gegensatz zwischen England und Amerika, der Gegensatz zwischen Amerika und Japan. Alle diese und noch andere

Gegensätze zeichnen sich klar schon wieder heute am Horizonte ab, so daß, ginge die Entwicklung weiter, wir heute schon wieder jenes wunderschöne Bild des Friedens voraussehen könnten, das in diesen Harmonien hineinführt in den nächsten Massenmord.

Aber auch in ihrer Basis stehen die Ententestaaten nicht mehr unerschüttert. Auch dort ist die Wirtschaft durch den Krieg aufs tiefste zerrüttet. Die Preise sind revoltiert. Die Arbeiterschichten sind in Bewegung geraten. Die Bourgeoisie ist zu Konzessionen gedrängt worden, und sie ist heute schon in ungeheure Schwierigkeiten geraten. In welche verzweifelte Situation beispielsweise heute schon die Bourgeoisie Englands geraten ist, mag Ihnen folgendes Beispiel sagen.

Infolge der Verkürzung der Arbeitszeit, die die Bergarbeiter in England erzwungen haben, muß der Preis der Tonne Kohlen in England um 6 Schilling gesteigert werden. Diese sechs Schilling Steigerung bedeuten eine Steigerung des Eisenpreises auf 17 Pfund Sterling pro Tonne gegenüber einem Preis von 11 Pfund Sterling pro Tonne in Amerika. Damit ist die ganze große englische Eisenindustrie lahmgelegt. Und so treibt eine Maßnahme und eine Konzession, zu der die Bourgeoisie durch die Arbeiterbewegung gezwungen wird, hinein in Krisen, deren Folgen unabsehbar sind.

Weiter aber. Auch in den Staaten der Entente ist die Industrie unter der künstlichen Züchtung während des Krieges ungeheuer gewachsen. Die Produktion ist ungemessen gesteigert. Aber die Länder, die bisher die Waren verbrauchten, sind arm geworden. Alle Staaten der sogenannten zivilisierten Welt sind von dem Kriege erfaßt worden, sind verarmt und können nicht mehr als Käufer auftreten.

So ist die große Industrie in Amerika und England völlig verstopft. Sie hat keine Möglichkeit, die Anlagen, die sie erstellt hat, noch weiter zu beschäftigen. Und die Bewegung, die bis jetzt entstanden ist, ist nicht zur Ruhe gekommen. Die Steigerung der Preise in allen Ländern geht weiter. In allen Ländern besteht infolgedessen der Versuch, die Löhne weiter zu steigern, und diese „Schraube" ohne Ende, von der die deutsche Bourgeoisie jammert, wird schon in allen Staaten gedreht. Im Grunde ist die wirtschaftliche Lage in allen diesen Staaten, über die der Krieg gezogen ist, genau so verzweifelt wie die in Deutschland, die ja schon verzweifelt wäre, auch wenn die besonderen Lasten des Friedens nicht über sie gekommen wären.

Ich will Ihnen im folgenden zeigen, wie diese wirtschaftliche Lage der deutschen Bourgeoisie ist, weil ja aus dieser wirtschaftlichen Lage heraus, neben der politischen, das Schicksal der Revolution sich entscheiden wird.

Zunächst freilich ist eines zu bemerken. Die wirtschaftliche Krise, in der wir uns befinden, ist im Grunde zu unterscheiden von der kapitalistischen Krise, mit der wir sonst als einer periodischen rechnen müssen. Jene periodischen Krisen beruhen darauf, daß die anarchische Produktion den Konsum um ein Vielfaches überschritten hat, daß der Reichtum an Waren die Absatzkanäle verstopft hat, und daß die Industrie stocken muß, bis jene Absatzkanäle wieder frei sind für neu zu schaffende Waren. Die jetzige Krise aber beruht nicht auf Warenüberfluß, sondern auf dem größten Warenhunger, den die Welt vielleicht jemals gesehen hat, auf einer Entblößtheit von Waren aller Art, von der man sich vor dem Kriege kaum eine Vorstellung machen konnte. Und es soll nicht verschwiegen werden, daß diese Tatsache des ungeheuren Warenhungers der deutschen Bourgeoisie

über die wirtschaftliche Krise hinweghelfen würde, wenn überhaupt irgendeine Möglichkeit bestünde, die Krise zu lösen.

Ich will versuchen, die einzelnen Faktoren der wirtschaftlichen Lage Deutschlands zu zergliedern. Zunächst die Finanzlage. Die Schuld des Deutschen Reiches am 1. August 1914 betrug 5,2 Milliarden. Die Schuld des Deutschen Reiches am 1. August 1919 betrug 166 **Milliarden.** Von diesen 166 Milliarden waren 90 Milliarden fundiert; unfundiert, das heißt in Schatzscheinen und Schatzwechseln begeben, das heißt mit kurzen Fristen einlösbar, waren 76 Milliarden. Die gesamte öffentliche Schuld im Deutschen Reiche, das heißt die Schuld von Reich, Einzelstaaten, Kommunen und anderen öffentlich-rechtlichen Verbänden betrug am 1. August 1914 34 **Milliarden**, am 1. **August** 1919 218 **Milliarden.** Zu den 166 Milliarden, die das Deutsche Reich am 1. August 1919 schuldig war, kommen bis zum 31. März 1920 an heute bereits fest voraussehbaren Ausgaben 34 Milliarden, so daß am 31. März 1920 die gesamte Schuld des Deutschen Reiches sich belaufen wird auf mindestens 200 Milliarden. Davon sind im besten Falle 95 Milliarden fundierte und 105 Milliarden unfundierte, das heißt mit kurzen Fristen rückzahlbare Schuld, zusammen mit den bestehenden und noch hinzukommenden Schulden der Einzelstaaten usw., muß man von diesem Zeitpunkt ab mit einer Gesamtschuld von 260 Milliarden rechnen, **was pro Kopf der Bevölkerung** bedeutet eine Schuldenlast von 4500 **Mark gegenüber** einer Schuld von 450 **Mark** pro Kopf der Bevölkerung am 1. **August** 1914.

Weiter: der Gesamtbedarf des Reiches an Steuern, worin allerdings der größte Teil der Steuern der Einzelstaaten mit einbegriffen ist, wird sich belaufen auf 25 Milliarden pro Jahr, der Gesamtbedarf an Steuern also hiernach pro Kopf auf rund 420 **Mark gegenüber** 62 **Mark vor dem Kriege.** Von dem allein schon kann man sagen, daß dies Zahlen sind, deren Verwirklichung als ein Ding der Unmöglichkeit erscheint. Und bei alledem ist noch nicht mit einem Pfennig berücksichtigt das, was Deutschland nach dem Friedensvertrag an das Ausland zu zahlen hat. Von all diesen Verpflichtungen will ich nur die wichtigsten herausgreifen.

Am 1. Mai 1921 ist Deutschland zu zahlen schuldig einen Betrag von 40 Milliarden Mark. Von diesem Betrage gehen allerdings ab zirka 20 Milliarden, die auf diese erste Ratenzahlung in Anrechnung gebracht werden, an Lieferungen, die auf Grund des Waffenstillstandes gemacht wurden (Handelsschiffe, Kriegsschiffe, Waffen, Eisenbahnmaterial usw.). Wenn Sie in den letzten Tagen die triumphierende Nachricht in den Zeitungen gelesen haben, daß Deutschland „bereits 20 Milliarden von seiner Kriegsschuld abgetragen habe", so sind unter diesen 20 Milliarden zu verstehen eben diese Lieferungen auf Grund des Waffenstillstandsvertrages.

Es bleiben also am 1. Mai 1921 zu bezahlen 20 Milliarden in Gold, das heißt nach dem heutigen Kurs einen Betrag von über 100 Milliarden deutsche Mark.

Dazu kommt aber vom 1. Mai 1921 ab eine Verpflichtung zur Zahlung einer zweiten Rate von 40 Milliarden Goldmark. Diese zweite Rate, über deren Auszahlung vorläufig noch nichts bestimmt ist, ist vom 1. Mai 1921 mit 2½ Prozent, vom 1. Mai 1926 ab mit 5 Prozent Zinsen zu bezahlen. 5 Prozent Zinsen von 40 Milliarden in Gold, das heißt nach dem heutigen Kurse eine Summe von weit über 10 Milliarden Mark pro Jahr.

Weiter hat Deutschland beispielsweise sofort zu bezahlen den Betrag, den Belgien den Entente-Staaten schuldig geworden ist aus Vorschüssen während des Krieges. Belgien beziffert diese Zahlen auf 12,7 Milliarden Franken, das heißt nach dem heutigen Kurse etwa 70 Milliarden Mark. Sofort zu bezahlen. Bei allem ist dann noch mit keinem Wort berücksichtigt das, was dahinter steht, die große Restschuld an die Entente, die sich in die Hunderte von Milliarden beläuft, und deren Festsetzung überhaupt erst später erfolgen soll.

Mit einem Wort zusammengefaßt: die finanzielle Situation des Deutschen Reiches ist so, daß der finanzielle Zusammenbruch kommen muß, und daß sie nicht etwa heute am schlimmsten ist, sondern daß sie an Schärfe noch zunehmen muß. Denn selbst auf Grund der Zahlen, die heute vorliegen, wird der kritischste Augenblick für die deutsche Bourgeoisie erst kommen am 1. Mai 1926, dem Tage, an dem sie die Rate von 40 Milliarden mit 5 Prozent wird verzinsen müssen. Womit freilich nicht gesagt ist, daß die übrige Situation des Deutschen Reiches es der deutschen Bourgeoisie erlauben wird, bis zu jenem Augenblick überhaupt durchzuhalten, daß der Zusammenbruch nicht schon aus anderen Gründen vor diesem Zeitpunkt erfolgen wird.

Denn das Bild der wirtschaftlichen Situation wird nicht freundlicher, wenn wir auf andere Gebiete sehen. Zunächst die Frage der Valuta. Für die Frage der Valuta kommt zweierlei in Betracht. Einmal: die Valuta richtet sich nach Angebot und Nachfrage nach Marknoten und -wechseln auf den Börsen, d. h. nach der Verschuldung des Deutschen Reiches an das Ausland, verglichen mit der Verschuldung des Auslandes an Deutschland.

Von einer Verschuldung des Auslandes an Deutschland kann kaum mehr gesprochen werden. Die Auslandswerte, die Deutschland ehedem besaß, sind während des Krieges für Lebensmittel, die gekauft wurden, für Rohstoffe, die eingeführt wurden, usw. längst aufgebraucht. Deutschland hat aufgehört, im Welthandel ein Gläubigerstaat zu sein und ist ein Schuldnerstaat geworden. Die Schulden, die Deutschland im Auslande hat, setzen sich aus zwei Posten zusammen. Einmal die Verschuldung an das Ausland von seiten der Industrie, der öffentlichen Behörden usw. Sie beläuft sich auf rund 3 Milliarden Goldmark. Dieser Posten ist im wesentlichen ein Posten auf festen Kredit, so daß für die Valuta nur in Betracht kommt der Betrag, den Deutschland jährlich an Zinsen aus dieser Verschuldung zu zahlen hat. Drei Milliarden Goldmark bedeuten aber immerhin nach dem heutigen Geldstand einen Betrag von nahezu einer Milliarde, die jährlich an das Ausland für Zinsen zu zahlen sind. Dieser Betrag allein fällt schon zuungunsten der deutschen Valuta dauernd in die Wagschale.

Dazu kommt aber weiter, daß die Notenschuld, die Deutschland im Auslande hat, das heißt, daß die Noten, die im Auslande schwimmen, und die täglich auf dem Valutenmarkt lasten können, sich auf etwa 15 Milliarden beläuft. Was das bedeutet, geht daraus hervor, daß beispielsweise ein Angebot von wenigen Hunderttausend Mark auf der Börse in Zürich oder in Basel den Kurs der Mark um Prozente werfen kann, und so muß eine Notenschuld von 15 Milliarden für absehbare Zeit den Kurs der deutschen Mark auf dem schlechten Niveau halten oder auf ein noch schlechteres als bisher herabdrücken. Wenn allein die Bewertung der deutschen Mark sich nach Anfrage und Nachfrage richten würde, könnte die Valuta nicht steigen, sie müßte weiter fallen.

Die Bewertung der deutschen Valuta ist aber nicht allein abhängig von Angebot und Nachfrage, sie hängt auch ab von der Bewertung der deutschen Mark, das heißt von dem inneren Werte, den die Mark hat. Ein Tausendmarkschein im Auslande bedeutet die Möglichkeit, Gold oder Waren in einem gewissen Werte aus Deutschland zu beziehen. Nehmen Sie also an, die Summe von Waren oder Gold, die in Deutschland vorhanden ist, sei feststehend — sie ist nicht feststehend, sondern nimmt ständig ab —, so müßte der innere Wert der Mark sich verringern mit jeder Vermehrung des Gesamtumlaufes an Noten, weil mit der Erhöhung des Gesamtumlaufes bei gleichbleibender Gold- oder Warenmenge die Aussicht, Gold oder Waren für den Tausendmarkschein zu bekommen, sinkt. Nun aber muß bei der fortschreitenden Verschuldung des Reiches die Zahl der umlaufenden Noten weiter steigen; das Reich hat kaum eine Möglichkeit, den Notenumlauf nicht steigen zu lassen oder gar zu senken. So wird auch die innere Entwertung der Mark fortschreiten. Die Valuta muß weiter sinken, und was das bedeutet, ergibt sich dann, wenn Sie bedenken, daß Deutschland, wenn es überhaupt seine Industrie wieder aufbauen will, angewiesen ist auf den Bezug von Rohstoffen aus dem Auslande.

Der deutsche Rohstoffmarkt ist völlig von Waren entblößt. Kein Rohstoff ist mehr vorhanden: Baumwolle oder Wolle, Kupfer oder Gummi, Eisenerz oder Häute, welchen Rohstoff Sie auch nehmen: es ist bitterste Not an ihm. Wenn Sie ein Beispiel haben wollen, was Einkauf von Rohstoffen auf dem Weltmarkt unter den gegenwärtigen Valutaverhältnissen und bei der Steigerung des Preises aller Rohstoffe auf dem Weltmarkt bedeutet, dann mag Ihnen folgende Zahl dienen.

Die Zahl der Spindeln belief sich vor dem Kriege in Deutschland auf zwei Millionen. Nach Abtrennung, zumal des Elsaß mit seiner großen Textilindustrie, beläuft sich die Zahl der Spindeln noch auf rund 1½ Millionen. Um diese 1½ Millionen zu beschäftigen, müßte Deutschland Baumwolle einführen, nach dem heutigen Werte der Baumwolle und nach dem heutigen Kurse der Mark in Höhe von ungefähr 15 Milliarden gegenüber 500 Millionen, die Deutschland vor dem Krieg an Baumwolle einführte.

Das ist aber die Baumwolle allein. Dazu kommen alle anderen Rohstoffe, die Deutschland aus dem Auslande beziehen muß, und dazu kommt der Rohstoffmarkt auch insoweit, als er nicht auf den Bezug aus dem Auslande angewiesen ist, sondern im Inlande seine Quellen hat.

Ich meine zumal die Situation der Kohle. Es liegt ein Bericht des Bergbaulichen Vereins in Essen vor, von dem ich bemerke: er ist nicht etwa bewußt ungünstig; denn er entstand in einer Polemik gegen eine noch weit ungünstigere Auffassung, die ein Mitglied des Bergbaulichen Vereins aufgestellt hatte, und die durch diese Berechnung des Bergbaulichen Vereins korrigiert werden sollte. Der Bericht ist also eher zu günstig als zu ungünstig.

Danach betrug die deutsche Kohlenproduktion im Jahre 1913 191,5 Millionen Tonnen. Hierzu kam eine Einfuhr von 10,38 Millionen Tonnen, es ging ab eine Einfuhr von 31 Millionen Tonnen, so daß für die deutsche Wirtschaft verblieb ein Stock von 170,9 Millionen Tonnen. Davon wurden gefördert in den abgetretenen oder abzutretenden Gebieten 66,9 Millionen Tonnen (speziell Oberschlesien 49,07), so daß, auf das Rumpfgebiet berechnet, Deutschland zur Verfügung stünden 104 Millionen Tonnen.

Im Jahre 1913 wurden nun verbraucht: in den abgetretenen Gebieten 55 Millionen Tonnen, im Rumpfgebiet 115,9 Millionen Tonnen. Von diesen 115,9 Millionen Tonnen gehen jetzt ab 43,3 Millionen Tonnen, die nach dem Friedensvertrage jährlich an die Entente zu liefern sind, so daß der deutschen Wirtschaft zur Verfügung stünden noch 82,12 Millionen Tonnen. Das heißt minus 29 Prozent. Von diesen 82,12 Millionen Tonnen entfällt, berechnet nach den Zahlen von 1913, auf Verbrauch der Eisenbahnen, öffentlichen Gebäude, Hausbrand usw. 63 Millionen Tonnen, so daß für die Industrie verbleiben über 19,12 Millionen Tonnen gegenüber 52,9 Millionen Tonnen im Jahre 1913, das heißt minus 64 Prozent.

Genau sind diese Zahlen freilich nicht. Durch Einschränkung bei den Eisenbahnen, beim Hausbrand usw. wird die Ziffer der 63 Millionen herabgemindert, und der Anteil der Industrie also erhöht werden. Auf der anderen Seite aber wird dieser Anteil wieder verkleinert durch die Tatsache, daß die Förderung an Kohle entfernt nicht die Höhe von 1913, nicht an Quantität und nicht an Qualität, erreicht. Kurzum: schon allein die Lage in der Kohlenversorgung bedeutet das schwerste Asthma für die deutsche Wirtschaft auf unabsehbare Dauer.

Nicht anders auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung. Der deutsche Boden ist ausgesaugt, die landwirtschaftliche Produktion gewaltig zurückgegangen. Deutschland ist wichtiger Produktionsgebiete beraubt. Posen und Westpreußen sind an Polen abgetreten. Ostpreußen ist vom deutschen Wirtschaftskörper abgeschnitten und kann in dem Umfang wie bisher **nicht** in Rechnung gestellt werden. Noch viel mehr als bisher ist Deutschland auf den Weltmarkt angewiesen. Der Bezug der Nahrungsmittel vom Weltmarkt aber bedeutet neue Steigerung der Preise. Und die Optimisten, die bei der Aufhebung der Blockade Halleluja sangen, daß jetzt die Preise fallen würden, werden inzwischen bemerkt haben, wie die Aufhebung der Blockade nicht ein Fallen, sondern ein Steigen der Preise bedeutet.

Nur eines hat sich an der Hungerleiderei, wie sie während des Krieges war, geändert. Während des Krieges war die Unmöglichkeit, gewisse Nahrungsmittel zu kaufen, eine absolute. Auch für Geld und gute Worte konnte man sie nicht bekommen. Heute ist die Unmöglichkeit eine relative. Es ist nur eine Frage des Geldes, was man kaufen kann oder nicht. Jeder Schaufensterladen spricht heute davon, was man kaufen kann, wenn man Geld hat, und was man entbehren muß, wenn man keines hat.

Nach alledem ist das Bild des deutschen Wirtschaftslebens ein völlig hoffnungsloses. Und die Hoffnungslosigkeit wird insbesondere deutlich dann, wenn man die Hoffnung sieht, die die deutsche Bourgeoisie sich selbst macht. Zwei Hoffnungen hat sie noch. Die eine ist der amerikanische Kredit. Wer nüchtern rechnet, kann sich sagen: der Kredit, den Deutschland beanspruchen müßte, um seine Wirtschaft zu rangieren, beläuft sich in so viele hundert Milliarden, daß selbst das reiche Amerika nicht imstande ist, diese Beträge zu leihen, zumal die amerikanische Bourgeoisie, soweit sie leistungsfähig ist, zunächst den bisherigen Bundesbrüdern, voran Frankreich, Italien und Belgien, wird helfen müssen.

Die andere Hoffnung aber ist, daß die deutsche Bourgeoisie quasi als Zwischenmeister des englisch-amerikanischen Kapitals funktionieren würde, das heißt Rohstoffe importieren, im Lohn Ware herstellen und diese dann wieder exportieren würde. Auch der Weg ist nicht gangbar, schon des-

wegen nicht, weil ihn die deutsche Bourgeoisie nicht gehen kann, wenn sie nicht ihre Existenz selbst verneinen will. Wird sie nur englisch-amerikanischer Zwischenmeister, so hat sie überhaupt aufgehört Herrin des eigenen Kapitals zu sein.

Sehen Sie auf dieses gesamte Bild der wirtschaftlichen und politischen Lage, so müssen Sie sagen: die Krise, die politisch und wirtschaftlich Deutschland zerrüttet hat, ist mit dem Frieden von Versailles und mit der Annahme der deutschen Verfassung nicht beendigt. Die Krise, die der Krieg hervorgerufen hat, die zeichnet sich in ihren schwersten Folgen erst am Horizonte ab. **Wir stehen nicht am Schlusse, wir stehen am Anfang der großen Krise**, die der Krieg über Deutschland und über die Welt hereingebracht hat. Wir stehen **objektiv** erst am Anfang der Krise, und wir stehen auch **subjektiv** erst am Anfang der Krise. Denn all die großen Schichten, die bisher der deutschen Revolution fernstanden, sie werden erst mit fortschreitender Krise merken, was der Krieg und was die Krise für sie bedeutet. Erst der Steuerzettel wird dem Bauer sagen, was der Kapitalismus ihm gebracht hat. Erst der Steuerzettel, die notwendige Reduzierung der Gehälter, die steigende Verarmung wird dem Mittelstand, den Beamten sagen, was der kapitalistische Krieg ihnen gebracht hat. Nicht die Tatsache, daß wir ihnen Reden halten, wird diese Schichten in die Revolution treiben; die Folgen, die sie am eigenen Leib spüren, die erst werden sie zu uns ins Lager der Revolution bringen.

Und nun ist bei allem die Frage die, wie hat sich in dieser Situation das Proletariat, wie hat sich die Kommunistische Partei zu verhalten. Die Gesamtlage des Proletariats ist klar. Bis jetzt hat es äußerlich Niederlage um Niederlage erlitten, ist die Konterrevolution von Stufe zu Stufe gestiegen. Seine Lage und seine Aufgabe ist gezeichnet in den Worten von Marx: „Nicht in seinen unmittelbaren tragikomischen Errungenschaften brach sich der revolutionäre Fortschritt Bahn, sondern umgekehrt in der Erzeugung einer entschlossenen, noch mächtigen Konterrevolution, in der Erzeugung eines Gegners, durch dessen Bekämpfung erst die Umsturzpartei zu einer wirklich revolutionären Partei heranreifte."

Hier ist die Aufgabe der kommunistischen Partei klar umschrieben. Sie muß den Kern bilden für die entschlossene revolutionäre Umsturzpartei.

Mächtig hat sich die Konterrevolution aufgebaut. Barbarischer denn je wirkt sie mit Belagerungszustand und Noskegarden, mit Mord und mit Kerker, mit Knebelung der Presse und mit dem Schrecken der Justiz, mit „Volksgerichten" und mit Kriegsgerichten, mit Streikbrechergarden und mit dem moralischen Meuchelmord der Verleumdung. Politisch und wirtschaftlich, eines ins andere verschlingend, wie Faschinen eines Walles, hat die Konterrevolution einen Trutz errichtet: die Kommunistische Partei ist berufen, die Truppen zu führen, die diese Burg nehmen sollen. Und wir müssen ohne Beschönigung und ohne Haß und ohne Übertreibung feststellen, inwiefern die Partei dieser Aufgabe gerecht geworden ist, und wir müssen ohne Haß und ohne Übertreibung feststellen: die Partei ist dieser Aufgabe nicht gerecht geworden. Die Partei befindet sich in einem Zustand schwerster Zerrüttung; die Partei ist von ihrem klaren Wege, den Marxistische Theorie ihr vorschreibt, abzuweichen im Begriff. Die Partei ist hineingeraten in eine schwere Krankheit, die ich bezeichne mit einem Worte: Syndikalismus. Und ich gehe weiter. Diese syndikalistische Krankheit ist nicht von außen in unsere Partei hineingetragen worden, sie ist innerhalb der Partei entstanden, und sie hat ihren Sitz in Hamburg.

Das Ihnen zu beweisen, wird jetzt meine Aufgabe sein. Denn erst wenn Sie von dieser Krankheit überzeugt sind, werden Sie sich überzeugen lassen, daß wir alle Mittel anwenden müssen, um die Partei von dieser Krankheit zu heilen.

Was ist der Kern der syndikalistischen Theorie? Der Syndikalismus geht von der Tatsache aus, daß der Proletarier wirtschaftlich ausgebeutet wird in den Betrieben. Auf dieser an sich richtigen Tatsache baut der Syndikalismus seine Theorie auf. Ein einfaches Rezept. Wenn alle Proletarier sich nicht mehr ausbeuten lassen, dann fällt alle politische Unterdrückung, alle Unfreiheit und Knechtung ohne weiteres dahin. Und wie hebt der Proletarier die wirtschaftliche Ausbeutung auf? Auch hier das einfachste Mittel der Welt: der Proletarier *läßt* sich nicht mehr ausbeuten, er streikt, er sucht seine Genossen mitzureißen in den Generalstreik und aus diesem Generalstreik heraus, mag auch sein einer Serie von Streiks, wird an dem „großen Abend", wenn infolge Zerstörung der Wirtschaft durch den Streik die Bourgeoisie zusammenbricht, in „direkter Aktion" der Sozialismus herauswachsen, fix und fertig und vollendet, wie die Minerva dem Haupte des Jupiter entsprang.

Der Charakteristika des Syndikalismus im Gegensatz zum Kommunismus sind also drei.

Der Syndikalismus sieht in der Revolution einen rein ökonomischen Vorgang. Wird der Proletarier, sagen die Syndikalisten, nur in den Betrieben ausgebeutet, so kann er sich auch nur in den Betrieben befreien. Wir Kommunisten aber sagen: Freilich geht die Ausbeutung nur in den Betrieben vor sich, aber die Mittel, mit denen die Bourgeoisie das Proletariat zur Ausbeutung zwingt, sind politische Mittel. Die Staatsgewalt mit allen ihren Ausdrucksformen, Polizei und Militär, Presse und Gerichte, Parlament und Propaganda sind die Mittel, mit denen sie des Proletariates Nacken unter das Joch beugt. Diese politischen Mittel müssen wir mit politischen Mitteln bekämpfen: die erste Etappe in dem Befreiungskampf des Proletariats ist für uns die Eroberung der politischen Macht und deren Ausübung in diktatorischem Wege. Der Syndikalismus lehnt den Kampf um die politische Macht ab: wir stellen ihn in den Vordergrund.

Zweitens: weil der Syndikalismus in der Revolution einen rein ökonomischen Kampf sieht, verwirft er alle politischen Mittel auf Seiten des Proletariats als schädlich, und am meisten verwirft er die politische Partei. Wir Kommunisten aber sehen, weil wir den politischen Kampf voranstellen, in der politischen Partei das Lebensprinzip der Revolution und in der Kommunistischen Partei die Führerin des revolutionären Kampfes.

Drittens: die Syndikalisten sehen im Generalstreik das A und das O der Revolution; in ihm beginnt und endigt sie. Dauernd den Generalstreik propagieren, die Massen für den Generalstreik sammeln, eine Organisation schaffen, die den Generalstreik führen kann: das ist revolutionäre Tätigkeit. Wir Kommunisten aber sagen: Es gibt für die Revolution kein Rezept. Revolution heißt dauernder politischer und wirtschaftlicher Kampf. Kampf in allen Formen und Kampf mit allen Mitteln. Kein Mittel ist uns zu klein und keines ist uns zu groß. Man kann nicht *ein* Mittel als alleiniges propagieren, weil ein Mittel sich aus dem andern ergibt, weil die größere Aktion aus der kleineren herauswächst, weil die Klasse des Proletariats nicht für *ein* Mittel geschaffen, sondern zum Gebrauch *aller* Mittel sich entwickeln muß, weil auch das friedliche Mittel des Generalstreiks, die „direkte Aktion", nicht die Revolution erfüllen kann, sondern

daß der Generalstreik über sich hinauswachsen muß in den Generalaufstand, in den Aufstand des gesamten Proletariats. Man kann, mit einem Wort, die Revolution nicht mechanisch *machen* mit einem gepriesenen Patentmittel, sondern Revolution ist der organisch sich gestaltende Befreiungsprozeß der gesamten proletarischen Klasse, mit *allen* Mitteln, auf *allen* Wegen, an *allen* Orten.

Und viertens: weil wir Kommunisten in der Revolution den gesamten politischen Kampf des Proletariats sehen, der sein Ziel nur erreichen kann durch Zusammenfassung der gesamten Kräfte des Proletariats, suchen wir die Zusammenfassung zu erreichen durch straffste Zentralisation der Kommunistischen Partei, die die Kämpfe führen soll. Der Syndikalismus, der in der Revolution nur die ökonomische „Befreiung" und den ökonomischen Kampf sieht, sieht sein Werk schon als erfüllt an, wenn auch nur die Arbeiter der Betriebe in den Kampf um den Betrieb treten. So sind wir Kommunisten zentralistisch, die Syndikalisten aber sind föderalistisch.

Und nun wollen wir sehen, ob Hamburg noch kommunistisch ist oder nicht.

Die Grundlage der ganzen Hamburger Theorie ist, daß die politische Revolution nunmehr beendet sei, und daß an die Stelle der politischen Revolution nunmehr getreten sei die ökonomische Revolution.

So sagt Wolfheim in seiner Broschüre „Betriebsorganisation oder Gewerkschaft": „Die deutsche Revolution, die sich in ihren politischen Formen am 9. November des vorigen Jahres vollendet *hat* — . . ."

Das heißt, daß die Revolution in ihren „politischen Formen" nunmehr beendet ist — und „daß die proletarische Revolution im wesentlichen die ökonomische Revolution sei, die die Aufgabe hat, die ganze Ökonomie, die ganze Wirtschaftsform von Grund auf umzuwälzen. Wenn die politische Revolution sich vollzog auf der Straße, so konnte das die ökonomische Revolution nicht. Sie konnte sich nicht durch bewaffnete Aktion vollziehen, sondern sie hatte sich dort zu vollziehen, wo der wirtschaftliche Prozeß wurzelt — in den Betrieben."

Es ist also ein ökonomischer Vorgang, diese Revolution, und sie hat auch ein ökonomisches Ziel, das Wolfheim wie folgt beschreibt: „Die kapitalistische Wirtschaft zu zerstören . . . durch eine fortgesetzte Kette weiter und weiter um sich greifender revolutionärer Massenstreiks, die einen Industriezweig nach dem andern erfassen, die die Wirtschaft des ganzen Landes erschüttern und endlich die kapitalistische Klasse zwingen zum Eingeständnis ihres Bankrotts. Bankrott ist sie schon heute, aber die Ver[illegible] aufgeben, sich aufs neue zu erholen, ein Eingeständnis ihrer Un[illegible]keit geben, das tut die kapitalistische Klasse nicht. Das kann sie nicht, das hieße Selbstmord begehen."

Ich rede nicht von dem Widersinn, der in diesen beiden letzten Sätzen liegt, wo im letzten Satze davon die Rede ist, die Bourgeoisie könne das Eingeständnis ihres Bankrotts nicht abgeben, während im ersten Teile gesagt ist, daß das Ziel der Revolution sei, die Bourgeoisie zum Eingeständnis ihres Bankrotts zu zwingen. Ich rede nur von dem Gesamtbilde, [illegible] in diesen Sätzen von dem Wesen und dem Gang der Revolution gegeben ist. Danach ist die politische Revolution tot, das heißt die Revolution, die nach dem politischen Ziele der Diktatur des Proletariats strebt, ist [illegible]. An ihre Stelle ist getreten eine ökonomische Revolution, die ihre Basis hat in den Betrieben, das heißt in dem Sitze des Wirtschaftsprozesses und die sich bedient allein der wirtschaftlichen Mittel, das heißt des revo-

lutionären Massenstreiks, und die ihr Ziel erreicht nicht durch Eroberung der politischen Macht, sondern durch Zerstörung der Wirtschaft und durch das Eingeständnis ihres Bankrotts von seiten der Bourgeoisie.

Hier ist in jedem Gedanken wiedergegeben das Bild, das sich die Syndikalisten von der Revolution machen. Ein rein ökonomischer Vorgang, der alle Politik und alles Politische beiseite läßt.

In diesem Zusammenhange wird Ihnen zunächst klar, welch anderes Gesicht die Frage des Antiparlamentarismus erhält dann, wenn ihn die Hamburger vertreten. Und nur in diesem Zusammenhange wird Ihnen die ganze Schärfe des Gegensatzes klar, der in der Frage des Parlamentarismus zwischen uns und den Hamburgern besteht.

Sie glauben in Ihrer Mehrheit, daß wir momentan und in Anbetracht der jetzigen Situation der Revolution auf die Anwendung parlamentarischer Mittel verzichten können. Darüber ist eine Debatte möglich, darüber können wir uns verständigen. Denn es ist ja auch nach unserer Auffassung möglich, daß in einer besonderen Lage der Revolution ein solcher Verzicht eintreten könne. Und die Frage ist nur die, ob gegenwärtig eine solche Lage sei oder nicht. Zwischen den Hamburgern aber und uns besteht der Gegensatz, daß die Hamburger als Syndikalisten die Anwendung jedes parlamentarischen Mittels verschmähen deswegen, weil das parlamentarische Mittel ein politisches Mittel ist, weil es das Proletariat ablenkt von der, wie die Syndikalisten sagen, ökonomischen Revolution und hinführt zur Auffassung der Revolution als einem politischen Vorgang, als einem Kampf um politische Ziele.

Die Hamburger verneinen den Parlamentarismus, weil er politisch ist. Und Sie, die heute parlamentarische Tätigkeit ablehnen, lehnen sie ab, obgleich Parlamentarismus politisch ist.

Und wie jedes politische Mittel verneint der Syndikalismus und verneinen die Hamburger das wichtigste politische Mittel, dessen sich das Proletariat bedienen kann, nämlich die Partei.

In diesem Zusammenhange wird die Frage der Allgemeinen Arbeiterunion, die wir in anderem Zusammenhang auf dieser Tagung besprechen werden, von einer ganz besonderen Bedeutung. Denn für die Hamburger bedeutet die Allgemeine Arbeiterunion die Organisationsform, die nicht nur die ökonomische Revolutionsform tragen und führen soll, sondern die zugleich dazu bestimmt ist, die politische Partei, die nach syndikalistischer Auffassung wenn nichts Schädliches, so doch ein Überflüssiges ist, abtöten soll.

Da möchte ich eines vorausschicken. Die Allgemeine Arbeiterunion, das heißt nach Hamburger Ausdrucksweise „die proletarische Klassenorganisation, die alle Proletarier umfassen soll“, oder „die allgemeine Klassenorganisation aller Proletarier“, die die Hamburger als sozusagen funkelnagelneu aus Amerika bezogen haben, ist weder ein Hamburger noch ein amerikanisches Patent. Sie ist nicht das Neueste auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung und Arbeiterorganisation. Sie steht nicht am Schlusse der Entwicklung der Arbeiterschaft, sondern an ihrem Anfang. Der Gedanke von der „one big union“, der einen großen Arbeitervereinigung, entstand in England in der Chartistenbewegung und ist mit der Chartistenbewegung selbst als eine Unmöglichkeit zu Grabe getragen worden. Und die Tatsache, daß in Amerika heute der Gedanke der one big union, der einen großen Organisation, die alle Proletarier zu umfassen habe, noch Anhänger hat, ist kein Beweis für die Fortgeschrittenheit der amerikanischen Arbeiter, sondern ein Beweis dafür, wie unter den besonderen Ver-

hältnissen Amerikas die amerikanische Arbeiterschaft theoretisch, ökonomisch und politisch zurückgeblieben ist. Die Tatsache, daß der revolutionäre ...t der amerikanischen Arbeiterschaft noch in diesen Illusionen befangen ...it, ist nur ein Widerspiel der Zurückgebliebenheit der amerikanischen ...beiterbewegung überhaupt, die auch dadurch zum Ausdruck kommt, daß ... auf der anderen Seite noch einen Gompers erträgt und sich von ihm ...führen läßt.

Was ist nun nach Hamburger Auffassung die Aufgabe der one big union, ... Allgemeinen Arbeiterunion gegenüber der Partei? Ich habe hier ...einen Artikel, unterzeichnet von dem Maler Heinrich Vogeler, den die ...Kommunistische Arbeiterzeitung am 30. September 1919 veröffentlicht hat. ...heißt es: „Daß das Wachsen der Arbeiterunion den Tod aller Par...teien zur Folge hat, ist in ihrem Wachstum logisch bedingt. Denn auf ...diesem Boden wird sich, wie in Amerika, die völlige Einigung des Prole...tariats vollziehen.“

Wenn nun zu dieser Stelle ein Redakteur der Hamburger Arbeiter...zeitung (Zwischenruf Laufenberg: Fritz Wolfheim ist der Redakteur) die ...Bemerkung gemacht hat, dieser Auffassung über die zukünftige Rolle der ...Partei stimme die Redaktion nicht zu, so weiß der Genosse Wolfheim, der ...diesen Zusatz gemacht hat, offenbar nicht, was in anderen Nummern seiner ...Zeitung, wie ich annehme, er selbst über die Rolle der Arbeiterunion und ...der Partei geschrieben hat.

In der Nummer vom 31. Juli 1919 schreibt die Hamburger Arbeiter...zeitung: „Die proletarische Klassenorganisation kann erst wirtschaftliche ...und politische Einheitsorganisation sein, wenn ihr Aufbau vollendet ist. ...Bis zu diesem Zeitpunkt bedarf sie einer besonderen politischen Partei, ...die ihren Hauptzweck sieht in der Propaganda der Einheitsorganisation ...und des Rätesystems. Die Kommunistische Partei propagiert die prole...tarische Einheitsorganisation und das Rätesystem, um sich mit der ...Verwirklichung ihrer Forderung selbst als politische ...Partei aufzuheben. Die Kommunistische Partei wird ...mit der Verwirklichung der proletarischen Klassen...organisation aufhören, neben ihr als Partei zu bestehen.“

Damit hat die Hamburger Schule unserer politischen Partei das Ur...teil gesprochen: sie ist wert, daß sie zugrunde geht.

Und wenn auch die Hamburger Syndikalisten sagen, daß diese Partei ...nicht von heute zu morgen zerstört sein soll, so ist sie doch heute schon dar...an, den Lebensnerv dieser unserer Partei schon heute zu ertöten. Einmal ...dadurch, daß sie versucht, die Partei herauszudrücken von ihrem eigent...lichen Felde der revolutionären Aktion, und sie hervorzudrücken zu ...einer losen Propagandagesellschaft. Das Wort Propagandagesellschaft ist ...keine böswillige Erfindung von mir, es ist wörtlich das, was die Ham...burger Schule vertritt.

So sagt Wolfheim bereits in dem oben zitierten Satz, daß die Partei ...lediglich die Aufgabe habe, der Propaganda der Einheitsorganisation ...und des Rätesystems. Und wenn demgegenüber der Genosse Wolfheim ...sich etwa darauf berufen will, daß das — wie er sich ausdrückt — „eine ...unglückliche Formulierung“ sein soll, so weise ich darauf hin, daß er genau ...dasselbe gesagt hat auf der Bezirkskonferenz von Bremen.

Nach dem Bericht des Bremer Kommunisten vom 27. September 1919 ...hat Wolfheim dort ausgeführt, daß die Kommunistische Partei aus einer ...Partei der Aktion, die sie im November gewesen ist, ...sich gewandelt habe zu einer Partei der Propaganda.

Aktionen seien ganz und gar Angelegenheit der Masse geworden. Sie werden geführt von der Allgemeinen Arbeiterunion und politisch orientiert von der Kommunistischen Partei.

Das also soll jetzt die Aufgabe der Kommunistischen Partei sein, Flugblätter liefern, Artikel liefern, Schlagwörter liefern, kurzum die Propaganda liefern dafür, daß in der Allgemeinen Arbeiterunion jener unklare Mischmasch von Proletariern, die sich „zum Rätesystem bekennen“, von „unbewußten Proletariern“ sich vereinige zu einem Ziel, das niemand erkennen kann. Nicht nur im Ziel soll unsere Partei verkümmert werden, sie soll auch jetzt bereits verkümmert werden in ihrer Existenzform. Diese versteckte Form, in der die Partei soll abgetötet werden, das ist der Föderalismus.

Die Syndikalisten wissen ganz genau, weshalb sie den Föderalismus predigen für die politische Organisation. Sie wissen ganz genau, daß der Föderalismus für die Einheit und Geschlossenheit der Partei und für die entschlossene politische Aktion des Proletariats den Tod bedeutet, und aus der Erkenntnis und aus ihrem Willen heraus, daß man die politische Partei töten müsse, predigen die Hamburger den Föderalismus.

So schreiben sie in der Nummer vom 31. Juli 1919: „Alle in einem
„Betriebe beschäftigten Arbeiter und die ganz oder fast proletarischen
„Angestellten haben sich zusammenzuschließen in einer Betriebsorgani-
„sation, die mit den Betriebsorganisationen aller Betriebe der gleichen
„Industrie auf föderalistischer Grundlage nach Industriegebieten über das
„ganze Land zusammengeschlossen ist. Alle föderalistisch zusammenge-
„schlossenen Organisationen aller Industrien vereinigen sich auf födera-
„listischer Grundlage zu der großen einheitlichen proletarischen Klassen-
„organisation, die in ihren föderalistischen Sektionen den wirtschaftlichen
„Teilkampf als Ganzes, den politischen Endkampf führt.“

Das also ist die Lehre, die die Hamburger aus zwölf Monaten deutscher Revolution, aus Tausenden von Leichen und aus einer Reihe von Niederlagen der deutschen Revolution gelernt haben, die darauf beruhten, daß das Proletariat zu einer einheitlichen Aktion noch nicht sich aufschwang: daß man in föderalistische unzusammenhängende Gebilde das Proletariat zerschlagen müsse.

Und wie denken sich überhaupt die Hamburger Syndikalisten den Gang der Revolution? Sie haben es verstanden, sich mit der Löwenhaut des Erzradikalismus zu bekleiden, und es ist höchste Zeit, darnach zu sehen, ob hinter dieser Löwenhaut ein Löwe oder ein Esel sich berge. Darüber gibt uns der geistige Zwillingsbruder des Genossen Wolfheim, der Genosse Laufenberg, Aufschluß.

In seiner Broschüre über die Hamburger Revolution gibt der Genosse Laufenberg Ausführungen wieder, die er im Dezember 1918 gemacht hat. Er spricht dort folgendermaßen: „Wolle man die Revolution in geordneter
„Weise fortführen und doch die politische Macht der Arbeiterklasse sichern,
„wolle man der Verschärfung der Klassengegensätze und *vielleicht gar*
„*dem Bürgerkrieg vorbeugen*, so biete sich dazu nur ein Weg...

„Um beiden Möglichkeiten (der Ausfall von rechts und von links)
„und dem notwendig daraus entstehenden Bürgerkrieg *vorzubeugen*,
„müsse einerseits an der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse in vollem
„Umfange festgehalten werden, um die Sozialisierung zu sichern. Auf
„der anderen *Seite aber müsse dem Bürgertum die Mög-*
„*lichkeit gewährt werden, entsprechend seiner zahlen-*

„*mäßigen Bedeutung, Gang, Art und Form der So-*
„*zialisierung mit zu beeinflussen.* Die Berufung der Kon-
„stituante bedeutet grundsätzlich die Infragestellung der politischen Macht
„der Arbeiterklasse und führe zur Wiederherstellung der politischen Macht
„der Bourgeoisie, wenn die Arbeiterklasse nicht geschlossen als Klasse
„und einig in den Wahlkampf gehe. Zur Konstituante, nach der die
„Bourgeoisie förmlich schreie, dürfe daher nicht greifen, wer an der poli-
„tischen Macht der Arbeiterklasse festhalte, wohl aber könne man neben
„das Herrschaftsorgan der Arbeiterklasse, neben einem Zentralrat der
„Räte ein aus allgemeinen Wahlen hervorgehendes Parlament stellen,
„das unter der Kontrolle der Arbeiterregierung und mit fest *umrissenen*
„*Befugnissen dem Bürgertum einen gewissen Spiel-*
„*raum gewährt und es ihm ermöglicht, beim Fort-*
„*gang der Sozialisierung sein Interesse zur Geltung*
„*zu bringen.*“

Das also ist der Hamburger Erzradikalismus, und das steckt hinter dem wüsten Geschrei vom prinzipiellen Antiparlamentarismus, mit dem die Hamburger nun seit Monaten die Partei erschüttern.

In den Leitsätzen, die die Zentrale Ihnen über den Parlamentarismus vorlegt, ist gesagt: „Die Kommunistische Partei Deutschlands steht also dem Parlamentarismus *als einem Mittel zur Ausübung einer Klassenherrschaft grundsätzlich ablehnend gegenüber.*“ Damit haben wir unseren Standpunkt gegenüber dem Parlamentarismus klar präzisiert. Heute, wo es sich für uns darum handelt, die politische Macht zu holen, müssen wir uns jedes politischen Mittels, auch des Parlaments, bedienen. Hat aber das Proletariat die Macht, so lehnen wir es ab, so, wie die Hamburger taten und tun, diese Macht mit der Bourgeoisie zu teilen. Was die Hamburger wollen, das ist nicht der Mischmasch, den die U. S. P. will, das ist noch etwas ganz anderes. Die U. S. P. will die *Verankerung des Rätesystems im Parlamentarismus.* Der Genosse Laufenberg hat ein neues Patent, die *Verankerung des Parlamentarismus im Rätesystem*, um der Bourgeoisie zu erlauben, „beim Fortgang der Sozialisierung sein Interesse zur Geltung zu bringen“. Redet Karl Kautsky, redet Hilfferding anders? Was steckt hinter all dem Hamburger Geschrei, das wie so erzblutiger Radikalismus sich anhört und gelten will? Nichts anderes als der Traum von der friedlichen Revolution, der Revolution Hand in Hand mit der Bourgeoisie, der Revolution mit dem Rätesystem in der einen und dem Parlament in der anderen Hand, der Revolution im Wege der Verständigung mit der Bourgeoisie über die Interessen der Bourgeoisie beim Fortgang der Sozialisierung. Die Abgrenzung, die wir vernehmen müssen, ist keine Abgrenzung nach links, sie ist eine nach rechts.

Es ist wörtlich das, was Karl Marx zeichnet mit folgenden Worten: „Die Klasse der Kleinbürger träumt die friedliche Durchführung ihres Sozialismus, abgesehen etwa von einer kurztägigen 2. Februar-Revolution. *Ihr erscheint natürlich der kommende geschichtliche Prozeß als die Anwendung von Systemen, welche die Denker der Gesellschaft, sei es in Kompagnien, sei es als einzelne Erfinder, aussinnen oder ausgesonnen haben.* So werden sie die Elektiker oder Adepten der vorhandenen sozialistischen Systeme des doktrinären Sozialismus, der nur so lange

der theoretische Ausdruck des Proletariats war, als es noch nicht zur freien geschichtlichen Selbstbewegung sich fortentwickelt hat."

Systeme, die die Hamburger „Denker", sei es einzeln, sei es in Kompagnien, erfunden haben, beherrschen die Hamburger Politik. Anstelle des großen geschichtlichen Prozesses der Revolution tritt ein System. Die Revolution ist aufgelöst in einen Organisationsprozeß. Warum ist für die Hamburger die Revolution verloren gegangen? Der Genosse Wolfheim findet darauf die Antwort: „Wären die deutschen Proletarier „nicht daran gewöhnt gewesen, ihren Führern zu folgen, hätten sie vor „Staunen nicht Sprache und Denkfähigkeit verloren, dann würden sie „wohl wenigstens in dem Augenblick (das heißt am 9. November) sich „die Frage vorgelegt haben, was nun geschehen solle, um die eroberte „Macht zu behaupten . . . Die Proletarier sind nicht auf den Gedanken „gekommen, daß es notwendig war, die Macht nun auch fest zu ver„ankern, sie neu zu organisieren."

Das ist nach Wolfheimscher Denkmethode das Ergebnis der deutschen Revolution. Die Proletarier „sind nicht auf den Gedanken gekommen" und haben nicht die „richtige Organisationsform" gefunden. Darum konnten sie die Macht am 9. November nicht halten.

So einfach ist für uns Marxisten der revolutionäre Prozeß nicht. Die Organisationsform, deren das Proletariat im Augenblick fähig ist, kann nicht das Produkt auch noch so großer Köpfe sein, auch nicht solcher wie der Hamburger „Denker". Und wenn die Proletarier nicht auf die notwendigen Gedanken am 9. November „gekommen" sind, so lag es nicht daran, daß die Hamburger „Denker" ihnen die Gedanken nicht sagen konnten, sondern der Grund lag tiefer.

Daß Organisationsform und Denken des deutschen Proletariats in der Revolution versagten, das ist historisch begründet in der Jahrtausende alten Sklaverei des Proletariats, ist historisch begründet dadurch, daß diese sich selbst befreiende Klasse sich erst in langem, schweren Ringen ihres Weges bewußt werden muß, und begründet darin, daß erst die gewaltige Schule der Revolution die Kämpfe und die Siege, die Niederlagen und das Verbluten, das Anstürmen und das Zurückweichen des Proletariats erheben können zu der Höhe der Auffassung seiner Aufgabe und seiner Pflichten, daß es versteht, die Macht zu ergreifen, und daß es versteht, die Macht auszuüben.

Das ist unsere Auffassung vom Gang der Revolution. Nicht eine Organisationsform, die irgend ein Hamburger Schlaumeier als neueste Erfindung mit aus Amerika gebracht hat, kann das Werk der Revolution verrichten, sondern nur der Wille, der Glaube, der Opfermut und die Klarheit der großen Massen selbst, aus denen sich das notwendige „Denken" und die „Organisationsform" ganz von selbst ergeben.

Und wie können diese Massen zu diesem großen Ziele geführt werden? Auch darin haben wir Marxisten unsere Meinung. Und diese Meinung ist: nicht eine Gruppe von Schlaumeiern und ausgeruhten Köpfen, die „einzeln oder in Kompagnien" Systeme oder Organisationsformen erfinden, können die Führer des Proletariats in diesem Befreiungskampf sein. Die Führer des Proletariats sind jene selben Proletarier, die die tiefste Einsicht erlangt haben in die Lage und in die Ziele des Proletariats, die den energischsten und sichersten Willen haben zur Erreichung dieser Ziele. D i e müssen sich vereinigen in einer Partei, und diese Partei ist die kommunistische. Hier ist die Führerschicht des Proletariats beieinander, die in jeder einzelnen Aktion, die an jedem Tag und in

jeder Stunde dem Proletariat in seinen Kämpfen vorangeht, ihm die Wege zeigt und ihm die Ziele weist.

Das ist die historische Aufgabe, die unsere Partei hat, und wer nach zwölf Monaten der Revolution diese Führerschicht, die sich gebildet hat und bildet, zerstören will, der sie auflösen will zugunsten eines wirren Kreises von unbewußten, ihrer Ziele und ihrer Lage nicht klar bewußten Proletariern, der begeht Hochverrat an der Revolution und will, daß alle die Berge von Leichen, daß alle Opfer und alle Seufzer, die das Proletariat in diesen Monaten gebracht hat, umsonst gebracht seien.

Und ich sage weiter: die Lage unserer Partei ist so geworden, daß sie, so wie sie ist, nicht weiter bleiben kann. Die Partei droht zerrüttet zu werden, sie ist lahm geworden. Die Meinungen sind verwirrt, wir haben keine Klarheit mehr in unseren Reihen, und ohne Klarheit sind wir keine Partei, sind wir ein wilder Haufen, der selbst nicht einmal geführt werden kann, geschweige denn selbst führen könnte. Und hier muß Wandel geschaffen werden. Was auch kommen mag, das schlimmste, wenn es komme, es könnte nicht schlimmer sein als das, was ist.

Aus diesem Grunde legt ihnen die Zentrale die Leitsätze vor, von denen Sie Kenntnis genommen haben. Sie enthalten nichts Neues, sie enthalten das, was unter denen sich von selbst verstehen sollte, die überhaupt in einer politischen Partei vereinigt sind. Sie enthalten das Bekenntnis zum Kommunismus und enthalten das Bekenntnis zur Kommunistischen Partei.

Wir legen Ihnen diese Leitsätze vor in vollem Bewußtsein dessen, was ihre Anahme oder Ablehnung bedeutet. Wir m ü s s e n über das Leben und die Existenz der Partei entscheiden und über mehr. Denn nicht die Augen unserer Parteigenossen allein sind auf Ihre Entscheidung gerichtet. Die Fragen, die Sie heute entscheiden, sind von der größten Bedeutung für die ganze 3. Internationale. In allen Ländern, in Frankreich und Italien zumal, stehen dieselben Auseinandersetzungen bevor wie die, die heute bei uns notwendig ist. Und ich wage zusagen: daß wir den syndikalistischen Schreiern in unserer Partei so weiten Spielraum gelassen haben, hat heute schon der 3. Internationale den empfindlichsten Schaden zugefügt. Woran hat sich der Anschluß der Schweizer Partei an die 3. Internationale zerschlagen? An nichts anderem als daran, daß es der dortigen Rechten möglich war, zu sagen, die 3. Internationale sei „prinzipiell" *antiparlamentarisch*.

Wir helfen, wenn wir uns auf klaren Boden stellen, auch der 3. Internationale aufs Land. Die freilich eine andere Internationale ist als die, die die Hamburger sich ausmalen. Denn auch über die Internationale haben die Hamburger Syndikalisten ihre eigene Meinung.

In jenem Artikel von Heinrich Vogeler findet sich ein Satz, der von der Redaktion Fritz Wolfheims nicht verworfen, der gebilligt ist. Dort heißt es:

„Die Arbeiterunion wird die internationale Einigung des Proletariats bereiten m i t s y n d i k a l i s t i s c h e n K a m p f m i t t e l n zur Kommunistischen klassenlosen Gesellschaft."

Uns Kommunisten ist die Internationale ein ander Ding. Uns ist sie die Vereinigung, die klar und stetig mit kommunistischen Mitteln auf politischen Wegen die Proletarier aller Länder zusammenführt zum großen Ziel: der politischen Erhebung der Proletarier aller Länder, der proletarischen Weltrevolution.

Wir müssen zur Klarheit hindurch um jeden Preis. Wir wissen, daß für uns schwere Stunden kommen. Nichts Schlimmeres als der Kampf zwischen feindlichen Brüdern. Und doch: selbst wenn wir tausendmal Schlimmeres erfahren müßten: die Revolution, die schon so vieles von uns gefordert hat, wird uns bereitfinden auch dann, wenn sie das schwerste Opfer von uns verlangt. Was kommt: wir werden es tragen, um der deutschen Revolution, um des Proletariats, um der Internationale willen.

Tune cede malis, sed contra audentior ito!

Keinem Übel weich aus, gehe mutigen Schritts ihm entgegen!

Geschäftsbericht der Zentrale.

In der Nachmittagssitzung wird von einem **Mitglied der Zentrale** der Geschäftsbericht erstattet. Der Geschäftsbericht der Zentrale erstreckt sich über ein Jahr, da die Tätigkeit der K. P. D. in Wirklichkeit mit dem Tage der Revolution begann, wenn auch die Gründung der Partei erst Ende Dezember erfolgte. Ich kann Ihnen leider keinen so ausführlichen Bericht geben, wie es erwünscht wäre. Zwei Hindernisse stehen dem im Wege. Einesteils ist es nicht zweckmäßig, den Herrn Noske und seinen Auftraggebern bis ins Innerste unserer Organisation blicken zu lassen, anderenteils fehlen umfangreiche zahlenmäßige Belege unserer Tätigkeit, da bei dem wiederholten Auffliegen der Zentrale und ihrer Abteilungen viel Material der Regierung in die Hände gefallen ist.

Bei der Gründung der Partei fehlte ein organisatorischer Apparat noch fast vollständig. Es wurden zuerst die vielen Einzelverbindungen des Spartakusbundes als Grundlage der neuen Organisation benutzt. Erst auf der Berliner Konferenz wurde eine vollständige Organisation geschaffen durch Einteilung des Reichs in 22 Bezirke, mit je einem Bezirkssekretariat. Damals wurde eine Zentrale von 9 Mitgliedern gewählt, die die politische und organisatorische Leitung der Partei übernahm.

Die guten Anfänge des organisatorischen Aufbaues in den wenigen Wochen der Legalität wurden bereits durch den Januaraufstand zerstört, seit dieser Zeit muß die Zentrale ihre Arbeit illegal verrichten. Die Schwierigkeiten, die dadurch entstehen, sind Ihnen bekannt.

Diese sind allerdings nicht allein auf die Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung zurückzuführen. Die Gründung erfolgte während der hochgehenden revolutionären Bewegung. Viele glaubten, daß ein umfangreicher organisatorischer Apparat, wie überhaupt eine organisatorische Zusammenfassung der Genossen nicht notwendig sei, da doch in Kürze das Proletariat die Herrschaft übernehmen werde und dann im Rätesystem auch die politische Organisation aufgehen würde. Die Gründung von Mitgliedschaften, die Beitragszahlung erschien vielen Genossen als überflüssiger Ballast und erst allmählich kamen unsere Genossen zum organisatorischen Aufbau. Wie in jeder Organisation, die auf der äußersten Linken steht, fanden sich auch bei uns viele zweifelhafte Elemente ein, politische Sonderlinge, Abenteurer, ja selbst Gesindel, das auf Grund der Hetze des Bürgertums und der Regierung glaubte, bei uns Geschäfte machen zu können. Erst allmählich konnten diese Elemente abgestoßen werden.

Der Aufbau wurde auch dadurch erschwert, daß fast alle gewandten Agitatoren und Organisatoren in der alten Partei blieben und wir überall mit ungeschulten Kräften zu arbeiten hatten. Bei den kolossalen An-

forderungen, die an uns gestellt wurden, mußten wir alle Kräfte, die nur halbwegs rednerisch und organisatorisch sich betätigen konnten, zur Arbeit heranziehen. Diese Kräfte heranzubilden, die unfähigsten abzustoßen, muß die wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit sein. Die extensive Agitation zeitigte viele Nachteile. Unter den Angestellten, besonders unter den Wanderrednern befinden sich manche, die den ihnen gestellten Aufgaben nicht gerecht werden können. Die theoretische Ausbildung wird eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Zentrale sein. Zur Bewältigung der Arbeit wurde in jedem Bezirk ein Sekretär angestellt. In vielen Bezirken fehlten diese Kräfte, sie wurden von der Zentrale gestellt, sind aber den Bezirken, nicht der Zentrale verantwortlich. Jeder Bezirk hat das Recht, sich selbst seine Sekretäre anzustellen. Das Geschrei der letzten Monate, daß diese Sekretäre die Bonzen der Zentrale seien, ist völlig unsinnig.

Wanderredner beschäftigen wir zurzeit 15.

Nach dem Verbot der Roten Fahne, unsrem Zentralorgan, wurden in verschiedenen Bezirken kommunistische Zeitungen gegründet, die leider mit wenig Ausnahmen den an sie gestellten Anforderungen nicht gerecht werden. Die redaktionellen Kräfte sind völlig unzulänglich. Die Zeitungen sind meist bedeutungslose Lokalblätter, auch hier muß eine Neuregelung getroffen werden. Weniger Zeitungen, dafür diese mit tüchtigen Kräften ausgestattet — das ist das Ziel der Zentrale.

Im letzten Monat wurde zum erstenmal, seitdem ein Parteistatut vorhanden ist, eine Abrechnung der Mitgliederbeiträge vorgenommen. Der Mitgliederbestand betrug nach dieser Abrechnung am 1. 10. 19 — 106 656, diese verteilen sich auf die Bezirke wie folgt:

Bezirk	Berlin	12000	Bezirk	Niedersachsen	3380
„	Brandenburg	652	„	Nord	11450
„	Pommern	1300	„	Mecklenburg	2000
„	Ost-Westpreußen	4100	„	Nord-West	9662
„	Schlesien	?	„	Östl. Westfalen	260
„	Ober-Schlesien	?	„	Rheinland-Westfalen	11964
„	Nieder-Lausitz	699	„	Hessen	6510
„	Ost-Sachsen	6500	„	Baden	1599
„	Erzgebirge-Vogtland	14000	„	Württemberg	4636
„	Mittel-Deutschland	4159	„	Nord-Bayern	3000
„	Sachsen-Anhalt	4105	„	Süd-Bayern	500
„	Thüringen	4200			

Dabei ist zu bemerken, daß der Bezirk Ober-Schlesien in den letzten Monaten von der polnischen Sektion bearbeitet wurde. Der Bezirk Ober-Bayern ist nach dem Zusammenbruch der Räterepublik auf Grund der ungeheuren Verfolgungen der Regierung organisatorisch zusammengebrochen, erst jetzt kann eine Sammlung der Mitglieder vorgenommen werden. Berichte über unsere Tätigkeit im besetzten Gebiet und im Auslande werden Sie von mir nicht erwarten, ich kann nur sagen, daß nach allen Seiten gute Verbindungen aufrechterhalten werden und wir besonders unsere schwachen Bruderorganisationen weitgehendst unterstützen.

Die Zentrale erledigte im Anfang ihre politischen und organisatorischen Aufgaben gemeinsam, der Umfang der Geschäfte machte allmählich eine Arbeitsteilung notwendig. Das Arbeiten wurde durch die ständigen Verhaftungen und Verfolgungen außerordentlich erschwert. Drei der Mitglieder wurden im Laufe des letzten Jahres ermordet, die andern saßen abwechselnd im Gefängnis, oder mußten sich wegen der gegen sie er-

lassenen Haftbefehle verborgen halten. Aber nicht nur die Mitglieder der Zentrale, sondern auch sämtliche Angestellte, unsere Stenotypistinnen, Sekretärinnen, wurden verfolgt und eine Anzahl davon ins Gefängnis geworfen, ja selbst ein jugendlicher Bote der Zentrale saß acht Wochen in Schutzhaft.

Wir haben eine Anzahl Unterabteilungen eingerichtet, und zwar das Literarische Bureau, die Drucksachenabteilung, die Expedition, das Frauensekretariat, die Kurierzentrale, die Spitzelabwehrabteilung.

Das Literarische Bureau gibt zur Unterstützung unserer Provinzzeitungen eine Zeitungskorrespondenz heraus, ferner die Räte-Korrespondenz, die Internationale, und jetzt das Organ der dritten Internationale, die „Kommunistische Internationale". Es hat ferner die Aufgabe, die notwendigen Flugblätter und Broschüren zu verfassen.

Von dem Umfange, in dem die Flugblätter und Broschüren von uns herausgegeben werden, werden sich unsere Genossen kaum ein Bild machen können. einige Zahlen mögen ihnen dies demonstrieren. Flugblätter, die von der Zentrale herausgegeben und an die Bezirke gesandt wurden: Von November 18 bis Juni 19 — 5 480 000, von Juni 19 bis Oktober 19 — 6 596 200, insgesamt 12 076 200. An Zeitschriften, außer Tageszeitungen, erschienen von November 18 bis Juni 19 — 880 200, von Juli bis Oktober 19 — 462000, insgesamt 1 342 200. An Broschüren gab die Zentrale heraus von November 18 bis Juni 19 — 984 000, von Juli bis Oktober 19 — 791 800, insgesamt 1 775 800. Das sind im Laufe des letzten Jahres 15 194 200 Flugschriften, die unter die Masse gebracht wurden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß alle diese Schriften illegal hergestellt werden mußten, und daß wir dabei allein 3 583 120 Bogen Druckpapier verbraucht haben, die auf dem Wege des Schleichhandels erworben werden mußten.

Die „Internationale" erscheint in einer Auflage von 12 000, die „Räte-Korrespondenz" in einer Auflage von 15 000.

Wenn Herstellung und Versand nicht immer so klappt, wie wir es wünschen, werden die Genossen, die hier sind und selbst zum großen Teil illegal leben müssen, wohl Verständnis dafür haben. Unsere Tätigkeit wird insbesondere auch dadurch erschwert, daß nicht alle Bezirke unter denselben schwierigen Verhältnissen arbeiten. In einigen Gegenden des Landes kann noch fast völlig legal gearbeitet werden, in anderen ist die Verfolgung so stark, daß unsere Genossen sich bei Tage nicht auf der Straße sehen lassen können. Was von seiten der Behörde beschlagnahmt wird, ist verhältnismäßig gering, es sind bisher 5 Prozent unserer Agitationsliteratur in die Hände der Polizei gefallen.

Die Kassenverwaltung ist ein besonderes Schmerzenskind der Partei. Die vielen Millionen, die wir von der russischen Regierung erhalten haben sollen, spuken selbst in den Köpfen unserer Parteigenossen. Es muß immer wieder gesagt werden, daß die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, im Verhältnis zu dem, was gebraucht wird, gering sind. Wir werden in der gesamten Presse als die Söldlinge der russischen Regierung verschrien, völlig zu Unrecht. Wir machen kein Hehl daraus, daß uns zwar nicht die russische Regierung, wohl aber die russische Kommunistische Partei Geldmittel zur Verfügung gestellt hat, die wir zur Agitation verwenden; wenn darüber auch die Regierungssozialisten ein Geschrei erheben, so ist das nichts als elende Heuchelei, denn wir waren früher in

der alten Partei stolz darauf, daß es uns auf Grund unserer finanziellen Lage möglich war, unsere ausländischen Genossen zu unterstützen. Wiederholt sind von der deutschen Sozialdemokratie Gelder nach Frankreich, Schweden und anderen Ländern gegangen und wenn heute die russische Partei uns gegenüber dasselbe tut, so kann man dagegen absolut nichts einwenden. Wir sind unserer Bruderpartei dankbar und werden, wenn unsere finanzielle Lage es einmal gestattet, mit Freuden unseren Genossen in den Weststaaten dieselbe finanzielle Hilfe gewähren.

Eine Abrechnung über die Kassengeschäfte im einzelnen werden Sie heute von mir nicht erwarten können. Wir dürfen unseren Genossen das illegale Leben nicht noch mehr erschweren. Die Kasse wird monatlich von drei zuverlässigen Genossen geprüft und dann werden die Belege vernichtet. Sobald der Zentralausschuß in Funktion tritt, werden wir vorschlagen, daß die Revisoren vom Zentralausschuß gewählt werden, die dann das Vertrauen der gesamten Partei besitzen, es ist aber notwendig, daß auch dann die Belege nach der Prüfung vernichtet werden. Die Ausgaben der Partei betragen für die letzten drei Monate rund 400 000 Mark, 500 000 Mark und 600 000 Mark. Der größte Teil wurde für Broschüren und Flugblätter verausgabt, die Preise sind in den letzten Monaten ins Ungeheure gestiegen. Das Papier kostete z. B. noch im November 1918 0,65 Mark, heute kostet es 2,15 Mark; Flugblätter, die wir im November das 1000 mit 6,00 Mark bezahlten, kosten heute schon 16 und 18 Mark.

An die Bezirke haben wir Zuschüsse geleistet im Monat August 140 243 Mark, im September 128 479 Mark, im Oktober 137 481,19 Mark und doch sind die Bezirke damit noch unzufrieden. Ihre Forderungen übersteigen bei weitem das, was von der Zentrale bewilligt werden kann. Es wurden von den Bezirken allein im letzten Monat 388 627 Mark als dringende Zuschüsse angefordert. In diesem Maße stehen uns Mittel nicht zur Verfügung. Die Genossen müssen sich mit den geringeren Zuschüssen begnügen, ja, es ist notwendig, daß diese noch weiter herabgesetzt werden. Wir müssen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln haushälterisch umgehen, wenn sie noch längere Zeit ausreichen sollen. Die Finanzwirtschaft kann so nicht weitergehen. Es ist besonders nötig, daß die von uns gelieferte Literatur bezahlt wird. Wir geben diese zum Selbstkostenpreise ab, 50 Prozent des Verkaufspreises stehen den Bezirken zur Verfügung, die Selbstkosten müssen aber unter allen Umständen gedeckt werden. Bisher haben die Bezirke trotz Mahnungen nicht daran gedacht, zu verrechnen. Es ist bis heute der geringe Betrag von 5525,51 Mark eingegangen. Wenn die Bezirke sich nicht zur Abrechnung bequemen, dann werden wir vom nächsten Monat ab die Gelder für gelieferte Broschüren und Zeitschriften vom Bezirkszuschuß abziehen. Wenn wir auch nicht hohe Zuschüsse von den Bezirken für die Aufgabe der Zentrale erwarten, so müssen doch die Bezirke versuchen, sich finanziell von der Zentrale unabhängig zu machen. Dabei ist besonders zu beachten, daß nur dort Genossen angestellt werden, wo dies unumgänglich notwendig ist, die meisten Arbeiten müssen ehrenamtlich verrichtet werden.

Noch ein Wort zur Zusammensetzung der Zentrale. Fast alle Bezirke sind mit der Zentrale unzufrieden; soweit diese Beschwerden sich auf die Geschäftsführung beziehen, sind diese zum großen Teil berechtigt. Wir müssen versuchen, noch schneller zu arbeiten, trotz der Illegalität. Besonders unsere Expedition könnte noch viel besser arbeiten. Die neue Zentrale wird umfangreiche Arbeiten vorfinden, aber es geht nicht an,

politische Differenzen auf die organisatorische Arbeit zu übertragen. Die Geschäftsführung macht keinerlei Unterschiede, sie arbeitet mit den Bezirken ohne Rücksicht auf politische Differenzen. Das muß auch in Zukunft der Fall sein, Beschwerden in dieser Hinsicht sind völlig unbegründet und falsch.

Es sind hier viel Vorschläge über die Neuzusammensetzung der Zentrale gemacht worden. Ich bitte Sie aber, bei der Neuwahl der Zentrale darauf Rücksicht zu nehmen, daß nicht allein politische Zuverlässigkeit in Frage kommt, sondern daß die Mitglieder der Zentrale auch über besondere spezielle Fähigkeiten verfügen. In die Zentrale gehören zwei Mitglieder, die als geschulte Marxisten die Führung der Partei übernehmen können. Es gehört ein Genosse hinein, der über weitgehende literarische Kenntnisse verfügt, mindestens zwei Genossen, die die organisatorischen Arbeiten verstehen und ein Genosse, der mit der Hauptkassenführung und mit dem technischen Kleinkram vertraut ist, außerdem ein solcher, der auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Organisationen Bescheid weiß. Auf diese Vorbedingungen bitte ich bei der Neuwahl der Zentrale Rücksicht zu nehmen.

Es folgt nunmehr die *Diskussion* über die beiden Referate, über die Leitsätze und die dazu gestellten Anträge.

Zur Geschäftsordnung beantragt L.=*Hamburg*, die Beratung und Abstimmung über die Leitsätze auszusetzen und erst die von der Zentrale zu Punkt 2 und 3 der Tagesordnung vorgelegten Leitsätze über „Parlamentarismus“ und „Gewerkschaftsfrage“ zu behandeln. Wenn die Leitsätze über die Grundsätze und Taktik angenommen würden, so würde sich jede weitere Tagung erübrigen, weil dann über die beiden nächsten Punkte der Tagesordnung die Entscheidung schon erledigt sei.

Dagegen spricht ein *Mitglied der Zentrale*: Wir müssen erste die Grundlage feststellen, auf der die Partei stehen soll, bevor wir uns über einzelne taktische Fragen auseinandersetzen.

Bevor zur Abstimmung über den Antrag geschritten wird, wird darüber abgestimmt, ob die Mitglieder der Zentrale Stimmrecht auf der Konferenz haben sollen. Das Stimmrecht wird mit 24 gegen 18 Stimmen zuerkannt. Dann wird der Antrag L.=Hamburg mit 23 gegen 19 Stimmen abgelehnt. Die Leitsätze werden also beim ersten Tagesordnungspunkt mit behandelt.

Darauf wird der Antrag gestellt, zunächst einem Redner der Opposition als Korreferent mit unbeschränkter Redezeit das Wort zu geben und für die Diskussionsredner 15 Minuten Redezeit zu gewähren. Der Antrag wird angenommen.

Das Wort erhält der von der Opposition bestellte Referent W.=*Hamburg*: Die Zentrale versucht, die ganze Debatte von vornherein auf ein bestimmtes Gleis zu schieben. Sie stellt die Frage, die nie aufgeworfen ist: ob die K. P. D. als K. P. D. weiterexistieren soll oder ob sie sich auflösen soll in eine Föderation syndikalistischen Charakters; die Zentrale *unterstellt* einzelnen Mitgliedern der Partei, sie seien Syndikalisten. Hiermit steht und fällt die ganze Debatte. Wenn die Leitsätze angenommen werden, dann ist es in jedes Einzelnen Belieben gestellt, sie auszulegen wie er will, denn die Leitsätze sind durchaus nicht klar in Inhalt und Formulierung, sondern unklar, zweideutig und dehnbar. Zumal in Hinsicht der letzten Sätze ergeben sich unmögliche Konsequenzen. Auch wir sind der Meinung, daß die Reinheit einer Bewegung über ihre Einheit geht. So wäre denn festzustellen, von welchen Gesichtspunkten wir uns leiten zu lassen haben. Die von der Opposition vertretenen Grundsätze und Gesichtspunkte sind in Wirklichkeit nichts Neues; die Hamburger Broschüren=Literatur hat sie seit Jahren vertreten, ohne daß es jemand eingefallen ist,

von Syndikalismus zu sprechen. Nur jetzt, wo es sich darum handelt, diese Grundsätze in der Praxis anzuwenden und in die praktische Organisation zu übertragen, zeiht man uns des Syndikalismus. *Von der Propaganda zur Praxis, von der Theorie zur Organisation!* Wir haben stets in Opposition zu den freien Gewerkschaften gestanden, obwohl wir nie verkannt haben, daß sie zu bestimmten Zeiten den praktischen Bedürfnissen des Proletariats genügten. Wenn die Darstellung des Vorsitzenden der Zentrale gerecht gewesen wäre, so hätte er Laufenbergs Schrift erwähnen müssen, die vor dem Massenstreik warnte, weil er Keime enthält, die in Syndikalismus ausarten können. Diesen Mann jetzt als Syndikalisten zu bezeichnen, ist ein überaus gefährliches Experiment, das anzustellen Leuten vorbehalten blieb, die entweder Laufenbergs Schriften nicht kennen oder sie nicht kennen wollen. Man muß die Anschauungen, von denen wir uns leiten lassen, in ihrer Gesamtheit begreifen und sie nicht auflösen wollen in einzelne Moleküle. Daß *die Betriebsorganisation die höhere Form der gewerkschaftlichen Organisation* ist und daß das Ganze ein notwendiger Prozeß der historischen Entwicklung ist, sind Ansichten, die schon seit dem Jahre 1905 vertreten worden sind, ohne daß jemand von Syndikalismus zu sprechen sich veranlaßt fühlte. In diesem Sinne wurde die Notwendigkeit der Betriebsorganisation im Jahre 1907 vom Österreichischen Gewerkschaftskongreß anerkannt. Selbst vom Standpunkt der Führung einfacher Lohnkämpfe sollte jetzt an die Entwicklung der höheren Formen der wirtschaftlichen Organisation herangegangen werden. Und es sollten lieber die wichtigen Dinge, die damit verknüpft sind, bekanntgegeben werden, als einzelne Sätze aus Agitationsreden herauszureißen, um alles mögliche aus ihnen zu beweisen. Der *Aufbau der Allgemeinen Arbeiter=Union* setzt den Bruch mit den Gewerkschaften voraus. Im Aufbau der Allgemeinen Arbeiter=Union aber ist nichts enthalten, was einem Kommunisten den Zutritt zu ihr unmöglich machen könnte. Die Einheitsorganisation lehnen auch wir ab. Nach wie vor sind wir der Ansicht, daß die politische Organisation die Partei, die wirtschaftliche die Betriebsorganisation ist. *Nirgends und niemals ist die Existenz der K. P. D. für überflüssig erklärt worden.* Allerdings, es gibt *eine höchste Form der Organisation, die Klassenorganisation des Proletariats mit einer politischen und wirtschaftlichen Abteilung.* Aber wir sind uns darüber klar, daß das Proletariat heute noch nicht so weit vorgeschritten ist, diese Klassen=Organisation eingehen zu können, doch sind Neigungen in dieser Richtung zweifellos vorhanden, und deshalb fordern wir *die Union und die Partei.* Daß das Schwergewicht der proletarischen Bewegung in den Betrieben liegt, ist eine glatte Selbstverständlichkeit. Da man den Straßenkampf, den ersehnten, nicht alle Tage, auch nicht alle Monate, sondern nur sehr selten haben kann, soll man dahin gehen, wo das Schwergewicht der Bewegung zu finden ist. Wenn nicht in den Betrieben das Schwergewicht ist, so ist es eben auch nicht in den Massen. Der gesamte proletarische Klassenkampf ist *eine volle Einheit*, in der der *politische Kampf nur eine Teilerscheinung* ist. Die Entscheidung darüber, wo das Schwergewicht der Bewegung und des Kampfes liegt, das ist heute der ganze Streitfall innerhalb der Partei, — *das aber ist noch lange kein Syndikalismus.* Was die Frage des vielverlästerten Föderalismus betrifft, so vergißt man auffälligerweise immer Rußland, die föderative Republik wirtschaftlich organisierter Territorien.

Ich wäre dankbar, wenn ich darüber aufgeklärt würde, daß diese meine Auffassung von der Struktur der Sowjet-Republik falsch ist. Bei Massenbewegungen steht das organisatorische Problem immer im Vordergrund. Für uns handelt es sich heute nicht um die Organisation der Revolution, wie man uns vorwirft, sondern um die Organisation der Macht. Welche Klassenorganisation sich als die stärkste erweisen wird in dem großen Kampf, der entbrannt ist, das ist das ganze politische Problem. Heute ist es die bourgeoise Klassenorganisation, die die stärkere ist, später wird es die proletarische sein. Aus diesem Grunde ist die Frage der Organisation untrennbar mit dem Komplex der politischen Fragen verbunden. Im Zusammenhang mit all diesen Dingen müssen wir ferner die Frage der proletarischen Diktatur klären. Das Proletariat stellt heute keine einheitliche Partei dar, wohl aber eine einheitliche Klasse. Diktatur des Proletariats ist daher keine Parteidiktatur, Diktatur des Proletariats ist Klassendiktatur. Wir wünschen keine Parteiherrschaft etabliert zu sehen, sondern die Klassendiktatur. Für sie aber stellt der Betrieb die Urzelle dar. Die Betriebsräte sind daher nur auf der Betriebsorganisation fußend denkbar. Die Betriebsorganisation ist nicht nur die gegebene, sondern auch die notwendige Organisation. Der Gedanke dieser föderalistischen Grundlage mit zentralistischem Überbau mag für Deutschland neu erscheinen, er wird bald begriffen sein als die gegebene und notwendige Organisation. Die Zentrale, die diesen Gedankengängen ablehnend gegenübersteht, hat den Unterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie bis heute noch nicht begriffen, wie sie auch nicht begriffen hat, daß Diktatur für uns nur heißen kann Diktatur von unten nach oben. Auch in diesen Fragen offenbaren sich klaffende Gegensätze. Wenn man uns sagt, wir wünschen die Partei zu einer Propaganda-Abteilung zu machen, so sagen wir, daß wir es allerdings für die Aufgabe der Partei halten, zu informieren, aber wir wollen nicht die Inszenierung putschistischer Bewegungen. Es ist nicht die Aufgabe der Partei, die Massen auf die Straße zu rufen. Nach unserer Auffassung entstehen Massenbewegungen. Wir lehnen jeden Putschismus ab. Bei der Zentrale und denen, die hinter ihr stehen, spüren wir aber immer noch eine putschistische Grundstimmung. Wir halten an unseren Anschauungen fest, wir werden den Gedanken der Union weiter propagieren zum Zweck des organisatorischen Aufbaus der Rätediktatur, die die proletarische Klassendiktatur ist und die uns den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft garantiert.

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission gibt H.-Chemnitz. München ist nicht vertreten. Berlin hätte, nach dem Beschluß der Frankfurter Konferenz kein Recht, Delegierte zu entsenden, da es nicht abgerechnet hat. Doch empfiehlt die Mandatsprüfungskommission dem Parteitag, die vier Berliner Mandate gelten zu lassen, da zwischen Berlin und der Zentrale sachliche Differenzen bestehen. Der Parteitag beschließt demgemäß. Von Leipzig sind drei Delegierte anwesend, während nach der Mitgliederzahl der Bezirk Leipzig nur zwei beanspruchen kann. Auf Vorschlag scheidet der Bezirkssekretär als Delegierter aus. Anwesend sind 43 Delegierte, sechs Mitglieder der Zentrale; mit den Redakteuren, Bezirkssekretären, Wanderrednern und einigen Gästen umfaßt der Parteitag hundert Personen. Die dritte Internationale ist durch einen Genossen vertreten.

In der Diskussion zum ersten Punkte der Tagesordnung spricht M.-Stuttgart: Die Ausführungen des Vorredners haben die Argumente des Vorsitzenden der Zentrale nur stützen können. Die Einheitsorganisation ist eine Utopie, die gegenrevolutionär und verwerflich ist. Der Schaden, der entsteht, wenn eine starke kommunistische Partei fehlt, wurde besonders in Ungarn offenbar. Der föderalistische Charakter der Einzelkämpfe in Deutschland hat die Gefahr des Föderalismus überhaupt erwiesen. Die Opposition steht nicht auf einer Linie. Für uns ist der Parlamentarismus eine taktische Frage, so daß wir uns grundsätzlich von Hamburg unterscheiden. Wir machen aber der Zentrale den Vorwurf, daß sie zu propagandistisch tätig gewesen ist. Versagt hat die Zentrale in der Behandlung und Auswertung der Vorgänge in Oberschlesien, in der Arbeitslosenfrage, mit der die Auswanderung nach Rußland in Verbindung steht, und in der Heimkehrer-Frage. Der Redner kritisiert weiter das Verhalten der Zentrale bei der Aktion am 7. November. Er verlangt mehr Mitbestimmungsrecht der Mitglieder.

B. (Vertreter der Zentrale): Der Hamburger Redner hat die Diskussion auf ein Feld verschieben wollen, auf dem alle Katzen grau sind. Die Hamburger Richtung wird am besten charakterisiert durch den Artikel „Bankerotte Politikanten" der „K. A. Z.". Redner verliest den Artikel und erklärt, daß wir uns schon aus Reinlichkeitsbedürfnis von jenen Leuten trennen müssen. Was Hamburg vorgebracht hat, war typischer Syndikalismus. Es ist besser, zum Bruch zu kommen, als auseinanderstrebende Richtungen beisammenhalten zu wollen. Mag sich in der Zukunft erweisen, wer im Besitz des echten Ringes ist.

Zweiter Verhandlungstag

am 21. Oktober in Heidelberg.

An die Konferenz-Teilnehmer wird ein Schreiben der Zentrale an die Organisationen verteilt, das die Vorbereitung eines von der 3. Internationale empfohlenen vierundzwanzigstündigen Demonstrationsstreiks am 7. November zur Feier des Jahrestages der russischen Revolution und als Protest gegen die Erdrosselungsaktion des internationalen Kapitals behandelt und in dem mitgeteilt wird, daß die Zentrale an die Leitung der U. S. P. herangetreten sei mit der Anfrage, ob sie sich an dieser Aktion beteiligen werde. Falls diese zusage, so wird von der Zentrale empfohlen, je nach den örtlichen Verhältnissen die Aktion gemeinschaftlich mit der U. S. P. durchzuführen, dabei jedoch an unseren besonderen politischen Losungen festzuhalten.

Es folgt die Fortsetzung der Diskussion.

L.-Hamburg: Wenn der Brief, den man uns bei Beginn der Tagung vorgelesen hat, ausklang in den Wunsch, daß die Partei einig und geschlossen bleiben möge, so muß ich sagen, daß die Tendenz dieses Briefes und die Ausführungen des Vorsitzenden der Zentrale sich direkt gegenüberstehen. Denn die vorgelegten Leitsätze haben den offensichtlichen Zweck, nicht der Einigung, sondern der Spaltung. Die Spaltung wurde schon vollzogen, als die Zentrale die Redakteure der Berliner „Roten Fahne" für nicht mehr der Partei angehörig erklärte. Hinter diese Redakteure aber stellte sich die Berliner Organisation in ihrer Gesamtheit. Ganz offensichtlich beweisen die Schlußsätze der vorgelegten Leitsätze die Absicht der Spal-

tung. Etwas derartiges wie diese Schlußsätze hat noch kein katholisches Konzil zu unternehmen gewagt. Dieses Richten der Vergangenheit ist unerhört in der Geschichte der deutschen Arbeiterschaft wie in der der Internationale. Die Zentrale hat einen Popanz des in der Partei umgehenden Syndikalismus aufgerichtet. Sie stützt sich auf einzelne flüchtige Sätze von Leitartikeln, die im Drang der Geschäfte heruntergehauen wurden, sie stützt sich nicht auf Broschüren, die vor und während des Krieges von Hamburg über die schwebenden Fragen geschrieben worden sind und noch heute im Umlauf sind. In ihnen eine Spur von Syndikalismus aufzufinden, das kann die Zentrale nicht, das wagt sie nicht, das versucht sie nicht. Sie will nur ihr unbequeme Personen aus der Partei entfernt wissen. So kommt sie mit durchsichtigen Advokatenkniffen, um die Grundlage der Diskussion zu verschieben. Als neulich der „Syndikalist“ einen Artikel „An den Schandpfahl“ veröffentlichte, da war ich es, der an diesen Schandpfahl geschlagen werden sollte, ich, den man heute als Syndikalisten aus der Partei zu entfernen wünscht. Unsere Taktik zerreibt den Syndikalismus so gut wie die U. S. P. Die Union ist Sprengpulver für die U. S. P., die sich festgelegt hat auf den gewerkschaftlichen Standpunkt, von dem sie nicht mehr los kann und auch nicht los will, weil sie eine Führerorganisation ist. Wohin die Reise der Zentrale geht, beweist das Rundschreiben an die Organisationen, das Ihnen heute vorgelegt worden ist: mit einer Partei, die sich durch die Kombination Ebert-Haase unmöglich machte, setzt man sich in Verbindung, um eine Revolutionsfeier vorzubereiten. Diese eigentümliche Hinneigung zur U. S. P. offenbart sich auch in der Behandlung der Betriebsräte-Frage in den Leitsätzen. Diese Leitsätze sollen die Gründung einer neuen Partei einleiten, wobei man auf den linken Flügel der U. S. P. spekuliert. Sie stellen eine Überrumpelung dar, sie sind der Konferenz vorgelegt worden, ohne daß sie vorher den Organisationen vorgelegen haben. Die Organisationen in ihrer Mehrheit haben sich für die Union ausgesprochen. Den klaren Willen der Organisationen nicht zur Geltung kommen zu lassen, das war die Absicht der Zentrale. Glaubt man denn, daß es technisch nicht möglich war, die Leitsätze vorher den Organisationen zu unterbreiten? Hier werden unsaubere Zwecke, unsaubere Ziele verfolgt. Nach unserer Auffassung sind die Delegierten gar nicht berechtigt, Stellung zu diesen Leitsätzen zu nehmen. Man hat den Gegensatz konstruiert zwischen Aktions- und Propaganda-Partei. Wie die Dinge heute liegen, kann die Partei im wesentlichen nichts anderes sein als Propaganda-Partei im Sinne der Revolution und im Sinne des Rätesystems. Wenn Hamburg das Schwergewicht auf die propagandistische Seite gelegt hat, so ändert das nichts an der Tatsache, daß Hamburg bewiesen hat, daß es auch in Aktionen treten kann. Welcher Art diese Aktionen waren, ist bekannt. Die Arbeiterklasse kann nur eine gemeinsame Politik führen. Was wir verlangen, ist, daß sich die Arbeiterklasse des Gedankens der Klassenpolitik bemächtige. Die Fraktionspolitik der K. P. D. kann nur im Sinne der Klassenpolitik des Proletariats betrieben werden. Wenn wir über die Politik des Bürgerkriegs hinweggekommen sind, so ist das das Verdienst Hamburgs. Man wollte damals, als es zum Aufstand in Hamburg kam, aus Hamburg ein München des Nordens machen. Diese Absicht ist von uns durchkreuzt worden. Im Vordergrund der Debatte steht zunächst der von der Zentrale erstattete Geschäftsbericht, der unvollkommen war. Wir verlangen Aufklärung über die Verwendung der Gelder der Partei und ich stelle deshalb den Antrag, die Beschlußfassung über die Leitsätze so lange auszusetzen, bis der Kassen-Revisionsbericht erstattet ist.

G.-Braunschweig: Sinn und Zweck der vorgelegten Leitsätze laufen auf eine Spaltung der Partei hinaus. Auch kann man die Leitsätze nicht annehmen, ohne sich in der Behandlung der beiden folgenden Punkte der Tagesordnung einzuengen. Es kommt darauf an, die zwangsläufige Entwicklung der Massenbewegung festzulegen in der Art, daß die Entwicklung beschleunigt wird. Die Entwicklung aber läuft auf die Union hinaus. Schon während des Krieges waren die Streiks von den Betrieben geleitet. Man soll dem Massenwillen die Waffen geben und soll diese Waffen scharf schleifen. Die Zentrale hat ein gewagtes Spiel getrieben, wenn sie der U. S. P. nicht nur einen kleinen Finger, sondern sogar die ganze Hand gereicht hat. Wir haben mit den Methoden der Parteibureaukratie gebrochen, daher auch die von den Massen geforderte und durchgeführte Wahlenthaltung. Gehen Kommunisten ins Parlament, so werden sie auf Filzschuhen der Dämpfung gehen müssen. Die Leitsätze sind in der vorgelegten Form nicht akzeptabel. Man muß der Minderheit, die bisher das Beste in der Partei getan hat, die Möglichkeit geben, in der Partei zu bleiben.

Sch.-Hanau: Was sich in der Partei abspielt, ist die Neuauflage des Kampfes, den Marx mit Bakunin ausgefochten hat. Lenin und Trotzki würden mit den Hamburgern und ihrem Anhang ganz anders verfahren sein. (Zwischenruf: Sind Lenin und Trotzki Heilige?) Sie sind keine Heilige, aber sie sind die Männer, die die Revolution in die Massen geworfen haben. Was Hamburg will, ist nichts anderes als eine vollkommene Isolierung der Massen. Die Erfolge der Hamburger Aktionen waren minimal. Man braucht nicht auf Filzpantoffeln zu gehen, wenn man im Parlament ist. Ging Karl Liebknecht im Parlament auf Filzpantoffeln?

Die Delegierten des Bezirks Nordwest geben eine Erklärung ab, in der sie gegen die Abstimmung über die Leitsätze protestieren, da sie mit gebundenem Mandat entsandt worden seien.

R.-Stuttgart: Die Hamburger Forderungen sind nichts Neues, sie sind eigentlich nur die Fortsetzung der Gegensätze in der alten Internationale. Wir wollen sachlich und ohne persönliche Ausfälle prüfen, ob eine Spaltung notwendig ist oder nicht. Schwer möglich wird es allerdings sein, mit gewissen Personen in der Partei zusammenzubleiben. Laufenberg hat bisher eine streng opportunistische Politik getrieben. (Hamburg ruft: Er war gegen Putschismus und Bürgerkrieg!) Er hat sich sogar gegen die Verschärfung der Klassengegensätze ausgesprochen. (Hamburg: Den Bürgerkrieg hat er verhüten wollen!) Es ist doch eine alte Weisheit, daß man die Klassengegensätze auf die Spitze treiben muß. Die Tendenz der Opposition läuft auf eine Utopie hinaus, ihr logischer Entwicklungsgang sei: Hamburg—Berlin—Julian Borchardt—Rudolf Steiner. Von Hamburg trennt uns eine Welt. Die Spaltung wird vollzogen werden müssen. Gefühlsmomente müssen zurücktreten.

Der Vertreter der 3. Internationale polemisiert gegen die verzerrte Schilderung des Wesens der proletarischen Demokratie durch Wolffheim. Nicht Diktatur von oben oder unten sei der Unterschied, sondern in der bürgerlichen Demokratie unterdrückte die Bourgeoisie das Proletariat, während in der proletarischen Demokratie das Proletariat die Bourgeoisie niederhält. Er weist im Gegensatz zu dem Korreferenten nach, daß der Name Föderative Russische Sowjetrepublik kein Beweis für föderative Wirtschaftsgrundlagen sei, sondern nur der Ausdruck dafür, daß in Rußland verschiedene Nationen zusammengeschlossen seien.

S.-Chemnitz: Hamburg will die Massen, die kein klares politisches Programm haben, zum Träger der Union machen. Wohin das führt,

beweist das Schicksal der Bergarbeiter-Union im Rheinland, die sich den Syndikalisten in die Arme geworfen hat.

B.-Bremen: Die Zentrale befürchtete offenbar, in den Hintergrund gedrängt zu werden, wenn sie vorher mit den Leitsätzen herausgekommen wäre. Wenn diese Leitsätze Probleme klären würden, hätten sie eine Berechtigung, so aber ist ihre Vorlage nur ein Manöver, bestimmte Personen aus der Partei herauszudrängeln. Wir in Bremen glauben nicht an die Möglichkeit einer Einheitsorganisation, wir gehen auch nicht mit Hamburg konform. Auch Hamburg erklärte ja ausdrücklich, daß die Klassen-Organisation keine Gegenwartssache sei. Aber man soll die Schrulle der Einheitsorganisation nicht zum syndikalistischen Popanz machen. Die Leitsätze der Zentrale enthalten unklare und fehlerhafte Gedanken. Die Betriebsräte sind nicht die „gegebenen Träger der revolutionären Aktionen des Proletariats". Wie wenig das stimmt, beweist am besten der Berliner Vollzugsrat. Das System der jetzigen Betriebsräte kann nicht zur Kampforganisation gemacht werden, die Leitsätze lenken daher die Massen davon ab, sich eine brauchbare Kampforganisation zu schaffen. Die Union ist kein Hirngespinst, keine Wunderblume, sie ist herausgewachsen aus den Verhältnissen.

R.-Essen: Wir sind mit der Analyse des Referenten der Zentrale einverstanden. Hamburg schleuderte die Parole von der Einigung des Proletariats unter die Massen in einem Augenblick, als Rosa Luxemburg ermordet wurde und als wir uns im Kampf mit der U.S.P. befanden, — in diesem Augenblick mußte die Parole nur verwirrend wirken. Wenn Hamburg gesagt hätte, das Bergwerk soll den Bergarbeitern gehören, das Hüttenwerk den Hüttenarbeitern, so wäre alles viel klarer gewesen.

Ein Mitglied der Zentrale: Man soll den Streit in der Partei nicht aus der Froschperspektive eines Familienkaffeekränzchens betrachten. Wir behandeln Lebensfragen der Partei. Was wir heute zu schaffen haben, ist Orientierung auf die Zukunft hin. Es muß grundsätzliche Klarheit darüber geschaffen werden, auf welchem Boden wir fortan stehen wollen. Die Rednerin stellt fest, daß die beiden Führer der Hamburger Opposition auf der Konferenz den Versuch unternommen haben, ihre grundsätzliche syndikalistische Stellung zu verschleiern und die Harmlosen zu mimen. Des Korreferenten Rede habe an die dem Fuchs nachgesagte Gepflogenheit erinnert, im Winter die Spuren seines Beuteganges im Schnee mit dem Schweife zu verwischen. Rednerin zeigt den Gegensatz zwischen Stellen aus Artikeln und Broschüren der beiden Genossen L. und W. und ihren Reden auf der Konferenz. Dort der Syndikalismus ohne Maske, hier mit Maske als Kritik eines Parlamentarismus, einer Gewerkschaftsbewegung, wie sie nie von der K.P. befürwortet worden sind. Die Rednerin weist auf die Gefahr hin, die der Partei durch die Aktion der Hamburger droht. Diese Aktion stellt uns vor die Frage, ob wir eine politische Partei bleiben, ob wir als politische Partei arbeiten und kämpfen wollen oder ob wir die Absicht haben, als syndikalistische Propagandagesellschaft zu vegetieren, wie die Hamburger es uns ansinnen. Unsere Existenz als straff organisierte und zentralisierte politische Partei ist die Vorbedingung für eine umfassende und kraftvolle revolutionäre Politik des proletarischen Klassenkampfes. Sie ist der Boden, auf dem wir stehen müssen, um alle Mittel des proletarischen Klassenkampfes mit voller Wucht und Schärfe zu gebrauchen. Die Konferenz hat mit ihrer Abstimmung über die Leitsätze der Zentrale über Sein und Nichtsein der Partei zu entscheiden, über die grundsätzliche Basis, auf der die Partei stehen soll. Es

geht um Syndikalismus und Kommunismus, hie Partei, hie Propagandagesellschaft, das ist die Frage.

F.-Düsseldorf: Wir haben genug revolutionäre Kämpfe gehabt, aber zu wenig Organisation. Es ist nicht möglich, Massenaktionen in das richtige Fahrwasser zu lenken, wenn nicht eine entsprechende Organisation die Handhabe biete. Die Gewerkschaftsbureaukratie unterbindet und hindert jede politische Agitation. Die Betriebsorganisation ist im Prinzip nicht zu verwerfen. Auch die Opposition innerhalb der Gewerkschaften verbürgt keine Erfolge, sie leitet bestenfalls einen Entwicklungsprozeß ein, der Jahrzehnte dauert. Man kann nicht die Tatsache aus der Welt diskutieren, daß die Massen selber zur Betriebsorganisation geschritten sind. Wenn man gesagt hat, daß das Zusammengehen mit den Syndikalisten — in der Bergarbeiter-Union — August-Politik sei, so ist zu erwidern, daß das, was die Zentrale mit der U.S.P.D. jetzt vorhat, schlimmer als August-Politik ist.

H.-Berlin: stellt die Vorgänge bei der Berliner Bezirksvorstands-Wahl klar. Wenn wir in Deutschland zur Ablehnung des Parlamentarismus kommen, so ist das noch kein prinzipieller Anti-Parlamentarismus, welcher die Entwicklung der dritten Internationale von Moskau ungünstig beeinflussen könnte. Redner bestreitet, daß die Berliner prinzipielle Antiparlamentarier seien. Unser Standpunkt zum Parlamentarismus ist der, daß der Parlamentarismus jetzt für uns erledigt ist. (Zwischenrufe: Das ist doch prinzipielle Ablehnung. Zwischenrufe der Hamburger: Nein, das ist ein historischer Standpunkt.) Die Leitsätze sind für uns unannehmbar durch den letzten Absatz.

R. (Wanderredner) bemerkt zu den im Referat angegebenen Zahlen, daß sie zu rosig für den Kapitalismus seien. Er erwarte das unmittelbare Bevorstehen seines Zusammenbruches. In führenden Kreisen ist die Meinung vertreten, daß die Revolution liquidiert sei, deshalb das Zurückgreifen zu vorrevolutionären Kampfmitteln. Das Vorgehen der Zentrale ist ein typisches Beispiel dafür, wie man Spaltungen vorbereitet, allerdings liege ein tieferer Konflikt hinter den Auseinandersetzungen. Es handelt sich darum, ob wir eine kommunistische Parteidiktatur oder proletarische Klassendiktatur aufrichten wollen. Die Zentrale will eine Parteidiktatur wie in Rußland. (Zwischenrufe: Spartakusprogramm.) Wir müssen versuchen, die Einigung des Proletariats vor dem Kampf herbeizuführen. Ein Mittel dazu ist die Union. Mit der Zeit und mit dem Erstarken der Unionen geht allerdings die Partei mehr und mehr auf die Union über. Redner bestreitet, mit den Hamburgern in Verbindung gestanden zu haben.

M.-Stuttgart ist der Meinung, daß die ganze Debatte sich zu sehr um theoretische Fragen dreht, wir müssen über praktische Aufgaben sprechen, in denen die Zentrale versagt hat. So hat sie nichts unternommen, um Rußland zu helfen. Auch für den 7. November sind die Vorarbeiten viel zu spät begonnen worden. Er kritisiert nochmals das vorliegende Rundschreiben der Zentrale, in dem davon gesprochen wird, daß man sich mit der U.S.P. wegen der Gedenkfeiern zum 7. November verständigen soll.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

L.-Hamburg stellt folgenden geschäftsmäßigen Antrag:

Beantrage, die Beschlußfassung über die Leitsätze der Zentrale auszusetzen, bis eine Revision der Rechnungslegung durch die Revisoren stattgefunden hat.

Zur Begründung führt der Antragsteller an, daß der Tätigkeits- und

Kassenbericht kein klares Bild darüber ergeben habe, wie die Gelder der Partei von der Zentrale verwaltet worden sind. Durch die Hände der Zentrale sind Millionen gegangen. Wir müssen die Verantwortung für die verwandten Gelder vor der gesamten Öffentlichkeit tragen und verlangen deshalb eine vollständige Klärung der Finanzlage.

M.=Stuttgart stellt den Antrag auf abschnittsweise Behandlung und Abstimmung über die Leitsätze der Zentrale.

Gegen den Antrag L.=Hamburg spricht ein Mitglied der Zentrale: Durch nichts hätten die Hamburger klarer zeigen können, worum es sich für sie handelt, als durch diesen Antrag. Die Gerüchte von den Millionen, die die Zentrale bekommen haben soll, sind nicht wahr. Ebenso stimmt es nicht, daß der Polizei mehrere 100 000 Mark in die Hände gefallen sind; bei der letzten Beschlagnahme sind 41 000 Mark in die Hände der Polizei gefallen. Wenn der Parteitag Mißtrauen in die Kassenführung der Zentrale habe, könne ein Antrag auf Verweigerung der Entlastung eingebracht werden. Aber erst müsse volle Klarheit zwischen Kommunisten und Syndikalisten geschaffen werden. Die Kasse werde nur durch Kommunisten geprüft. Mit Annahme oder Ablehnung der Leitsätze habe die Kassenfrage nicht das geringste zu tun.

Der Antrag L.=Hamburg wird mit 23 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Der Antrag M.=Stuttgart wird abgeändert, so daß absatzweise Abstimmung der Leitsätze ohne Diskussion vorgenommen wird, und wird in dieser Form angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Schlußwort des Korreferenten W.=Hamburg: Auf der vorigen Reichskonferenz ist bekanntlich der Angriff gegen die Hamburger Organisation durch die Zentrale eröffnet worden, und er wurde damals eröffnet mit anderen Grundsätzen: Die Hamburger Organisation befände sich in einer Opposition zur Zentrale, aber diese Opposition der Hamburger Genossen hätte lediglich finanzielle Gesichtspunkte; sachliche Differenzen schieden die Hamburger von der Zentrale nicht.

Seit der letzten Reichskonferenz sind noch keine acht Wochen vergangen, und innerhalb dieser Zeit hat die Zentrale herausgefunden, daß nicht nur sachliche Differenzen zwischen uns und ihr bestehen, sondern daß nach der Meinung der Zentrale diese sachlichen Differenzen sogar derartige sind, daß sie vom Standpunkt der Zentrale nur enden können mit dem Hinauswurf der Hamburger Organisation. Erst in dieser Tagung hier ist zum ersten Male das Wort geprägt worden, die Hamburger müßten als Syndikalisten von den übrigen Kommunisten geschieden werden. Vor dieser Tagung, und nicht nur auf der letzten Reichskonferenz, ist es der Zentrale gar nicht eingefallen, diese Art der Argumentation ins Treffen zu führen. Das einzige, was sie gegen uns ins Treffen führte, war, daß sie behauptete, daß in unserer Anschauung auch syndikalistische Merkmale zu finden seien. Es ist ihr aber nicht eingefallen, daraus herzuleiten die Notwendigkeit des Ausschlusses der Hamburger Organisation. Wohl aber hat sie vorher de facto die Berliner Organisation ausgeschlossen, indem sie zwei Genossen ausschloß, mit denen sich die Berliner Organisation solidarisch erklärt hat. Der Ausschluß dieser beiden Genossen war de facto der Ausschuß der Organisaion, und das, was heute gegen Hamburg geschehen soll und vielleicht auch geschehen wird, ist nichts anderes als eine logische Fortsetzung des mit dem Ausschluß der beiden Berliner Genossen einmal beschrittenen Weges.

Und zur Begründung der Auffassung, daß es notwendig sei, uns als

„Syndikalisten“ aus der Kommunistischen Partei herauszuwerfen, dienen einige Sätze aus Zeitungsartikeln und einige aus dem Zusammenhange gerissenen Sätze aus der kleinen Broschüre, die die Wiedergabe war einer Agitationsrede, nicht für die Kommunistische Partei, sondern für die Allgemeine Arbeiter=Union. In einer Rede können naturnotwendig bei einstündiger Dauer nicht gut alle Gesichtspunkte so erläutert werden, wie man sie erläutert, wenn es sich darum handelt, eine Programmschrift zu verfertigen. Weder unsere Zeitungsartikel, noch einige Sätze aus einem Artikel, noch eine Rede für die Allgemeine Arbeiter=Union sind für uns Programmschriften, und wenn sich die Zentrale mit unserer Auffassung grundsätzlich auseinandersetzen will, dann möge sie sich halten an die große Anzahl von Publikationen, auf die der Genosse L.=Hamburg bereits hingewiesen hat, und die in der Tat eine ganz einheitliche Auffassung unseres Standpunktes als Ganzes in sich begreifen. Aber für diesen unseren einheitlichen Standpunkt kann die Zentrale weder in einigen Zeitungsartikeln, die ja auch auf der vorigen Konferenz der Zentrale bekannt waren, auf jener Konferenz, auf der sie erklärte, daß nur finanzielle Rücksichten und keine sachlichen Gegensätze die Hamburger von der Zentrale trennten, noch in aus dem Zusammenhange gerissenen Sätzen aus einer Broschüre das Material finden, das ihm genügen wird, um einen vollzogenen Ausschluß vor der deutschen Arbeiterklasse zu rechtfertigen.

Was unseren sachlichen Standpunkt betrifft, so ist ja in den Artikeln der Kommunistischen Partei=Korrespondenz so viel gegen die Hamburger Kommunisten geschrieben worden, daß es nicht weiter wundernehmen kann, wenn die Genossen den Eindruck haben, die Hamburger sind Syndikalisten vom reinsten Wasser. Deshalb ist es noch einmal nötig, klarzustellen, ob und inwieweit sich die Hamburger in ihrer Auffassung von den übrigen Delegierten unterscheiden.

Zunächst ist es für uns selbstverständlich, daß nicht die Kommunistische Partei aufzugehen hat in der Allgemeinen Arbeiter=Union, sondern, daß diese Union trotz der Aufnahme eines „Eingesandt von Vogeler“ für uns der wirtschaftliche Rahmen ist, genau wie für die anderen Propagandisten dieser Idee, in der die Proletarier sich zusammentun, neben der Kommunistischen Partei. Wer zu erfahren wünscht, wie die Hamburger die Wirksamkeit der Partei und die Wirksamkeit der Union verstehen, dem würde zu empfehlen sein, sich nicht mit einigen Zitaten des Redners der Zentrale, sondern lieber mit der Praxis der Kommunisten in Hamburg zu befassen. Da würden sie bemerken, daß die Kommunisten Hamburgs organisatorisch, agitatorisch und propagandistisch und, soweit Aktionen heute möglich sind, auch in Aktionen genau den gleichen Standpunkt einnehmen wie alle größeren Organisationen der Kommunistischen Partei in größeren Städten.

Der Aufbau unserer Partei in Hamburg ist genau wie bei den meisten anderen Orts=Organisationen einmal eine Zusammenfassung der Kommunisten nach Wohnbezirken und dann eine Zusammenfassung der Kommunisten nach den Betrieben, in denen sie beschäftigt sind. Die kommunistische Parteiorganisation hat nichts zu tun mit der Union, sondern neben ihr besteht die Allgemeine Arbeiter=Union, in der wir alle Arbeiter zu sammeln wünschen. Und während die Kommunistische Partei in Hamburg genau so straff zentralisiert ist, wie in irgendeiner anderen Stadt Deutschlands, ist die Allgemeine Arbeiter=Union in der Form zentralisiert, die wir für die Union als die einzig mögliche halten. Das, was wir

Föderalismus nennen bei der Union, ist nichts anderes als daß, wie ein Genosse erklärte, die *Betriebsangelegenheiten* im *Betriebe selbst geregelt* werden und daß die Betriebe als Ganzes zusammengeschlossen sind innerhalb einer Industrie zur industriellen Union. Diese Grundlage zunächst, die ich als ein Zellgewebe bezeichnen möchte, ist die sog. föderalistische Grundlage, und auf dieser errichtet sich die notwendige Zentralisation in Form eines zentralisierten Vertrauensmännersystems, das erstens die einzelnen Betriebe im Ortsrat zusammenfaßt und das zweitens den Bezirksausschuß des Territoriums bildet. In den Händen der dort als Vertrauensleute hingesetzten Kollegen der Betriebe ist die Zentralisation bis zur Spitze, bis zur Exekutive der betreffenden Union, z. B. in Hamburg der Werftarbeiter-Union, die als Ganzes noch in Entstehung begriffen ist, verankert. Weil die Werftarbeiter-Union noch nicht fertig ist, ist die Zentralisation auf der Grundlage des Vertrauensmänner-Systems bis zur Exekutive noch nicht möglich.

Nun zur Frage, wie wir uns gegenüber der Propaganda der Arbeiter-Union verhalten. Während die Allgemeine Arbeiter-Union *neben* der Kommunistischen Partei steht, ist die Kommunistische Partei dasselbe wie vorher, aber nicht in irgendeiner Verbindung mit den freien Gewerkschaften, obwohl auch wir es noch nicht verhindern konnten, daß noch immer einige Genossen aus bestimmten Gründen Mitglieder der freien Gewerkschaften bleiben mußten. Die Union ist nicht ein Kartell mehrerer nebeneinander bestehender Organisationen. Sie ist ein einheitliches Ganzes und hat im *Norden nicht die Absicht, sich mit den Syndikalisten zu kartellieren.* Aus der Kommunistischen Partei in Hamburg sind schon seit vielen Monaten die putschistischen Elemente hinausgedrängt worden, und soweit sie sich weiter politisch betätigen wollen, tun sie es in einer Sondergruppe, einem Vereinchen, das sie „Freie Sozialisten" nennen. Mit der Kommunistischen Partei haben sie nichts zu tun. Und was die Syndikalisten betrifft, so hat die Kommunistische Partei in Hamburg den Beschluß gefaßt, daß als revolutionäre Gewerkschaften in unserem Sinne einzig und allein zu gelten haben die auf der Betriebsorganisation aufgerichteten Arbeiter-Unionen, und daß wir den Syndikalisten empfehlen, da ja die Form der auch von ihnen gewünschten Betriebsorganisation in der Allgemeinen Arbeiter-Union nun besteht, aus ihrer syndikalistischen Organisation auszutreten und sich als Einzelmitglied wie alle anderen der Betriebsorganisation, der Union, anzuschließen. Und nicht nur in Hamburg. Zahlreiche Syndikalisten sind dieser Aufforderung gefolgt, auch einige der wenigen Führer sind als Einzelmitglieder in die Union eingetreten und wirken innerhalb der Union für die Union.

Bei der Union stellen wir nur die Bedingung, daß jeder, der in die Union eintreten will, sich grundsätzlich stellt auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes, und zwar mit dem Ziel der Aufrichtung der proletarischen Diktatur in Form der Rätediktatur, und ich glaube, daß man enger den Rahmen einer wirtschaftlichen Organisation nicht spannen kann.

Was die Verquickung politischer und wirtschaftlicher Gesichtspunkte betrifft, die in der Union zutage treten, so ist diese Verquickung politischer und wirtschaftlicher Gesichtspunkte innerhalb der Union eine Tatsache, die gänzlich unabhängig von unserem Willen ist. Wir haben von Anfang an in den Massen die Erkenntnis propagiert, daß unter den heutigen Umständen *wirtschaftliche Teilkämpfe* so gut wie völlig unsinnig sind, weil durch diese wirtschaftlichen Teilkämpfe die Kraft des Proletariats zersplittert wird; daß in der heutigen Situation wirtschaftliche Kämpfe nur

dann Bedeutung haben können, wenn *sie Massenkämpfe* sind, und da stehen wir allerdings auf dem Standpunkt, daß Massenkämpfe, die aus wirtschaftlichen Gründen aus den Betrieben herausschlagen durch die Massen, die sie hineinreißen in Streiks, *politische* Wirkung erzeugen und damit neben dem wirtschaftlichen zugleich politischen Charakter haben. Diese Einheit zwischen wirtschaftlicher und politischer Aktion unter ganz bestimmten Umständen findet ihre organisatorische Verkörperung in der Allgemeinen Arbeiter-Union.

Ich habe gestern ausdrücklich erklärt, daß wir in der Revolution einen langen historischen Prozeß haben und daß in diesem historischen Prozeß die Situation wechsele und daß nach einer Periode innerhalb der revolutionären Epoche, in der das Schwergewicht liegt auf der ökonomischen Seite des proletarischen Kampfes, das Schwergewicht wieder *umschlägt* auf die Seite des politischen Kampfes. Und solange die Situation ist, wie sie viele Monate hier war, daß politische Kämpfe um die proletarische Diktatur direkt im Augenblick nicht möglich sind, liegt tatsächlich *das Schwergewicht des revolutionären Kampfes* überhaupt in den Betrieben. Hier sammelt sich die revolutionäre Energie, und aus den Betrieben heraus schlägt sie empor auf die Straße. Vielleicht bald, vielleicht später, das wissen wir heute nicht. Aber solange die Situation nicht anders wird als jetzt, halten wir *allerdings* Demonstrationen auf der Straße für hohle Paraden im Sinne der alten Sozialdemokratie, und solange liegt das Schwergewicht für uns in den Betrieben und nicht auf der Straße.

Und daß die Kommunistische Partei sich nicht der Führung zu begeben hat in politischen Kämpfen, das haben, glaube ich, die Hamburger in der Praxis der bisherigen Kämpfe schon bewiesen. Und etwas dagegen wird bei aller Wortklauberei der Redner der Zentrale kaum herausfinden können. Die Kommunistische Partei hat in solchen Zeiten wie denen, von denen ich sprach, im wesentlichen propagandistische Bedeutung. *Was* aber propagiert die Kommunistische Partei? In welchem Sinne orientiert sie die Arbeitermassen? Sie propagiert den revolutionären Klassenkampf mit allen Konsequenzen. Sie orientiert darüber, ob es möglich ist, ob es ratsam erscheint, Massenaktionen zu steigern oder sie noch einmal zusammenfallen zu lassen. Die Kommunistische Partei führt *geistig*, indem sie propagiert und orientiert. Und im Augenblick der politischen Kämpfe, im Augenblick der Demonstrationen, im Augenblick der Aufstände *führt* die Kommunistische Partei selbstverständlich auch. Sie führt nicht, indem sie in einem Keller sitzt, durch das Telephon, sondern sie führt dann die Aktion auf der Straße. Sie ruft nicht, auf die Straße zu gehen, sondern sie geht auf die Straße und kämpft an der Spitze.

Das war unsere Propaganda. Und wenn Sie der Meinung sind, das *das* syndikalistische Anschauung ist, daß Kommunisten *dieser* Observanz nichts mehr in der Kommunistischen Partei zu suchen haben, dann werden Sie wissen müssen, warum es so ist, und die Organisationen werden wissen, warum sie so handeln. Dann mögen Sie uns hinausweisen aus einer Gemeinschaft, die dann für uns keine Gemeinschaft mehr sein würde.

Noch ist leider die Werftarbeiterunion in mehr als eine lokale Union getrennt. Wir versuchen, soweit als möglich, Loslösung der Kommunisten von den Gewerkschaften und ihre Zusammenfassung in eine Allgemeine Union. Solange politische Kämpfe nicht möglich sind, liegt das Schwergewicht in den Betrieben.

Schlußwort des Referenten der Zentrale *): Er betont nochmals die Notwendigkeit, zu einer theoretischen Klärung und Einheitlichkeit der Taktik der Partei zu kommen, und hält die Hamburger Allgemeine Arbeiter-Union für den Tod der Partei, wenn nicht die reinliche Scheidung von der Hamburger Richtung W.-L. erfolge. Daß man nicht früher die Hamburger W.-L. mit ihrem Anhang als Syndikalisten erklärt habe, erkläre sich dadurch, daß man den Leuten habe Gelegenheit geben wollen, sich als Syndikalisten voll zu erweisen.

Ein nochmaliger Antrag, die Abstimmung über die Leitsätze zu vertagen, wird abgelehnt. Es folgt die absatzweise Abstimmung über die Leitsätze.

Es werden angenommen die Thesen 1 und 2 ohne Änderungen, zu These 3 stellt *M.-Stuttgart* folgenden Zusatzantrag:

> Die Beteiligung oder Nichtbeteiligung an den Wahlen sind von der Reichskonferenz oder vom Parteitag einheitlich für das ganze Reich zu bestimmen.

Dieser Zusatzantrag wird angenommen und der These 3 angefügt, die so ergänzte These 3 mit 30 gegen 11 Stimmen beschlossen.

Die Annahme der These 4 erfolgt einstimmig.

Zu These 5 wird ein Abänderungsantrag gestellt, der mit großer Mehrheit abgelehnt wird. These 5 wird hierauf einstimmig angenommen.

Zu These 6, Absatz 3 und 4, stellt *M.-Stuttgart* folgenden Abänderungsantrag:

> Von diesem Gesichtspunkte aus ist zu erklären, daß die passive Resistenz und die individuelle Sabotage, wie sie von den Anarchisten gepredigt wird, keine Mittel des revolutionären Klassenkampfes zur Eroberung der politischen Macht sind. Individuelle oder Gruppenaktionen sind nur zu billigen, soweit sie notwendigerweise Massenaktionen auslösen oder als Folge revolutionärer Massenaktionen eintreten.

Dieser Antrag wird mit 24 gegen 24 Stimmen abgelehnt, darauf wird die These 6 mit 25 gegen 23 Stimmen abgelehnt, so daß sie in den Leitsätzen gestrichen wird.

Zu These 7 stellt *L.-Hamburg* den Zusatzantrag, daß der letzte Satz: „Die K.P.D. verwirft jeden Föderalismus“ zu streichen sei. Der Antrag wird mit 26 gegen 23 Stimmen abgelehnt. These 7 wird hierauf mit 32 gegen 17 Stimmen angenommen.

In These 8 beantragt *W.-Stuttgart* die Worte zu streichen: „oder ihnen in Wort und Schrift oder Aktion entgegengehandelt haben oder entgegenhandeln“. Diese Streichung wird mit 23 gegen 19 Stimmen gutgeheißen. Darauf wird These 8 in der neuen Fassung mit 29 gegen 20 Stimmen angenommen.

Es erfolgt nun die Gesamtabstimmung. Es stimmen für die Leitsätze mit den beschlossenen Änderungen 31, dagegen 18 Vertreter.

Zu einer Erklärung erhält das Wort *L.-Hamburg*: Es sei selbstverständlich, daß die dagegen Stimmenden mit den Leitsätzen nicht einverstanden seien und demzufolge aus der Partei auszuscheiden haben. Er frage an, welche Personen und Organisationen der Parteitag als ausgeschlossen betrachte.

Ein Mitglied der Zentrale führt dazu aus: Es handelt sich heute nicht darum, Organisationen auszuschließen, sondern diejenigen Delegierten, die gegen die Leitsätze gestimmt haben, scheiden zunächst als Personen vom Parteitag aus, sie werden sich bei ihren Organisationen zu verantworten haben, und in diesen Organisationen wird die Entscheidung gefällt werden, ob sich diese für oder gegen die Abstimmung ihrer Vertreter aussprechen.

L.-Hamburg erklärt: Wir nehmen die Auffassung des Parteitages zur Kenntnis, daß wir als Ausgeschlossene zu betrachten sind, und werden in unseren Organisationen das Weitere besprechen. Wir verlassen den Parteitag.

W.-Hamburg schließt sich dem Vorredner an. Die Auffassung des Vorsitzenden des Parteitages und des Referenten der Zentrale seien richtig. Nach Annahme von These 8 der Leitsätze sei das Ausscheiden der Opposition die natürliche Konsequenz. Wir werden von nun an eine K.P.D. (Spartakusbund) und eine Kommunistische Partei Deutschlands haben. Letztere wird umfassen den ganzen Norden, das Rheinland, Berlin und Teile Sachsens. (Oho-Rufe.)

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß die ausscheidenden Delegierten ihre Diäten in Empfang nehmen können. Der Parteitag wird vertagt.

Dritter Verhandlungstag

am 22. Oktober 1919 in *Mannheim*.

Ein Teil der Delegierten, die am Tage vorher gegen die Leitsätze gestimmt haben und damit vom Parteitag ausschieden, ist wieder erschienen. Sie protestieren in einer Geschäftsordnungsdebatte gegen den Ausschluß und erklären zum Teil, sie hätten nur aus formalen Gründen gegen die Leitsätze gestimmt.

Es wird von der Opposition folgende Erklärung abgegeben:

> Die unterzeichneten Delegierten stellen fest, daß die von der Zentrale am Tage der Eröffnung des Parteitages eingebrachten Leitsätze eine Überrumpelung der Delegierten darstellen, da nach dem Beschluß der letzten Konferenz alle weitgehenden Anträge den Mitgliedschaften im Reiche zur vorherigen Diskussion rechtzeitig vorgelegt werden sollen.
>
> Nachdem nunmehr der Parteitag die Leitsätze in ihrer jetzigen Form angenommen hat, halten die unterzeichneten Delegierten es für ihre Pflicht, diese Leitsätze den Organisationen, von denen sie ihr Mandat erhalten haben, zur Stellungnahme vorzulegen. Sie fassen die Leitsätze daher lediglich als ein Provisorium auf, zumal die ganzen Leitsätze, wie aus der Art ihrer Einbringung und ihrer Oberflächlichkeit hervorgeht, weniger dazu bestimmt sind, eine theoretische und taktische Grundlage der Partei zu bilden, als vielmehr den Zweck hatten, die Partei zu spalten. Hinzu kommt noch, daß diese Absicht durch eine über das Knie gebrochene Abstimmung vollzogen wurde.
>
> Die unterzeichneten Delegierten erklären, daß sie sich der Ansicht nicht anschließen können, daß diejenigen Delegierten als ausgeschlossen

---

*) Eine vollständige und genaue Wiedergabe des Schlußworts kann leider nicht gegeben werden, weil eine Niederschrift durch den Schriftführer nicht erfolgte.

vom Parteitag zu betrachten sind, die gegen die Leitsätze gestimmt haben. Sie werden daher auch weiterhin von ihren Mandatsrechten zur Vertretung der Interessen ihrer Organisationen Gebrauch machen.

23. Oktober 1919.

W.-Nordwest. M.-Nordwest. J.-Nordwest. F.-Düsseldorf. G., K.-Hannover-Braunschweig. G.-Lübeck-Mecklenburg. B.-Berlin. M., St.-Nord. R.-Berlin. E.-Berlin. M.-Sachsen-Anhalt. H.-Berlin, M.-Bremen. G.

F.-Düsseldorf: Zu der von mir unterschriebenen allgemeinen Erklärung der Opposition gebe ich dem Parteitag noch folgende persönliche Erklärung ab: Ich habe gegen die Leitsätze gestimmt, weil ich den Parlamentarismus nicht mehr für ein geeignetes politisches Kampfmittel halte. Prinzipiell bin ich für die Anwendung politischer Kampfmittel und setze mich damit in Gegensatz zum Syndikalismus.

M.-Dresden: Da die Leitsätze der Kommunistischen Partei den Ortsgruppen nicht vorgelegen haben und ich gegen jede Spaltung bin, habe ich dagegen gestimmt.

Es meldet sich eine große Anzahl der Anwesenden zur Geschäftsordnung zum Wort. Darauf gibt der Vorsitzende des Parteitages die Erklärung ab:

> Der Parteitag hat festgestellt, daß nur die auf dem Boden der Leitsätze stehenden Delegierten weiter tagen können. Die Weiterverhandlungen können nur auf dem Boden der Leitsätze ausgeführt werden.

F.-Düsseldorf erklärt, ein großer Teil der Delegierten habe nur gegen die Leitsätze gestimmt, weil sie sie als eine Überrumplung betrachtet haben.

Sch.-Hanau gibt bekannt, daß gestern abend eine Konferenz der Opposition getagt habe, in der von den Genossen L., W. und R. beantragt worden sei, sofort eine neue Partei zu bilden. Nachdem dieser Antrag abgelehnt worden sei, seien die drei Genossen abgereist. Die Opposition habe aber beschlossen, eine weitere Teilnahme an dem Parteitag zu erzwingen, andernfalls sie den Parteitag sprengen wollen.

Der Vorsitzende stellt fest, daß aus dem letzten Absatz der Leitsätze klar hervorgehe, daß die Delegierten auszuscheiden haben, die gegen die Leitsätze stimmten. Wolffheim hat gestern für die ganze Opposition und unter deren Zustimmung auch diese Meinung zum Ausdruck gebracht.

Ein Mitglied der Zentrale: Der Parteitag hat in aller Eindeutigkeit erklärt, daß nur diejenigen Delegierten an dem Parteitag teilnehmen können, die sich durch ihre Abstimmung auf den Boden dieser Leitsätze gestellt haben. Es trifft nicht zu, daß der Parteitag durch die Vorlage der Leitsätze überrumpelt worden sei, seit mindestens 8 Wochen sind die sachlichen Grundlagen der Leitsätze überall diskutiert worden. Auch von den anwesenden Gästen können nur noch diejenigen dem Parteitag beiwohnen, die sich für die Leitsätze erklären.

Es entspinnt sich eine regellose erregte Debatte. Ein Delegierter stellt fest, daß ein Beschluß des Ausschusses gar nicht vorläge, daß es sich vielmehr um die persönliche Auslegung des Vorsitzenden der Zentrale handle, der man sich nicht zu fügen brauche.

In dem Lärm dringt ab und zu die Stimme des Vertreters der Zentrale durch, der immer wieder feststellt, daß die Spaltung durch die Abstimmung vollzogen sei und daß die Delegierten, die gegen die Leitsätze gestimmt haben, als ausgeschlossen von dem Parteitag gelten.

Da die Opposition den Saal nicht verläßt und durch ihren Lärm ein

Weiterverhandeln unmöglich macht, schließt der Vorsitzende die Sitzung und teilt mit, daß nur die auf dem Boden der Leitsätze stehenden Genossen die Adresse des neuen Tagungslokals erhalten können.

Vierter Verhandlungstag

am 23. Oktober 1919 auf dem Dillsberg am Neckar.

Es wird festgestellt, wer von den Delegierten und Teilnehmern von dem Parteitag als ausgeschieden zu gelten hat: Berlin: B., R., W., H., K.; Dresden: M.; Magdeburg: M.; Hannover: Sch., K., R., G.; Hamburg: A., L., H., W.; Lübeck: G.; Bremen: W., M., J., D., B., M., Sch.; Essen: F.; Wanderredner R.

Den Vertretern E.-Berlin, St.-Kiel und G.-Lübeck wird das Recht zuerkannt, an der Weitertagung des Parteitages teilzunehmen, aber nur zur Information für die Berichterstattung in ihren Bezirken.

Ein Antrag M.-Stuttgart, die Punkte „Parlamentarismus“ und „Gewerkschaftsfrage“ von der Tagesordnung abzusetzen, weil durch das Ausscheiden verschiedener Delegierter die betreffenden Organisationen nicht vertreten seien, wird nach kurzer Debatte abgelehnt.

2. Punkt der Tagesordnung:

Parlamentarismus.

Dazu liegen folgende Leitsätze der Zentrale vor:

Leitsätze über den Parlamentarismus.

1. Das Parlament ist neben anderem ein Mittel der herrschenden Klassen zur Ausübung und Aufrechterhaltung der politischen Macht. Wie gegen die politische Macht der Bourgeoisie überhaupt, führt das Proletariat auch gegen dieses politische Mittel der Bourgeoisie einen Kampf, der bis zur Vernichtung der politischen Macht der Bourgeoisie und bis zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat dauert.

2. Wie alle anderen Mittel der Bourgeoisie zur Ausübung und Aufrechterhaltung der politischen Macht, mit der Eroberung der politischen Macht zerstört werden müssen — Bureaukratie, Gerichtsorganisation, weiße Garden usw. —, so wird auch das Parlament mit diesem Zeitpunkt zerstört werden. Während andere Organisationen militärische Macht usw. —, wird das Parlament dauernd zerstört bleiben. Seine Funktionen im Stadium nach der Eroberung der politischen Macht werden durch die Arbeiterräte völlig ersetzt. Denn in der ersten Epoche nach der Mächtergreifung, der Epoche der proletarischen Diktatur, bedarf das Proletariat der schärfsten und konzentriertesten Willensanspannung zur Aufrechterhaltung seiner Macht. — Die Räteorganisation ist dann der klarste Ausdruck des Willens des Proletariats zur Macht, wie die Macht selbst. Ein Parlament, das lediglich ein Mittel einer herrschenden Minderheit ist, einer beherrschten Mehrheit die Demokratie vorzuspiegeln, ist in dieser Epoche, in der die herrschende Mehrheit, das Proletariat, der beherrschten Minderheit von Kapitalisten, Spekulanten und Gegenrevolutionären gegenübersteht, nicht mehr vonnöten.

In der zweiten Epoche aber, der klassenlosen Gesellschaft, ist das Parlament, ein Mittel der Klassenherrschaft, völlig undenkbar.

Die K. P. D. steht also dem Parlamentarismus als einem Mittel zur Ausübung einer Klassenherrschaft grundsätzlich ablehnend gegenüber.

3. Im gegenwärtigen Zeitpunkt handelt es sich für das Proletariat nicht darum, wie es seine politische Macht ausübe, sondern darum, wie es zur politischen Macht gelange. Den Kampf um diese politische Macht führt das Proletariat mit allen ihm gegebenen politischen und wirtschaftlichen Mitteln. Die Tatsache, daß eine Epoche größerer und größter Kämpfe — Massendemonstrationen, Massenstreiks, offener Aufstand — gekommen ist, zwingt das Proletariat noch nicht, auf kleinere Mittel, zu denen auch die Ausnutzung der Parlamente gehört, dauernd zu verzichten. Sind solche großen Kämpfe entbrannt, so treten solche kleineren Mittel von selbst in den Hintergrund.

Sind die großen Kämpfe ohne entscheidenden Sieg abgeflaut, oder sind sie in Vorbereitung, so treten naturgemäß die kleineren Mittel in den Vordergrund. **Lediglich diese Erwägung ist für die Stellung der K. P. D. zur Frage der Anteilnahme an Wahlen und parlamentarischen Aktionen entscheidend.** Die Frage ist eine rein taktische.

4. In keinem Falle kann durch das Parlament und durch die parlamentarische Aktion, durch parlamentarische Abstimmungen und Mehrheitsbeschlüsse die politische Macht errungen werden. Wie die Bourgeoisie im Falle ungünstiger parlamentarischer Beschlüsse zu anderen Mitteln greifen würde, um die politische Macht sich zu erhalten, so muß auch das Proletariat sich gewärtig sein, daß es andere Mittel ergreifen muß, um sich die politische Gewalt zu holen. Nur die großen Aktionen der Massen: Demonstrationen, Massenstreik, Aufstand — bringen die Entscheidung. Die Teilnahme an parlamentarischer Wahl und Tätigkeit dient allein dem Ziel, jene Aktionen agitatorisch und organisatorisch vorzubereiten.

5. Damit ist auch der ganze Unterschied der Stellung der K. P. D. und der U. S. P. D. in der Frage der Parlamente gekennzeichnet. Die Teilnahme der U. S. P. zielt auf Errungenschaften und Erfolge innerhalb des Parlaments. Der K. P. D. sind die „positiven“ Erfolge nebensächlich, ihr Ziel liegt außerhalb des Parlaments. Die U. S. P. verspricht sich von den Beschlüssen des Parlaments einiges oder alles. (Verankerung der Räte in der Verfassung.) Die K. P. D. verspricht sich von den Beschlüssen nichts. Die U. S. P. sieht in den parlamentarischen Aktionen den Ersatz für revolutionäre Kämpfe, die K. P. D. in ihnen ein Mittel ihrer Herbeiführung. **Die U. P. bedient sich des Parlaments zur Einwirkung auf die herrschenden Klassen, die K. P. D. zur Einwirkung auf die Massen.**

6. In Anwendung dieser Grundsätze wird die K. P. D. über Beteiligung an Wahlen Beschluß fassen, sobald an sie die Notwendigkeit herantritt.

Parlamentarische Vertreter, die in ihrer Tätigkeit diesen Grundsätzen zuwiderhandeln, sind von ihren Organisationen abzuberufen.

Der Referent der Zentrale: Durch den syndikalistischen Zustrom in unsere Partei ist Verwirrung in unsere Reihen getragen worden. Die Hamburger Leitsätze sind dafür bezeichnend. Vor den Massen treten die Hamburger als prinzipielle Antiparlamentarier auf, haben sie aber einen Gegner vor sich, dessen Argumenten sie sich nicht gewachsen fühlen, so erklären sie die Frage für taktisch. Der in vorwurfsvollem Ton gegen uns geschriebene Satz der Hamburger Leitsätze, wir stünden auf dem Boden der Tatsachen, gehöre fett gedruckt, denn er zeige tatsächlich das, was uns von der Hamburger Opposition trennt, die in den Wolken schwebe. Die Verfassung gehöre heute zu den Tatsachen, auf deren Boden wir uns stellen müssen. Bei ihrem Zustandekommen spielte sich allerdings das Leben in revolutionären Kämpfen ab, und die Nationalversammlung war für das Proletariat ohne jedes Interesse. Heute ist das anders geworden. Es sind Tendenzen vorhanden, die auf eine Konsolidierung der bürgerlichen Macht hinweisen. Eine Aussicht auf entscheidende Kämpfe für die nächste Zukunft besteht nicht. Die Reorganisation des Kapitals wird vom ausländischen Kapital gestützt. Die Vorkämpferschaft Deutschlands für die Weltrevolution ist vorbei. Es scheint sich mehr eine gleichzeitige internationale Erhebung zu entwickeln. Die Winterkrise wird Verschärfung, aber kaum eine Entscheidung bringen. Deshalb dürfen wir nicht auf parlamentarische Tätigkeit verzichten. Die Spaltung der Partei erschwert unsere Propagandaarbeit. Die Hamburger Opposition bedeutet praktisch Denunziation an die Behörde. Es wird eine scharfe Verfolgung unserer Presse und Agitation einsetzen. Deshalb müssen wir die Tribüne des Parlaments benutzen. Dadurch ist Gelegenheit geboten, die Reden der Abgeordneten als Agitationsschriften zu verbreiten, die nicht verboten werden dürfen. Die Bourgeoisie ist gezwungen, sich mit uns zu beschäftigen. Der Referent empfiehlt, die Anträge auf Rückberufung so zu formulieren, daß der Austritt aus den Parlamenten aus einem besonderen politischen Anlaß geschieht, damit nicht der Anschein erweckt werde, als hätten wir es prinzipiell gefordert.

Korreferent M.-Stuttgart: Das Parlament ist nicht der rettende Engel. Auch aus dem Parlament führt der Weg ins Zuchthaus. Es kommt heute sachlich auf die Beurteilung der Situation an. Der Referent hat die Situation falsch eingeschätzt. Die Revolution ist nicht beendet. Die Vorkämpferstellung Deutschlands besteht nach wie vor. Die Zuspitzung der Krise wird in allernächster Zeit zu großen Kämpfen führen. Wir dürfen unsere Kräfte nicht im Parlament verzetteln, wir brauchen sie zu Aktionen. Das Parlament ist keine Tribüne, da die Reden doch nur durch unsere Presse verbreitet werden. Diskreditieren des Parlaments ist unnötig, da es durch seine bisherige Tätigkeit den Kredit bei den Massen sowieso verloren hat. Unsere Wahlbeteiligung würde den gesunkenen Kredit wieder heben. Wenn unsere Genossen nicht aus den Parlamenten geholt werden, so stützt das die Hamburger in ihrer Agitation gegen uns. Die antiparlamentarische Massenstimmung ist berechtigt. Der Metallarbeiterstreik ist der Auftakt zu wirtschaftlichen Abwehrkämpfen. Das Parlament ist zur Schürung dieser Kämpfe kein Mittel, am wenigsten die Gemeindeparlamente, die direkt zum Sumpfe führten. Redner empfiehlt abgegrenzte Aktionen.

In der Diskussion gibt K.-Rheinland-Westfalen zu bedenken, daß bei den diesen Winter zu erwartenden Kämpfen mit einer Niederlage zu rechnen sein wird. Dann müssen die Massen während des Wahlkampfes wissen, daß die K. P. D. die Trägerin des Klassenkampfes ist. In Frage kommt nur die Beteiligung an Reichstagswahlen. Er tritt für den Antrag der Zentrale ein, empfiehlt aber möglichst rasche Herbeiführung des Austritts.

Der Referant entschuldigt sein unzulängliches Referat mit völliger Erschöpfung und tritt sein Schlußwort an ein anderes Mitglied der Zentrale ab.

Sch.-Hanau empfiehlt möglichst rasche Beteiligung an allen Parlamenten. Man kann die Nationalversammlung nicht ignorieren, denn

sie ist eine Macht, die beispielsweise in der Steuerfrage das Proletariat schwer zu fühlen bekommt. Deshalb müsse man hineingehen. Unser Einfluß auf die Massen ist so gering, weil unsere Führer nicht bekannt sind. Liebknecht ist durch sein Verhalten im Parlament populärer geworden als Rosa Luxemburg, trotz ihrer zwanzigjährigen Betätigung in der Partei. Wir müssen auch die Massen gewinnen, die heute noch nicht von unserer Propaganda erfaßt sind. Das Sträuben der „Radikalen" kommt aus der Angst vor der Schwierigkeit.

W.-Stuttgart: Es ist das Gegenteil der Wahrheit, wenn behauptet wurde, die Zentrale habe die Parlamentsfrage zur Diskussion gestellt. Die Parlamentsfrage wurde zuerst in Württemberg akut, als verschiedene Ortsvereine der U.S.P. sich bereit erklärten, geschlossen zu uns überzutreten, sofern wir ihnen ihre Gemeindevertreter belassen. Nachdem die Frage einmal aufgeworfen, zog sie weitere Kreise und zeitigte den Antrag an die Zentrale, die Frage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags zu stellen. Der Beschluß des Gründungsparteitags war nicht grundsätzlich antiparlamentarisch, wurde aber vielfach so aufgefaßt. Wenngleich auch damals schon die Arbeiterräte größtenteils machtlose Faktoren waren, bestand doch noch die Möglichkeit, daß sie sich gegen die Nationalversammlung behaupten würden. Damals hatte das Proletariat noch ungehinderte Betätigungsmöglichkeiten in der Propaganda, es beherrschte noch die Straße, während anderseits die Bourgeoisie sich noch in einem Schwebezustand befand. Aus dieser konkreten Situation heraus ist der damalige Beschluß entstanden. Wenn wir heute diesen Beschluß verschärfen würden, so würden wir damit den notwendigen Trennungsstrich zwischen den Syndikalisten wieder verkleistern. Ob das deutsche Wirtschaftsleben objektiv vor der Katastrophe steht, ist für uns nicht ausschlaggebend. Die Frage ist für uns, wie das Proletariat darauf reagiert, ob es fähig ist, die Situation zu nützen. Niemand wird bestreiten, daß es dem deutschen Proletariat an Willen zur politischen Macht mangelt. Die Negation des Parlamentarismus lähmt und erstickt diesen Willen, und darin liegt das Gefährliche. Aus diesem Grunde dürfen wir nicht beschließen: Heraus aus den Parlamenten. Es kommt nicht darauf an, ob wir einen oder zwanzig oder gar keinen Vertreter im Parlament haben. Das Entscheidende ist, daß wir keinen Platz und keine Gelegenheit freiwillig preisgeben, die uns die Möglichkeit gibt, die Massen zu wecken, zu schulen, zu sammeln. Es ist gesagt worden, der Parlamentarismus sei nichts mehr als ein Mittel zur Täuschung der breiten Massen. Wenn dem so ist, dann ist es um so mehr unsere Aufgabe, der Bourgeosie wie ihren Zuhältern an der Klinge zu bleiben und die Täuschungsabsichten so gut wie möglich zu vereiteln. Diejenigen, die befürchten, daß die parlamentarische Betätigung auch für Kommunisten unfehlbar auf der Bahn des Opportunismus enden werde, übersehen zweierlei. Einmal konnten die Vertreter der alten Sozialdemokratie opportunistische Politik nur deswegen treiben, weil die hinter ihnen stehenden Massen opportunistisch waren. Heute stehen wir in einer revolutionären Periode. In einer Periode mit sinkender Produktivität, in der das Proletariat naturgemäß revolutionär sein muß. Ein solches Proletariat wird auch darüber zu wachen wissen, daß es revolutionäre Führer hat, wo immer diese auch wirken mögen. Darauf können Sie sich verlassen.

Der Vertreter der 3. Internationale: Jede Aktion, die wir einleiten, muß auf das Proletariat wirken. Der Beschluß zur Rück-

berufung aus den Parlamenten würde jetzt von den Massen als syndikalistische Aktion verstanden werden. Später kann eventuell der Austritt sich vollziehen und revolutionierend wirken. Die Genossen in den Parlamenten sollen dahin arbeiten, eine solche Situation herbeizuführen. Ein echter Kommunist braucht im Parlament keine Kompromittierung zu fürchten.

Ein Mitglied der Zentrale polemisiert gegen die Argumente des Korreferenten, daß unsere Parlamentsreden nur durch unsere Parteipresse verbreitet würden, und da diese sehr oft verboten würde, auch die Veröffentlichung der Reden inhibiert würde. Diese Begründung gelte für alle Situationen. Es verberge sich dahinter seine prinzipielle Ablehnung der Parlamente. Das Tempo der Revolution kann nicht bestimmt werden. Die Forderung auf Austritt stammt historisch aus der prinzipiellen antiparlamentarischen Haltung und ein derartiger Beschluß würde als eine syndikalistische Aktion wirken. Genossen, die im Parlament nicht kommunistisch handeln, können von ihren Organisationen zurückgerufen werden.

Ein Mitglied der Zentrale: Der Standpunkt des Korreferenten ist der verkörperte innere Widerspruch. Er läßt sich also zusammenfassen: Absatz 1: Die K.P. anerkennt grundsätzlich, daß auch der Parlamentarismus ein Mittel im Klassenkampf sein kann und als solches den Umständen entsprechend genützt werden muß. Absatz 2: Die Benützung des Parlamentarismus als Mittel des proletarischen Klassenkampfes ist unter allen Umständen verboten. In der Tat: Der Korreferent, der grundsätzlich den Parlamentarismus ablehnt, kennt nur noch geschichtliche Situationen, in denen der Parlamentarismus als Mittel des Klassenkampfes entweder überflüssig oder schädlich sein würde. Sollen wir den Parlamentarismus etwa nach der Eroberung der politischen Macht und der Aufrichtung der proletarischen Diktatur gebrauchen? Des Korreferenten widerspruchsvolle Ausführungen legen diese Frage nahe. Seine grundsätzliche Anerkennung des Parlamentarismus geht mit der praktisch-taktischen Verneinung Hand in Hand. Wir sind eine politische Kampfpartei, und als solche benützen wir alle geschichtlich gegebenen Kampfmittel des Proletariats, die unter gegebenen geschichtlichen Umständen gebraucht werden müssen und Erfolg versprechen. Die antiparlamentarische Stimmung der Massen ist bei dem Verrat und Bankerott der Sozialdemokratie begreiflich. Aber da die Kommunistische Partei das revolutionäre Hirn der proletarischen Massenbewegung sein, diese führen soll, darf sie sich der Stimmung der Massen nicht blind gehorsam unterwerfen. Sie muß diese Stimmung klären, zum Ausgangspunkt richtiger geschichtlicher Einschätzung der Verhältnisse machen, zum Ausgangspunkt einer zielsicheren grundsätzlichen Erkenntnis, die Massenwillen und Massenaktion gebiert. Der Verzicht auf den parlamentarischen Kampf wird nur zu leicht zum Verzicht auf den politischen Kampf überhaupt. Des Korreferenten Gedankengänge beruhen auf einer falschen Wertung der gegenwärtigen Situation, die er im Licht optimistischer Revolutionsromantik sieht. Er redet von den Massen, die wir für die Revolution haben, die für die Revolution reif sind. Es ist Selbsttäuschung, uns einreden zu wollen, daß dem so ist. Wir dürfen nicht nach überfüllten Versammlungen urteilen. Die breitesten Massen des werktätigen Volkes haben wir leider noch nicht hinter uns. Viele Hunderttausende, ja Millionen Proletarier sind noch im Lager der Mehrheitssozialdemokratie, der bürgerlichen Demokratie und namentlich des Zentrums. Die Revolution muß auch von den Angestellten, Lehrern, Beamten, Handwerkern usw. getragen werden, soweit

sie proletarisiert sind oder wenigstens nicht zur Bourgeoisie gehören. Die Masse der Bauern darf ihr nicht feindlich gegenüberstehen. Die betreffenden Schichten des werktätigen Volkes sind von der Kommunistischen Partei bis jetzt kaum an der Oberfläche erfaßt worden. Wir müssen mit unseren Ideen und Forderungen unter sie dringen, sie zu Trägern der kommunistischen Bewegung und Politik machen oder sie wenigstens „neutralisieren“, „sterilisieren“. Die Ausnutzung des Parlamentarismus ist ein Mittel, gerade diese Schichten in den Bannkreis unserer Ideenwelt zu bringen. Die Abstinenzpolitik ist ein Zeichen der Schwäche, auch gegenüber dem Parlamentarismus. Wir müssen den Gegner überall packen, wo er steht, wo er Machtpositionen hat. Die grundsätzlichen und taktischen Antiparlamentarier verweisen triumphierend auf die zurückgegangene Wahlbeteiligung. Kein Zweifel, daß sie mit auf Rechnung der antiparlamentarischen Wahl zu setzen ist. Aber wer wagt zu behaupten, daß alle diese Nichtwähler zur Kommunistischen Partei gekommen sind, von ihr festgehalten und geschult werden? Die meisten der Nichtwähler sind in ihrer begreiflichen verärgerten Stimmung gegen den Parlamentarismus beiseite getreten und aus dem politischen Kampf überhaupt ausgeschieden. Sie haben sich nicht um unser Banner zum Kampf für die Revolution geschart. Der Parlamentarismus muß von uns als ein Mittel unter anderen Mitteln angewendet werden, unaufgeklärte Massen zu wecken, zu sammeln und zu schulen.

Schlußwort des Korreferenten: Er weist die geäußerte Vermutung, als sei er prinzipieller Antiparlamentarier, zurück. Er wendet sich gegen den Antrag, weil man es den einzelnen Genossen überlassen müsse, den Zeitpunkt des Austritts zu bestimmen. Es müsse eine Formulierung gefunden werden, die Gewähr bietet für rasches Ausscheiden.

Schlußwort, gehalten von einem Mitglied der Zentrale*). Der Redner rügt die oberflächliche Argumentierung des Referenten und des Korreferenten und führt über die jetzige Situation ein Zitat von Marx und Engel an, in dem es heißt: „In einer revolutionären Epoche dient das Parlament als Entwicklungsschule des ganzen Volkes. Das Parlament wird beseitigt entweder durch die Revolution oder durch die Konterrevolution.“ Damit sei der Zeitpunkt für das Ausscheiden gegeben. Der Referent empfiehlt gerade die Beteiligung an den Gemeindeparlamenten, diese Kleinkinderschule des Kommunismus. Gerade die Beteiligung daran ist besonders fruchtbar, weil es schwierig ist, den kommunistischen Kern der dort zur Sprache kommenden Probleme herauszuschälen. Das Ausscheiden der Genossen entbehrt jeder Begründung, ist opportunistisch, widerspricht der Annahme der Leitsätze und erschwert daher den Massen das Verständnis für ein eventuelles Wiederwählen. Wir sind in der Vorbereitung der Revolution und dürfen auf das Parlament nicht verzichten.

Es erfolgen nunmehr die Abstimmungen. Zuerst wird abgestimmt über einen Antrag Ost- und Westpreußen, er lautet:

> Genossen, die bürgerlichen Parlamenten angehören, haben dort auszuscheiden, sofern das nicht geschicht, stellen sich diese Genossen außerhalb der Partei.

Dieser Antrag wird mit 17 gegen 15 Stimmen abgelehnt.

---

*) Eine vollständige und genaue Wiedergabe des Schlußworts kann leider nicht gegeben werden, weil eine Niederschrift durch den Schriftführer nicht erfolgte.

Angenommen wird ein Antrag der Zentrale:

> Nicht nur die Tätigkeit innerhalb der Parlamente, sondern nach Lage der Verhältnisse auch das Ausscheiden aus den Parlamenten kann von revolutionierender Wirkung auf das Proletariat und ein revolutionärer Akt sein.
>
> Die Kommunisten in den Parlamenten haben dementsprechend in entscheidenden politischen Konflikten entweder auszuscheiden oder ihren Ausschluß aus den Parlamenten durch die Bourgeoisie herbeizuführen.
>
> Das Ausscheiden soll in den Augen der gesamten Arbeiterschaft als revolutionäre Aktion erfaßt werden und zur Auslösung der revolutionären Massenaktion führen.
>
> Ihre Tätigkeit ist auf die Herbeiführung solcher Konflikte zu richten.

Es erfolgt nun die Abstimmung über die Leitsätze über den Parlamentarismus, die mit 22 gegen 1 Stimme angenommen werden.

In einer persönlichen Erklärung erklärt ein Mitglied der Zentrale, daß die Beratung der Verfassung in Württemberg keine revolutionäre Situation bedeutet hätte, in der das Ausscheiden aus dem Parlament irgendwelche große politische Bedeutung hätte erlangen können.

Vor Eintritt in den nächsten Punkt der Tagesordnung wird bestimmt, daß für Angestellte 30, für Arbeiter 50 Mark Diäten gezahlt werden sollen.

3. Punkt der Tagesordnung:

Gewerkschaftsfrage.

Es liegen folgende Leitsätze der Zentrale vor:

Leitsätze über die Gewerkschaftsfrage.

1. Hatte schon vor dem Kriege das Anwachsen und die Konzentration der Kapitalien, deren Zusammenfassung und einheitliche Leitung in Trusts, Syndikaten und Arbeitgeberverbänden die gewerkschaftliche Politik der kleinen Reformen, der Lohnverbesserungen und Tarifverträge vor eine Mauer gestellt, so ist mit dem Zusammenbruch des deutschen Imperialismus und mit dem Beginn des offenen Kampfes zwischen Kapital und Arbeit diese Politik völlig aussichtslos geworden.

Die Zerrüttung, in die die Wirtschaft durch den Krieg geraten ist, die unerträgliche Schuldenlast gegen In- und Ausland, die Entwertung der Mark und damit die Unmöglichkeit, fehlende Rohstoffe in rationeller Weise zu beschaffen, die Unmöglichkeit, gegenüber den Verpflichtungen an das Ausland das Inland mit genügend heimischen Rohstoffen zu versehen, die Unmöglichkeit, aus dem In- oder Ausland genügend Nahrungsmittel zu beschaffen, die Unmöglichkeit, der dauernden Entwertung der Zahlungsmittel, dem damit verbundenen Sinken des Reallohnes, der damit verbundenen Notwendigkeit, die Lohnsätze wieder zu erhöhen, neue Banknoten zu drucken, und damit neue Entwertung der Mark herbeizuführen: das alles zwingt einerseits die Bourgeoisie, die Ausbeutung der Proletarier bis zur äußersten Grenze zu treiben, und gestaltet andererseits die ökonomische Lage der Bourgeoisie so, daß jeder Versuch, diese äußerste Ausbeutung zu verhindern, das ganze kapitalistische Wirtschaftssystem zum Einsturz zu bringen droht. Jeder Versuch der Besserung der wirtschaftlichen Lage des Proletariats, sei es Verkürzung der Arbeitszeit, sei es Erhöhung des Reallohnes, sei es Schutz gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit, geht dem Kapitalismus ans Leben.

Ja noch mehr. Um seiner Weiterexistenz willen ist der Kapitalismus gezwungen, die Lage des Proletariats noch zu verschlechtern, die Ausbeutung noch über die derzeitigen Grenzen hinauszutreiben. Schon die Abwehr solcher Maßnahmen, wie Herabsetzung der Stundenlöhne, Heraufsetzung der Arbeitszeit, Wiedereinführung der Akkordarbeit usw. sind für den Kapitalismus tödlich. Er muß, wenn er leben will, schärfer ausbeuten als bisher.

2. In klarer Erkenntnis dieser Tatsachen hat die Bourgeoisie es längst aufgegeben, von „rein wirtschaftlichen" Kämpfen zu reden und die Staatsgewalt als quasi neutral beiseite zu lassen. Bisher nur geheim und unterdrückt, heute direkt und offen sind die politischen Gewalten in den Dienst der ökonomischen Ausbeutung gestellt. Noskegarden, die die Ausständigen mit Maschinengewehren in die Fabriken treiben, staatlich organisierte Streikbrechergarden, die in bestreikten Betrieben Dienste tun, Belagerungszustand, Kriegsgerichte, Preßverbote usw. sind das Zeugnis dafür.

3. Nicht nur deswegen, weil jeder wirtschaftliche Kampf heute von der Bourgeoisie mit politischen Mitteln, steigend bis zur Massenerschießung geführt wird, sondern aus denselben objektiven Gründen wie die Bourgeoisie, erkennt auch das Proletariat, daß heute jeder wirtschaftliche Kampf nicht nur ein politischer ist, sondern ein revolutionärer, weil er, mag er wollen oder nicht, das kapitalistische Gebäude zu sprengen droht. Die von den deutschen Gewerkschaften bisher verfolgte Politik der rein wirtschaftlichen Kämpfe, der politischen Neutralität und der „Ablehnung" des politischen Massenstreiks ist durch die Tatsachen überholt.

4. Aus dieser Einheit von wirtschaftlichem und politischem Kampf — beides nur Erscheinungsformen eines und desselben revolutionären Kampfes — folgt keineswegs die Notwendigkeit einer Einheit von politischer und gewerkschaftlicher Organisation.

Die politische Organisation der K. P. hat zur Aufgabe die Sammlung der *vorgeschrittensten* Elemente der Arbeiterschaft auf der Grundlage des Programms der K. P. D.

Die wirtschaftliche Organisation hat zur Aufgabe die Sammlung des *gesamten* Proletariats, das das Objekt kapitalistischer Ausbeutung ist.

Grundlage der politischen Organisation ist der gemeinschaftliche Wille zur Erreichung eiens *künftigen* politischen Zustandes.

Grundlage der gewerkschaftlichen Organisation ist die Tatsache eines *bestehenden* wirtschaftlichen Zustandes.

Aufgabe der politischen Organisation ist die *Führung* im politischen Kampfe. Diese Aufgabe kann von einer Minderheit gelöst werden.

Aufgabe der wirtschaftlichen Organisation ist die *Durchführung des Kampfes selbst*; diese Aufgabe kann nur von geschlossenen proletarischen Massen gelöst werden.

Der wirtschaftlichen Organisation fallen im Stadium des Aufbaues besonders schwierige Aufgaben zu; die politische Partei kann aus sich diese Aufgaben nicht lösen.

5. Aus dieser grundsätzlichen Verschiedenheit ergibt sich auch das Verhalten gegenüber den Gewerkschaften.

Die politische Partei der K. P. D. konnte sich dadurch bilden, daß jene vorgeschrittensten Elemente sich von der S. P. D. bzw. U. S. P. D. loslösten und die eigene Partei bildeten; die Aufgabe der Führung entstehender Aktionen war ihr trotzdem und eben deswegen möglich.

Die Herausnahme der vorgeschrittensten Elemente aus dem gewerkschaftlichen Heerhaufen des Proletariats lähmt und unterbindet die Schlagkraft der Massen, nimmt aus ihnen den Gärstoff und hemmt so den Ausbruch und die Durchführung revolutionärer Massenkämpfe überhaupt.

6. Die wirtschaftliche Massenaktion allein kann nicht das Werk der Revolution vollenden. Sie kann nicht zum unmittelbaren Siege des Proletariats führen, kann vielmehr nur dadurch, daß sie die Massen zusammenfaßt und in Bewegung bringt, die revolutionäre Aktion zu höheren Formen, d. h. zum Generalaufstand, zum Aufstand des gesamten werktätigen Volkes hinaufführen.

Von dieser Auffassung ausgehend, daß die wirtschaftliche Aktion nur ein Glied in der Gesamtaktion der Massen ist, verwirft die K. P. D. jene Formen des wirtschaftlichen Kampfes, die nicht Massenaktion, sondern Individualakt sind. Sie verwirft die Sabotage als ein anarchistisches Mittel, das durch individuellen Akt die Aktion der Massen zu ersetzen sucht, in Wirklichkeit aber durch Akte individuellen Terrors die Aktion der Massen lähmt.

Von diesem Gesichtspunkt aus bedarf auch das Mittel der passiven Resistenz einer besonderen Würdigung. Die passive Resistenz im gegenwärtigen Augenblick, als Ausdruck der herabgesetzten Ernährung und durch Krieg und Hungersnot hervorgerufenen physischen und psychischen Erschöpfung ist eine natürliche gesellschaftliche Erscheinung und ein Akt berechtigter Notwehr des Proletariats.

Ein Mittel jedoch, durch dessen Ausübung das Proletariat die Macht erobern könnte, ist sie nicht. Im Gegensatz zum Streik, der einer Steigerung zur Demonstration, zum Massenaufstand, zum Generalaufstand und damit zum endgültigen Siege fähig ist, ist die passive Resistenz einer solchen Steigerung nicht fähig, und sie führt daher ganz von selbst zu einer Verflachung der wirtschaftlichen Kämpfe.

7. Die Tatsache, daß die Gewerkschaften heute zu einem Werkzeug der Bourgeoisie und der Gegenrevolution geworden sind, ist keine Organisationsfrage. Sie ist lediglich das Widerspiel der Tatsache, daß das Proletariat in seinen weiten Schichten sich über seine Klassenlage und über die Mittel zu deren Änderung, kurzum über Wesen und Ziel der Revolution noch nicht im klaren ist. Diese Änderung der geistigen Konstitution des Proletariats würde auch nicht dadurch herbeigeführt werden, wenn man die Proletarier aus der einen Organisation herausnähme und sie einer andern zuführte.

Dieser Umwandlungsprozeß kann vielmehr nur durchgeführt werden einerseits durch unermüdliche Agitation und Aufklärung in diesen Massen und innerhalb ihrer Organisation, andererseits aber — und im wesentlichsten durch die praktische Schule des Kampfes, des wirtschaftlichen Kampfes gegen das Unternehmertum — in dem die Gewerkschaftsbureaukratie immer ausgesprochener auf der Seite des Kapitals stehen wird — als auch des organisatorischen Kampfes gegen die Gewerkschaftsbureaukratie selbst.

Diese Aufgabe und dieser Kampf können nur erfolgreich durchgeführt werden, wenn die Mitglieder der K. P. D. in engster Fühlung mit diesen Massen bleiben und nicht davonlaufen. Die K. P. D. sieht aber im Einzelaustritt einen individuellen Akt, der mit Rücksicht auf die verbleibenden Massen sehr schädlich wirken kann.

8. Die konterrevolutionäre Sabotage des wirtschaftlichen Kampfes durch die Gewerkschaftsbureaukratie hat einen Grad von Gefährlichkeit erreicht, daß unmittelbare Maßnahmen dagegen notwendig sind.

Die K.P.D. empfiehlt daher, den Kampf gegen die Gewerkschaftsbureaukratie aufzunehmen mit dem Ziele, die konterrevolutionäre Gewerkschaftsbureaukratie von den Massen zu isolieren. Zu diesem Zweck schließen sich die Kommunisten innerhalb der Ortszahlstellen fraktionsmäßig zusammen und führen den Kampf mit ihr innerhalb und, wenn es sein muß, außerhalb der Gewerkschaft.

9. Wo es sich um einheitliche geschlossene Wirtschaftskörper handelt, wie im Bergarbeiterrevier von Rheinland-Westfalen, oder wie bei den Eisenbahnern, wo also zwischen Wirtschaftskörper und Berufszweig ganz oder nahezu Identität herrscht, kann mit diesem Kampfe der Kampf um die neue Organisationsform der Betriebsorganisation verbunden werden. In diesen, ihrer Natur nach in Riesenbetrieben vereinigten Gewerken bedeutet die Betriebsorganisation nicht nur eine neue Organisationsform, sondern hier ist auch diese Betriebsorganisation ohne weiteres möglich.

In allen andern Fällen aber, namentlich da, wo die Gewerke sich ihrer Natur nach in vielen Betrieben verzetteln, so etwa Transportarbeiter, Holzarbeiter, teilweise Metallarbeiter usw., kann diese neue Organisationsform nicht die Plattform für den Kampf abgeben, weil deren Durchführbarkeit je nach örtlichen und beruflichen Verhältnissen sich richtet.

10. Im einen wie im andern Falle darf der Kampf niemals ein rein organisatorischer werden. Auch dieser gewerkschaftliche Kampf ist dem höheren Ziel unterzuordnen, die Masse als solche durch diesen Kampf auf eine höhere Stufe politischer und ökonomischer Erkenntnis ihrer Lage zu erheben. In diesem Zusammenhang ist es besonders erforderlich, die gewerkschaftliche Theorie und Praxis der „rein wirtschaftlichen" Kämpfe, der Verwerfung der politischen Massenaktion (Kölner Kongreß usw.) grundsätzlich zu bekämpfen.

Der Zweck dieser Kämpfe ist also ein zweifacher:

direkt: die Sabotage des wirtschaftlichen Kampfes durch die Bureaukratie zu brechen;

indirekt: die Masse des Proletariats über seine jetzige Indolenz und Schwäche hinauszuführen.

11. Hiernach sich loslösende Gewerkschaftsteile sind innerhalb der Wirtschaftsgebiete zu Arbeiterunionen zusammenzufassen. Solche Arbeiterunionen können daher vorläufig aus Gruppen bestehen, die entweder beruflich oder betriebsmäßig organisiert sind. Es richtet sich nach der Art der Industrie, ob außer der obengenannten auch andere Arbeitergruppen betriebsmäßig organisiert werden können.

Ziel der ganzen Organisation ist eine Reichsarbeiterorganisation. Innerhalb dieser gruppieren sich die betriebsmäßig organisierten Arbeiter der Industrien, die andern nach Fächern.

Referent W., Stuttgart: Die Gewerkschaftsfrage ist zurzeit die wichtigste Frage. Durch die bisherigen Debatten ist ja ein Teil der damit zusammenhängenden Fragen besprochen und erledigt. Wir haben uns heute nur noch mit der Frage an sich, nicht aber mehr mit den Versuchen zu beschäftigen, die darauf ausgehen, den Gewerkschaften die Aufgaben der politischen Partei zu überweisen. Im allgemeinen haben wir es mit vier Auffassungen zu tun: 1. Die Vertreter der Einheitsorganisation, 2. die Gründung neuer Organisationen auf der Grundlage der Betriebe (Hamburger Richtung), 3. die Gründung neuer Organisationen auf der Grundlage der Betriebe als reine Wirtschaftsorganisation, 4. Kampf um die Isolierung der Bureaukratie innerhalb der Gewerkschaften.

Wenn wir die richtige Stellung zu den Gewerkschaften beziehen wollen, müssen wir zunächst über das Wesen der Gewerkschaften klar werden. Die Gewerkschaften sind ihrer Natur nach nicht revolutionär. Ihre Grundlage ist die kapitalistische Gesellschaft. Über diese Schranken können sie nicht hinaus. Wir haben diese Grenzen seit langem erkannt und stets den Köhlerglauben der Generalkommission und der Revisionisten bekämpft, die da glaubten, durch die Reformarbeit in den Parlamenten und der Gewerkschaften den Kapitalismus überwinden zu können; denn es hat sich lange vor dem Krieg gezeigt, daß die Politik der kleinen Reformen immer schwieriger wurde. Das Anwachsen und die Konzentration des Kapitals hat die Gewerkschaften vor eine Mauer gestellt. Der Streik bei dem Strebelwerk in Mannheim, der Werftarbeiterstreik und viele andere Kämpfe hatten gezeigt, daß nur eine Steigerung dieser Kämpfe in revolutionäre Massenkämpfe, die ihre Spitze nicht mehr gegen den einzelnen Unternehmer, sondern gegen die ganze Staatsgewalt richteten, noch eine Besserstellung zugunsten der Arbeiter erzielen konnte.

Heute ist vollkommen klar, daß dem Proletariat auf der Grundlage des Kapitalismus nicht Erfüllung seiner Wünsche werden kann. Die Zerrüttung des ganzen Wirtschaftslebens, die Entwertung des Geldes, die enormen Schulden an In- und Ausland, die ungeheure Steuerlast, das alles zwingt die Bourgeoisie, die Ausbeutung des Proletariats bis zur äußersten Grenze zu steigern. Not und Hunger zwingen in Deutschland immer weitere Schichten des Proletariats zu wirtschaftlichen Kämpfen. Andererseits stoßen sich diese Kämpfe an der Unmöglichkeit ihrer Erfüllung. Erst diese Unmöglichkeit zeitigt das Ergebnis, daß die Quantität in die Qualität umschlägt, daß die Kämpfe ausmünden in politische Massenaktionen. Die Konsequenzen dieser Tatsachen den Massen in den Gewerkschaften wieder und immer wieder vor Augen zu führen, diese Massen für das politische Endziel, für die Eroberung der politischen Macht reif zu machen, das ist unsere wichtigste Aufgabe.

Aus dieser Betrachtung ergibt sich unsere Stellung zur Gewerkschaftsfrage. Es ergibt sich, wie irreführend die Behauptung Wolffheims ist: „Der politische und der wirtschaftliche Kampf ist eine unteilbare Einheit." Das ist nur bedingt richtig und nur insoweit, als beide Äußerungen des Klassenkampfes sind. Dem Inhalt und dem konkreten Ziele nach ist der wirtschaftliche vom politischen Kampf wesensverschieden, ebenso ihre Organe. Die Gewerkschaften suchen die Arbeitsverhältnisse zu regeln im gegebenen Produktionsprozeß. Die Betriebsräte sind revolutionär von Haus aus und in ihrer ausgereiften Gestalt mit der kapitalistischen Produktionsweise unvereinbar. Sind die Gewerkschaften nun überflüssig geworden, weil der Produktionsprozeß selber zum Gegenstand des Kampfes geworden ist? Nein. Solange die Arbeitskraft als Ware auf den Markt kommt, sind die Gewerkschaften unentbehrlich. Sie haben auch, wie die Geschichte der russischen Revolution beweist, nach dem Siege des Proletariats wichtige Aufgaben zu erfüllen. Jedenfalls beweist das riesige Wachstum der Gewerkschaften, daß solche Körperschaften noch notwendig sind.

Die Vertreter der Einheitsorganisation erstreben einen unmöglichen Zustand. Und wenn die Bremer Arbeiterpolitik während des Krieges in zahlreichen Artikeln für die Einheitsorganisation Propaganda machte, so hat man ja inzwischen dort selbst das Utopische dieses Planes eingesehen. In Hamburg hat man jetzt den Gedanken zu neuem Leben erweckt. Alle Dementis sind hier vergebens. Der Unterschied zwischen

einst und jetzt ist nur, daß früher die Gewerkschaften in die Partei aufgehen sollten, heute die Partei in die syndikalistischen Gewerkschaften. Die Gegenüberstellung Industrie- oder Fachverband hat absolut nichts Revolutionäres an sich, was wohl zur Genüge daraus hervorgeht, daß schon vor zehn Jahren reaktionäre Gewerkschaftsführer aus der Konzentration des Kapitals die entsprechenden Schlußfolgerungen gezogen und den Zusammenschluß der Fachverbände zu Industrieorganisationen befürworteten.

Das Problem ist heute nicht: Betriebsrat oder Gewerkschaft. Diese beiden Organe haben ganz verschiedene Aufgaben und können einander nicht ersetzen. Es gilt das **Verhältnis** zwischen diesen beiden festzusetzen, und da kann es für uns nur eine Lösung geben: die Gewerkschaften haben sich den Betriebs- und Arbeiterräten unterzuordnen. Als der Aktionsausschuß des Stuttgarter Arbeiterrats, der damals von Kommunisten besetzt war, schon im November vorigen Jahres einen entsprechenden Beschluß faßte, zeitigte das die leidenschaftliche Abwehr der Gewerkschaftsbürokratie. Diese Stellung, die wir den Gewerkschaften anweisen, schließt in sich die schärfste Kampfansage gegen die heutigen Gewerkschaftsführer. Die Gewerkschaften, die heute die stärkste Stütze des Kapitalismus sind, müssen durch unsere Arbeit zu Hilfsorganen der Revolution vor und nach dem Siege werden. Das und nur das ist der Inhalt unseres Kampfes.

Wir müssen versuchen, die alten Prinzipien in den Gewerkschaften auszurotten und durch die kommunistischen Gedankengänge zu ersetzen. Es gilt, das Aufgeben der politischen Neutralität zu erzwingen und den Massenstreik als Kampfmittel zur Anwendung zu bringen. Es gilt, die Gewerkschaften, die mit den alten Methoden nichts mehr erreichen können, so umzugestalten, daß sie ihren Aufgaben gerecht zu werden vermögen. Erreichen wir das durch die Austrittsparole? Damit würden wir die Gewerkschaftsbureaukratie nicht schwächen, sondern stärken. Wir müssen den Kampf um die Isolierung der Bureaukratie dort führen, wo die Massen sind — innerhalb der Gewerkschaften. Es gibt für diesen Kampf keine Schablonen. Ob beispielsweise in Rheinland-Westfalen bei den Bergarbeitern der Austritt aus den Gewerkschaften und die Gründung eines neuen Verbandes im Interesse der Revolution lag, will ich der Beurteilung der dortigen Genossen überlassen. Ich bin im allgemeinen mit den vorliegenden Leitsätzen einverstanden, halte es jedoch für eine gefährliche Zersplitterung unserer Kräfte, wenn hier empfohlen wird, Ortsvereine, in denen wir die Mehrheit haben, von dem Zentralvorstand loszulösen. Eine solche Loslösung könnte allenfalls erfolgen, wenn in einem ganzen Bezirk die Verhältnisse so weit sind, nicht aber innerhalb einer Ortsstelle. Gewiß werden wir in diesem Kampf gegen die Gewerkschaftsbureaukratie, wenn nötig, auch vor einer Zertrümmerung der Organisationsform nicht zurückschrecken. Doch müssen wir uns darüber klar sein, daß das nur im äußersten Notfall geschehen kann, und daß es besser ist, wenn wir nicht gezwungen sind, diesen Weg zu gehen.

Wir müssen uns bewußt bleiben, daß der Kampf nicht rein organisatorisch zu führen ist, sondern daß er dem höheren Ziel untergeordnet werden muß, die Masse selbst auf eine höhere Stufe ihrer politischen und ökonomischen Erkenntnis zu bringen. Der Zweck unserer Kämpfe ist, wie es in den Leitsätzen heißt, ein doppelter. Es gilt erstens die Sabotage der wirtschaftlichen Kämpfe durch die Bureaukratie zu brechen,

dann gilt es aber auch, die Masse des Proletariats aus seiner jetzigen Schwäche und Indolenz herauszuführen.

Ich komme zum Schluß. Ich betonte, daß die Gewerkschaften ihrem Wesen nach nicht revolutionär sind. Daß sie **konterrevolutionär** wurden, lag an den Verhältnissen. Die Gewerkschaften konnten sich sättigen. Das ist heute unmöglich. Darum gestatten uns heute die Verhältnisse eine Revolutionierung. Heute kann ein ehrlicher Revolutionär einen gewerkschaftlichen Posten einnehmen, ohne daß ihn die Verhältnisse zum Knecht des Kapitals umformen. Es gilt praktisch zu arbeiten im kleinsten Ort und im kleinsten Betrieb. Die Gewerkschaften müssen von uns mit neuem Geist erfüllt werden. Erschien dieser Plan vor dem Kriege phantastisch, so ist heute seine Verwirklichung gebieterische Pflicht. Allerorts müssen sich unsere Genossen fraktionsweise zusammenschließen und einen solidarischen Kampf auf der ganzen Linie führen. Es ist höchste Zeit, daß wir endlich vom Reden und Projekteschmieden zum einheitlichen Handeln kommen.

Der Referent stellt den Antrag, den zweiten Absatz der These 8 wie folgt zu ändern:

„Die K.P.D. empfiehlt daher, den Kampf gegen die Gewerkschaftsbureaukratie aufzunehmen mit dem Ziele, die konterrevolutionäre Gewerkschaftsbureaukratie von den Massen zu isolieren. Zu diesem Zweck schließen sich die Kommunisten innerhalb der Ortszahlstellen fraktionsmäßig zusammen und führen den Kampf mit ihr innerhalb und, wenn es sein muß, außerhalb der Gewerkschaft."

Korreferent K.-Rheinland-Westfalen: Die Ausführungen des Referenten decken sich nicht mit den Leitsätzen, die uns von der Zentrale vorgeschlagen werden. Während die Zentrale die Zusammenfassung der Arbeiter nach Betrieben für die Bergarbeiter und Eisenbahner anerkennt, lehnt sie Union- resp. Betriebsorganisation allgemein ab und sieht in den Gewerkschaften die gegebenen Organisationen für den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter. Das Leitmotiv seiner Ausführungen war nicht Zertrümmerung der konterrevolutionären Organisationen, sondern Eroberung.

Haben während des Krieges die Gewerkschaften die Arbeiter an den Imperialismus verkauft und jeden Kampf der Arbeiter unterbunden, so haben sie sich während der Revolution direkt in den Dienst der Reaktion gestellt und als treueste Stützen der bankerotten kapitalistischen Gesellschaft bewertet. Wo die Arbeiter aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen in den Streik traten, haben die Gewerkschaften im Verein mit den weißen Garden die Arbeiter bekämpft. Am krassesten ist dieses bei dem Streik der Bergarbeiter in Rheinland-Westfalen in die Erscheinung getreten, wo die Bergarbeiterverbände die Bergarbeiter auch bei ihren wirtschaftlichen Forderungen im Stich gelassen haben. Der kapitalistische Staat stand ihnen höher als die Interessen der Arbeiter. Die Gewerkschaftsbureaukratie hat sich auf die Seite der Grubenbesitzer gestellt und mit Hilfe ihres Organisationsapparates die Forderungen der Bergarbeiter auf Verkürzung der Schichtzeit sowie alle anderen Forderungen bekämpft und versucht, die Geschlossenheit der Bergarbeiter in der selbstgeschaffenen Zechenräteorganisation zu zerbrechen. Mit der Drohung des Ausschlusses der Schachtdelegierten aus der Gewerkschaft zwang die Gewerkschaftsbureaukratie und ihr Anhang die Bergarbeiter, gegen die vier Bergarbeiterverbände Stellung zu nehmen und die „Allgemeine Bergarbeiter-Union" zu gründen. Die Form und das Pro-

gramm hat die Revolution bestimmt. Um die Betriebsräte sammelten sich alle im Betriebe beschäftigten Arbeiter, und in dieser Gliederung wurde sowohl für wirtschaftliche Besserstellung, politische Rechte wie für die soziale Befreiung gekämpft. Die Betriebsorganisation mußte die Form der neuen Organisation werden.

Wie die K.P.D. die revolutionären Kämpfe der Bergarbeiter unterstützt hat, so hat sie nachher auch die neue revolutionäre Organisation unterstützt.

Die Gewerkschaften sind in ihrer Gesamtheit konterrevolutionär. Durch ihre Arbeitsgemeinschaftspolitik müssen sie Gegner jedes Kampfes sein. Wo auch die Arbeiter gezwungen waren, in den Kampf zu treten, war die Gewerkschaft keine Stütze für die Arbeiter, geschweige denn die Führerin. Im revolutionären Kampf trat sie offen auf die Seite der Reaktion. Diese Erfahrung mußten nicht nur die Bergarbeiter, sondern die Arbeiter allerorts, wo gekämpft wurde, machen. Aus dieser Tatsache hat aber die große Masse der Arbeiter noch nicht die Konsequenz gezogen. Das Beispiel der Bergarbeiter fand aber trotzdem einen Widerhall in der übrigen revolutionären Arbeiterschaft, und so versuchte man auch an anderen Orten Arbeiterunionen zu gründen. Es sind zum größten Teile kümmerliche Gebilde geblieben, weil sie nicht in Massenkämpfen geboren wurden. Trotzalledem kann man aber den Unionen die Existenzberechtigung nicht absprechen. Alle zukünftigen Kämpfe, welche die Arbeiter zu führen gezwungen sind, werden erneut die Kampfunfähigkeit der Gewerkschaften beweisen. Es werden sich infolgedessen große Teile der Arbeiterschaft von ihnen abwenden. Während des Krieges und besonders während der ersten Monate der Revolution haben die meist aktivsten Elemente der Arbeiterschaft sich der syndikalistischen Organisation zugewandt. Heute sehen wir überall, auch in unserer Partei, die Wirkung hiervon. Die Gewerkschaftsfrage ist eine der wichtigsten Fragen für die kommunistische Partei, und sie kann nicht so einseitig, wie vom Referenten vorgeschlagen, gelöst werden. Sowohl den Unionen wie den Gewerkschaften müssen wir die notwendige Beachtung schenken. Die Unionen müssen, befreit von allem föderalistischen und syndikalistischen Beiwerk, zusammengeschmolzen werden. In den Gewerkschaften müssen wir unsere Genossen zu Fraktionen zusammenzufassen, um mit einer einheitlichen kommunistischen Politik auch dort die Massen zu beeinflussen. Versuchen wir die aus den unterschiedlichen Verhältnissen entspringenden taktischen Maßnahmen gegenüber den Gewerkschaften zu einer Einheit zu bringen und nicht durch Einseitigkeit uns auszuzeichnen, dann schaffen wir am besten die Vorbedingungen für die kommenden revolutionären Kämpfe. Ich bin fest überzeugt, die Gewerkschaften in ihrer heutigen Form sind trotz der großen Mitgliederzahl überlebte Gebilde und die Zukunft gehört als wirtschaftlicher Organisation der Arbeiter den auf den Betrieben basierenden, nach Industrien gegliederten „Allgemeinen Arbeiterunionen".

In der Diskussion spricht zunächst H.-Essen: Er erklärt, er stehe auf dem Boden der Arbeiterunionen. Er wünscht die Annahme der Leitsätze der Zentrale mit der Abänderung, wie sie vom Referenten vorgeschlagen wurde.

Sch.-Hanau wünscht, daß ein Mitglied der Zentrale sich zur Gewerkschaftsfrage äußern solle und daß dann im Hinblick auf die vorgeschrittene Zeit die Debatte geschlossen wird.

Es wird beschlossen, einem Mitglied der Zentrale außerhalb der Reihenfolge der Rednerliste das Wort zu erteilen.

Ein Mitglied der Zentrale erklärt*): Der Standpunkt der Rheinländer, Zerstörung der Gewerkschaften von außen, sei als allgemeiner falsch. Im Rheinland haben sich die Verhältnisse unter ganz besonderen Bedingungen entwickelt. Es handelt sich dort auch um einen geschlossenen Wirtschaftskörper, ebenso wie bei den Eisenbahnern. Gerade in der Gewerkschaftsfrage muß sich die Stellung nach den verschiedenen Verhältnissen richten. Die kleinen kommunistischen Betriebsorganisationen in Berlin haben bei dem Metallarbeiterstreik vollständig versagt. Solche Streiks wie der jetzige in Berlin werden sich in nächster Zeit wiederholen, defensive Streiks mit rein wirtschaftlichen Parolen. Organisationen aus der blanken Theorie heraus müssen in diesem Kampfe zerbrechen. Es stimmt: die Gewerkschaften sind ein schlechthin konterrevolutionärer Faktor in der Geschichte der deutschen Revolution. Deshalb ist unsere Aufgabe, die Gewerkschaften als konterrevolutionäre Faktoren auszuschalten. Wir können annehmen, daß auch die U. S. P. zum direkten Werkzeug der Konterrevolution sich nicht hergibt. Die Frage für uns ist: Wie gestalten wir den Kampf um die Gewerkschaften zu einer nicht reinen Organisationsfrage? Der Metallarbeiterverbandstag in Stuttgart stellt einen gewaltigen Fortschritt dar, schon dadurch, daß überhaupt mit politischen Parolen gekämpft wird. Der Parole „Einzelaustritt aus den Gewerkschaften" müssen wir mit aller Entschiedenheit entgegentreten, wir müssen den Kampf in dem Entwicklungsstadium führen, in dem wir stehen, kein Entwicklungsstadium kann übersprungen werden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Der Antrag des Referenten auf Abänderung des zweiten Absatzes der These 8 der Leitsätze über die Gewerkschaftsfrage wird mit 16 gegen 8 Stimmen angenommen. Die so abgeänderten Leitsätze werden einstimmig angenommen.

Ein Geschäftsordnungsantrag, die „Frauenagitation" von der Tagesordnung zu streichen, wird angenommen.

5. Punkt der Tagesordnung:

Neuwahl des Zentralausschusses.

Die von den einzelnen Bezirken zu diesem Punkt gestellten Anträge werden außer denen, die sich auf die Zusammensetzung des Zentral-Ausschusses beziehen, diesem überwiesen.

Ein Mitglied der Zentrale befürwortet einen Antrag, statt 12 nur 7 Mitglieder in die engere Zentrale zu wählen. Dazu sind für den gesamten Zentralausschuß noch 13 Mitglieder, die nach dem Statut die laufenden Geschäfte des Zentralausschusses zu führen haben, zu wählen, und zwar nach den Vorschlägen der Bezirke, wobei immer zwei Bezirke gemeinsam einen Vorschlag zu machen haben. Über die Zusammensetzung der Zentrale teilt der Redner mit, daß sich die engere Zentrale zusammensetzen soll aus zwei Politikern, einem literarischen Mitarbeiter und vier Organisatoren. Unter den Organisatoren sind je einer notwendig für den Innendienst, für den Außendienst, für die rein technischen Geschäfte und für Gewerkschaftsfragen. Alle sieben müssen der Zentrale angehören und

*) Eine vollständige und genaue Wiedergabe der Erklärung kann leider nicht gegeben werden, weil eine Niederschrift durch den Schriftführer nicht erfolgte.

am Sitz der Zentrale ihren Wohnsitz nehmen. Wir müssen daran festhalten, daß die aus den Bezirken vorgeschlagenen Mitglieder des Zentralausschusses nicht ihrem Bezirk, sondern der Gesamtpartei verantwortlich sind. Der Vorschlag, in den Zentralausschuß 13 Mitglieder zu entsenden, wird angenommen.

Es erfolgt nun die Wahl der 7 Mitglieder der engeren Zentrale. Gleichzeitig sollen 7 Ersatzleute gewählt werden. Die Konferenz beschließt, die Ersatzleute im besonderen Wahlgang zu wählen. Vor Eintritt in die Wahlhandlung erklärt ein Mitglied der Zentrale, daß es eine Wiederwahl unter allen Umständen ablehne. Bei dieser Ablehnung bleibt der Genossen auch, trotzdem fünf Genossen unter Zustimmung des ganzen Parteitages ihn ersuchen, wieder in die Zentrale einzutreten. Es werden 7 Mitglieder in die Zentrale und 7 Ersatzleute gewählt. Für die Wahl der Mitglieder des Zentralausschusses sollen die Bezirke sich erst wegen ihrer Vorschläge verständigen.

Nach Erledigung verschiedener kleiner Angelegenheiten wird der Parteitag mit einem Hoch auf die kommunistische Partei und die dritte Internationale geschlossen.

Die vom Parteitag angenommenen Leitsätze:

Leitsätze über Kommunistische Grundsätze und Taktik.

1. Die Revolution, geboren aus der wirtschaftlichen Ausbeutung des Proletariats durch den Kapitalismus und aus der politischen Unterdrückung durch die Bourgeoisie zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Ausbeutungsverhältnisses, hat eine zweifache Aufgabe:

Beseitigung der politischen Unterdrückung und Aufhebung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses.

2. Die Ersetzung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses durch die sozialistische Produktionsordnung hat zur Voraussetzung die Beseitigung der politischen Macht der Bourgeoisie und deren Ersetzung durch die Diktatur des Proletariats.

3. In allen Stadien der Revolution, die der Machtergreifung des Proletariats vorangehen, ist die Revolution ein politischer Kampf der Proletariermassen um die politische Macht.

Dieser Kampf wird mit allen politischen und wirtschaftlichen Mitteln geführt.

Die K.P.D. ist sich bewußt, daß dieser Kampf nur mit den größten politischen Mitteln (Massenstreik, Massendemonstration, Aufstand) zum siegreichen Ende gebracht werden kann.

Dabei aber kann die K.P.D. auf kein politisches Mittel grundsätzlich verzichten, das der Vorbereitung dieser großen Kämpfe dient. Als solches Mittel kommt auch die Beteiligung an Wahlen in Betracht, sei es zu Parlamenten, sei es zu Gemeindevertretungen, sei es zu gesetzlich anerkannten Betriebsräten usw.

Da aber diese Wahlen als nur vorbereitende Mittel dem revolutionären Kampf unterzuordnen sind, kann auf die Anwendung dieser Mittel in ganz besonderen politischen Situationen verzichtet werden, nämlich wenn im Gange befindliche und auf die Entscheidung gehende revolutionäre Aktionen die Anwendung parlamentarischer Mittel vorübergehend oder dauernd überflüssig machen.

Die K.P.D. lehnt daher einerseits die syndikalistische Auffassung von der Überflüssigkeit oder Schädlichkeit politischer Mittel, anderseits die Auffassung der U.S.P. ab, daß revolutionäre Errungenschaften auch im Wege parlamentarischer Beschlüsse oder Verhandlungen mit der Bourgeoisie herbeigeführt werden könnten.

Die Beteiligung oder Nichtbeteiligung an den Wahlen sind von der Reichskonferenz oder vom Parteitag einheitlich für das ganze Reich zu bestimmen.

4. Schon vor Eroberung der Macht ist auf den Ausbau bestehender und die Schaffung neuer Räteorganisationen das größte Gewicht zu legen.

Dabei ist zunächst freilich im Auge zu halten, daß Räte und Räteorganisationen nicht durch Statuten, Wahlreglements usw. geschaffen werden können und daß sie nicht durch Statuten, Wahlreglements usw. gehalten werden können.

Sie verdanken ihre Existenz vielmehr allein dem revolutionären Willen und der revolutionären Aktion der Massen und sind der ideologische und organisatorische Ausdruck des Willens zur Macht für das Proletariat geradeso, wie das Parlament dieser Ausdruck für die Bourgeoisie ist.

Aus diesem Grunde sind die Arbeiterräte auch die gegebenen Träger der revolutionären Aktionen des Proletariats. Innerhalb dieser Arbeiterräte haben sich die Mitglieder der K.P.D. fraktionsmäßig zusammenzuschließen und zu versuchen, durch geeignete Parolen die Arbeiterräte auf die Höhe ihrer revolutionären Aufgabe zu erheben und die Führung der Arbeiterräte und der Arbeitermassen zu gewinnen.

5. Die Revolution, die kein einmaliges Schlagen, sondern das lange zähe Ringen einer seit Jahrtausenden unterdrückten und daher ihrer Aufgabe und ihrer Kraft nicht von vornherein voll bewußten Klasse ist, ist dem Auf- und Abstieg, der Flut und Ebbe ausgesetzt. Sie ändert ihre Mittel je nach der Lage, sie greift den Kapitalismus bald von der politischen, bald von der wirtschaftlichen, bald von beiden Seiten an. Die K.P.D. bekämpft die Anschauung, als löste eine wirtschaftliche Revolution eine politische ab.

Die wirtschaftlichen Kampfmittel sind von besonderer Bedeutung, weil sie dem Proletariat über die eigentlichen Ursachen seines wirtschaftlichen und politischen Elends in ganz besonderem Maße die Augen öffnet. Der Wert dieser Kampfmittel steigt um so mehr, als in dem Proletariat die Einsicht wächst, daß auch diese wirtschaftlichen Kampfmittel dem politischen Ziel der Revolution dienen.

Aufgabe der politischen Partei ist es, dem Proletariat den ungehinderten, auch von keiner konterrevolutionären Gewerkschaftsbureaukratie gehemmten Gebrauch dieser wirtschaftlichen Mittel zu sichern, wo nötig, selbst um den Preis der Zerstörung der Form der Gewerkschaft und Schaffung neuer Organisationsformen.

Die Anschauung, als könne man vermöge einer besonderen Organisationsform Massenbewegungen erzeugen, daß die Revolution also eine Frage der Organisationsform sei, wird als ein Rückfall in kleinbürgerliche Utopie abgelehnt.

6. Die wirtschaftliche Organisation ist die, in der die breiten Massen sich sammeln. Hier steht ein wichtiger, wenn auch nicht der einzige Teil der Masse, die den revolutionären Kampf durchführt.

Die politische Partei ist demgegenüber zur Führung des revolutionären Massenkampfes berufen. In der K.P.D. sammeln sich die vorgeschrittensten

und zielklarsten Elemente des Proletariats, die dazu berufen sind, in den revolutionären Kämpfen voranzugehen.

Im Interesse der Einheitlichkeit, geistigen Schulung und Übereinstimmung dieser Führerschicht müssen sie in der politischen Partei vereinigt sein.

Die syndikalistische Meinung, daß diese Vereinung der zielklarsten Proletarier in einer Partei nicht notwendig sei, daß vielmehr die Partei gegenüber den wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats zu verschwinden habe, oder in ihnen aufgehen müsse, oder daß die Partei ihre Führung in revolutionären Aktionen zugunsten von Betriebsorganisationen usw. aufgeben und sich auf Propaganda beschränken müsse, ist gegenrevolutionär, weil sie die klare Einsicht der Vorhut der Arbeiterklasse durch den chaotischen Trieb der in Gärung geratenen Masse ersetzen will.

Die Partei kann aber dieser Aufgabe nur gerecht werden, wenn sie in revolutionären Epochen in straffster Zentralisation vereinigt ist. Föderalismus in solchen Zeiten ist nur die versteckte Form für die Verneinung und Auflösung der Partei, weil Föderalismus in Wirklichkeit die Partei lähmt. Ebenso wie für die politische ist für die wirtschaftliche Organisation des Proletariats straffste Zentralisation erforderlich. Der Föderalismus in wirtschaftlichen Organisationen macht einheitliche Aktionen der Arbeiter unmöglich. Die K.P.D. verwirft jeden Föderalismus.

7. Mitglieder der K.P.D., die diese Anschauungen über Wesen, Organisation und Aktion der Partei nicht teilen, haben aus der Partei auszuscheiden.

Leitsätze über den Parlamentarismus.

I.

1. Das Parlament ist neben anderem ein Mittel der herrschenden Klassen zur Ausübung und Aufrechterhaltung der politischen Macht. Wie gegen die politische Macht der Bourgeoisie überhaupt, führt das Proletariat auch gegen dieses politische Mittel der Bourgeoisie einen Kampf, der bis zur Vernichtung der politischen Macht der Bourgeoisie und bis zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat dauert.

2. Wie alle anderen Mittel der Bourgeoisie zur Ausübung und Aufrechterhaltung der politischen Macht mit der Eroberung der politischen Macht zerstört werden müssen — Bureaukratie, Gerichtsorganisation, weiße Garden usw. —, so wird auch das Parlament mit diesem Zeitpunkt zerstört werden. Während andere Organisationen nach Ergreifung der Macht durch das Proletariat in neuer Form und neuem Geist werden aufgebaut werden müssen — so Gerichtsorganisation, militärische Macht usw. —, wird das Parlament dauernd zerstört bleiben. Seine Funktionen im Stadium nach der Eroberung der politischen Macht werden durch die Arbeiterräte völlig ersetzt. Denn in der ersten Epoche nach der Machtergreifung, der Epoche der proletarischen Diktatur, bedarf das Proletariat der schärfsten und konzentriertesten Willensanspannung zur Aufrechterhaltung seiner Macht. — Die Räteorganisation ist dann der klarste Ausdruck des Willens des Proletariats zur Macht, wie die Macht selbst. Ein Parlament, das lediglich ein Mittel einer herrschenden Minderheit ist, einer beherrschten Minderheit die Demokratie vorzuspiegeln, ist in dieser Epoche, in der die herrschende Mehrheit, das Proletariat, der beherrschten Minderheit von Kapitalisten, Spekulanten und Gegenrevolutionären gegenübersteht, nicht mehr vonnöten.

In der zweiten Epoche aber, der klassenlosen Gesellschaft, ist das Parlament, ein Mittel der Klassenherrschaft, völlig undenkbar.

Die K. P. D. steht also dem Parlamentarismus als einem Mittel zur Ausübung einer Klassenherrschaft grundsätzlich ablehnend gegenüber.

3. Im gegenwärtigen Zeitpunkt handelt es sich für das Proletariat *nicht* darum, wie es seine politische Macht *ausübe*, sondern *darum*, wie es zur politischen Macht *gelange*. Den Kampf um diese politische Macht führt das Proletariat mit allen ihm gegebenen politischen und wirtschaftlichen Mitteln. Die Tatsache, daß eine Epoche größerer und größter Kämpfe — Massendemonstrationen, Massenstreiks, offener Aufstand — gekommen ist, zwingt das Proletariat noch nicht, auf kleinere Mittel, zu denen auch die Ausnutzung der Parlamente gehört, *dauernd* zu verzichten. Sind solche großen Kämpfe entbrannt, so treten solche kleineren Mittel von selbst in den Hintergrund.

Sind die großen Kämpfe ohne entscheidenden Sieg abgeflaut, oder sind sie in Vorbereitung, so treten naturgemäß die kleineren Mittel in den Vordergrund. **Lediglich diese Erwägung ist für die Stellung der K. P. D. zur Frage der Anteilnahme an Wahlen und parlamentarischen Aktionen entscheidend.** Die Frage ist eine rein taktische.

4. In keinem Falle kann durch das Parlament und durch die parlamentarische Aktion, durch parlamentarische Abstimmungen und Mehrheitsbeschlüsse die politische Macht errungen werden. Wie die Bourgeoisie im Falle ungünstiger parlamentarischer Beschlüsse zu anderen Mitteln greifen würde, um die politische Macht sich zu erhalten, so muß auch das Proletariat sich gewärtig sein, daß es andere Mittel ergreifen muß, um sich die politische Gewalt zu *holen*. Nur die große Aktion der Massendemonstrationen, Massenstreik, Aufstand — bringen die Entscheidung. Die Teilnahme an parlamentarischer Wahl und Tätigkeit dient allein dem Ziel, jene Aktionen agitatorisch und organisatorisch vorzubereiten.

5. Damit ist auch der ganze Unterschied der Stellung der K.P.D. und der U.S.P.D. in der Frage der Parlamente gekennzeichnet. Die Teilnahme der U.S.P. zielt auf Errungenschaften und Erfolge innerhalb des Parlaments. Der K.P.D. sind die „positiven" Erfolge nebensächlich, ihr Ziel liegt außerhalb des Parlaments. Die U.S.P. verspricht sich von den Beschlüssen des Parlaments einiges oder alles. (Verankerung der Verfassung.) Die K.P.D. verspricht sich von den Beschlüssen nichts. Die U.S.P. sieht in den parlamentarischen Aktionen den Ersatz für revolutionäre Kämpfe, die K.P.D. in ihnen ein Mittel ihrer Herbeiführung. **Die U. P. bedient sich des Parlaments zur Einwirkung auf die herrschenden Klassen, die K. P. D. zur Einwirkung auf die Massen.**

6. In Anwendung dieser Grundsätze wird die K.P.D. über Beteiligung an Wahlen Beschluß fassen, sobald an sie die Notwendigkeit herantritt.

Parlamentarische Vertreter, die in ihrer Tätigkeit diesen Grundsätzen zuwiderhandeln, sind von ihren Organisationen abzuberufen.

II.

Nicht nur die Tätigkeit innerhalb der Parlamente, sondern nach Lage der Verhältnisse auch das Ausscheiden aus den Parlamenten kann von revolutionierender Wirkung auf das Proletariat und ein revolutionärer Akt sein.

Die Kommunisten in den Parlamenten haben dementsprechend in entscheidenden politischen Konflikten entweder auszuscheiden oder ihren Ausschluß aus den Parlamenten durch die Bourgeoisie herbeizuführen.

Das Ausscheiden soll in den Augen der gesamten Arbeiterschaft

als revolutionäre Aktion erfaßt werden und zur Auslösung der revolutionären Massenaktion führen.

Ihre Tätigkeit ist auf die Herbeiführung solcher Konflikte zu richten.

Leitsätze über die Gewerkschaftsfrage.

1. Hatte schon vor dem Kriege das Anwachsen und die Konzentration der Kapitalien, deren Zusammenfassung und einheitliche Leitung in Trusts, Syndikate und Arbeitgeberverbänden die gewerkschaftliche Politik der kleinen Reformen, der Lohnverbesserungen und Tarifverträge vor eine Mauer gestellt, so ist mit dem Zusammenbruch des deutschen Imperialismus und mit dem Beginn des offenen Kampfes zwischen Kapital und Arbeit diese Politik völlig aussichtslos geworden.

Die Zerrüttung, in die die Wirtschaft durch den Krieg geraten ist, die unerträgliche Schuldenlast gegen In- und Ausland, die Entwertung der Mark und damit die Unmöglichkeit, fehlende Rohstoffe in rationeller Weise zu beschaffen, die Unmöglichkeit, gegenüber den Verpflichtungen an das Ausland das Inland mit genügend heimischen Rohstoffen zu versehen, die Unmöglichkeit, aus dem In- oder Ausland genügend Nahrungsmittel zu beschaffen, die Unmöglichkeit, der dauernden Entwertung der Zahlungsmittel, dem damit verbundenen Sinken des Reallohnes, der damit verbundenen Notwendigkeit, die Lohnsätze wieder zu erhöhen, neue Banknoten zu drucken und damit neue Entwertung der Mark herbeizuführen; das alles zwingt einerseits die Bourgeoisie, die Ausbeutung der Proletarier bis zur äußersten Grenze zu treiben und gestaltet andererseits die ökonomische Lage der Bourgeoisie so, daß jeder Versuch, diese äußerste Ausbeutung zu verhindern, das ganze kapitalistische Wirtschaftssystem zum Einsturz zu bringen droht. Jeder Versuch der Besserung der wirtschaftlichen Lage des Proletariats, sei es Verkürzung der Arbeitszeit, sei es Erhöhung des Reallohnes, sei es Schutz gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit, geht dem Kapitalismus ans Leben.

Ja noch mehr. Um seiner Weiterexistenz willen ist der Kapitalismus gezwungen, die Lage des Proletariats noch zu verschlechtern, die Ausbeutung noch über die derzeitigen Grenzen hinauszutreiben. Schon die Abwehr solcher Maßnahmen, wie Herabsetzung der Stundenlöhne, Heraufsetzung der Arbeitszeit, Wiedereinführung der Akkordarbeit usw. sind für den Kapitalismus tödlich. Er muß, wenn er leben will, schärfer ausbeuten als bisher.

2. In klarer Erkenntnis dieser Tatsachen hat die Bourgeoisie es längst aufgegeben, von „rein wirtschaftlichen" Kämpfen zu reden und die Staatsgewalt als quasi neutral beiseite zu lassen. Bisher nur geheim und unterdrückt, heute direkt und offen sind die politischen Gewalten in den Dienst der ökonomischen Ausbeutung gestellt. Noskegarden, die die Ausständigen mit Maschinengewehren in die Fabriken treiben, staatlich organisierte Streikbrechergarden, die in bestreikten Betrieben Dienste tun, Belagerungszustand, Kriegsgerichte, Preßverbote usw. sind das Zeugnis dafür.

3. Nicht nur deswegen, weil jeder wirtschaftliche Kampf heute von der Bourgeoisie mit politischen Mitteln, steigend bis zur Massenerschießung geführt wird, sondern aus denselben objektiven Gründen wie die Bourgeoisie, erkennt auch das Proletariat, daß heute jeder wirtschaftliche Kampf nicht nur ein politischer ist, sondern ein revolutionärer, weil er, mag er wollen oder nicht, das kapitalistische Gebäude zu sprengen droht. Die von den deutschen Gewerkschaften bisher verfolgte Politik der rein wirtschaftlichen Kämpfe, der politischen Neutralität und der „Ablehnung" des politischen Massenstreiks ist durch die Tatsachen überholt.

4. Aus dieser Einheit von wirtschaftlichem und politischem Kampf — beides nur Erscheinungsformen eines und desselben revolutionären Kampfes — folgt keineswegs die Notwendigkeit einer Einheit von politischer und gewerkschaftlicher Organisation.

Die politische Organisation der K. P. D. hat zur Aufgabe die Sammlung der *vorgeschrittensten* Elemente der Arbeiterschaft auf der Grundlage des Programms der K. P. D.

Die wirtschaftliche Organisation hat zur Aufgabe die Sammlung des *gesamten* Proletariats, das Objekt kapitalistischer Ausbeutung ist.

Grundlage der politischen Organisation ist der gemeinschaftliche Wille zur Erreichung eines *künftigen* politischen Zustandes.

Grundlage der gewerkschaftlichen Organisation ist die Tatsache eines *bestehenden* wirtschaftlichen Zustandes.

Aufgabe der politischen Organisation ist die *Führung* im politischen Kampfe. Diese Aufgabe kann von einer Minderheit gelöst werden.

Aufgabe der wirtschaftlichen Organisation ist die *Durchführung des Kampfes selbst*; diese Aufgabe kann nur von geschlossenen proletarischen Massen gelöst werden.

Der wirtschaftlichen Organisation fallen im Stadium des Aufbaues besonders schwierige Aufgaben zu; die politische Partei kann aus sich diese Aufgaben nicht lösen.

5. Aus dieser grundsätzlichen Verschiedenheit ergibt sich auch das Verhalten gegenüber den Gewerkschaften.

Die politische Partei der K.P.D. konnte sich dadurch bilden, daß sich jene vorgeschrittensten Elemente von der S.P.D. bzw. U.S.P.D. loslösten und die eigene Partei bildeten; die Aufgabe der Führung entstehender Aktionen war ihr trotzdem und eben deswegen möglich.

Die Herausnahme der vorgeschrittensten Elemente aus dem gewerkschaftlichen Heerhaufen des Proletariats lähmt und unterbindet die Schlagkraft der Massen, nimmt aus ihnen den Gärstoff und hemmt so den Ausbruch und die Durchführung revolutionärer Massenkämpfe überhaupt.

6. Die wirtschaftliche Massenaktion allein kann nicht das Werk der Revolution vollenden. Sie kann nicht zum unmittelbaren Siege des Proletariats führen, kann vielmehr nur dadurch, daß sie die Massen zusammenfaßt und in Bewegung bringt, die revolutionäre Aktion zu höheren Formen, d. h. zum Generalaufstand, zum Aufstand des gesamten werktätigen Volkes hinaufführen.

Von dieser Auffassung ausgehend, daß die wirtschaftliche Aktion nur ein Glied in der Gesamtaktion der Massen ist, verwirft die K.P.D. jene Formen des wirtschaftlichen Kampfes, die nicht Massenaktion, sondern Individualakt sind. Sie verwirft die Sabotage als ein anarchistisches Mittel, das durch individuellen Akt die Aktion der Massen zu ersetzen sucht, in Wirklichkeit aber durch Akte individuellen Terrors die Aktion der Massen lähmt.

Von diesem Gesichtspunkt aus bedarf auch das Mittel der passiven Resistenz einer besonderen Würdigung. Die passive Resistenz im gegenwärtigen Augenblick, als Ausdruck der herabgesetzten Ernährung und durch Krieg und Hungersnot hervorgerufenen physischen und psychischen Erschöpfung ist eine natürliche gesellschaftliche Erscheinung und ein Akt berechtigter Notwehr des Proletariats.

Ein Mittel jedoch, durch dessen Ausübung das Proletariat die Macht erobern könnte, ist sie nicht. Im Gegensatz zum Streik, der einer Steigerung zur Demonstration, zum Massenaufstand, zum Generalaufstand und

damit zum endgültigen Siege fähig ist, ist die passive Resistenz einer solchen Steigerung nicht fähig und sie führt daher ganz von selbst zu einer Verflächung der wirtschaftlichen Kämpfe.

7. Die Tatsache, daß die Gewerkschaften heute zu einem Werkzeug der Bourgeoisie und der Gegenrevolution geworden sind, ist keine Organisationsfrage. Sie ist lediglich das Widerspiel der Tatsache, daß das Proletariat in seinen weiten Schichten sich über seine Klassenlage und über die Mittel zu deren Änderung, kurzum über Wesen und Ziel der Revolution noch nicht im klaren ist. Diese Änderung der geistigen Konstitution des Proletariats würde auch nicht dadurch herbeigeführt werden, wenn man die Proletarier aus der einen Organisation hinausnähme und sie einer anderen zuführte.

Dieser Umwandlungsprozeß kann vielmehr nur durchgeführt werden einerseits durch unermüdliche Agitation und Aufklärung in den Massen und innerhalb ihrer Organisation, andererseits aber — und im wesentlichsten durch die praktische Schule des Kampfes; des wirtschaftlichen Kampfes gegen das Unternehmertum — in dem die Gewerkschaftsbureaukratie immer ausgesprochener auf der Seite des Kapitals stehen wird — als auch des organisatorischen Kampfes gegen die Gewerkschaftsbureaukratie selbst.

Diese Aufgabe und dieser Kampf können nur erfolgreich durchgeführt werden, wenn die Mitglieder der K. P. D. in engster Fühlung mit diesen Massen bleiben und nicht davonlaufen. Die K. P. D. sieht aber im Einzelaustritt einen individuellen Akt, der mit Rücksicht auf die verbleibenden Massen sehr schädlich wirken kann.

8. Die konterrevolutionäre Sabotage des wirtschaftlichen Kampfes durch die Gewerkschaftsbureaukratie hat einen Grad von Gefährlichkeit erreicht, daß unmittelbare Maßnahmen dagegen notwendig sind.

Die K. P. D. empfiehlt daher den Kampf gegen die Gewerkschaftsbureaukratie aufzunehmen mit dem Ziele, die konterrevolutionäre Gewerkschaftsbureaukratie von den Massen zu isolieren. Zu diesem Zweck schließen sich die Kommunisten innerhalb der Ortszahlstellen fraktionsmäßig zusammen und führen den Kampf mit ihr innerhalb und, wenn es sein muß, außerhalb der Gewerkschaft.

9. Wo es sich um einheitliche geschlossene Wirtschaftskörper handelt, wie im Bergarbeiterrevier von Rheinland-Westfalen, oder wie bei den Eisenbahnern, wo also zwischen Wirtschaftskörper und Berufszweig ganz oder nahezu Identität herrscht, kann mit diesem Kampfe der Kampf um die neue Organisationsform der Betriebsorganisation verbunden werden. In diesen ihrer Natur nach in Riesenbetrieben vereinigten Gewerken bedeutet die Betriebsorganisation nicht nur eine neue Organisationsform, sondern hier ist auch diese Betriebsorganisation ohne weiteres möglich.

In allen anderen Fällen aber, namentlich da, wo die Gewerke sich ihrer Natur nach in vielen Betrieben verzetteln, so etwa Transportarbeiter, Holzarbeiter, teilweise Metallarbeiter usw. kann diese neue Organisationsform nicht die Plattform für den Kampf abgeben, weil deren Durchführbarkeit je nach örtlichen und beruflichen Verhältnissen sich richtet.

10. Im einen wie im anderen Falle darf der Kampf niemals ein rein organisatorischer werden. Auch dieser gewerkschaftliche Kampf ist dem höheren Ziel unterzuordnen, die Masse als solche durch diesen Kampf auf eine höhere Stufe politischer und ökonomischer Erkenntnis ihrer Lage zu erheben. In diesem Zusammenhang ist es besonders erforderlich, die gewerkschaftliche Theorie und Praxis der „rein wirtschaftlichen“ Kämpfe,

der Verwerfung der politischen Massenaktion (Kölner Kongreß usw.) grundsätzlich zu bekämpfen.

Der Zweck dieser Kämpfe ist also ein zweifacher:

direkt: die Sabotage des wirtschaftlichen Kampfes durch die Bureaukratie zu brechen;

indirekt: die Masse des Proletariats über seine jetzige Indolenz und Schwäche hinauszuführen.

11. Hiernach sich loslösende Gewerkschaftsteile sind innerhalb der Wirtschaftsgebiete zu Arbeiterunionen zusammenzufassen. Solche Arbeiterunionen können daher vorläufig aus Gruppen bestehen, die entweder beruflich oder betriebsmäßig organisiert sind. Es richtet sich nach der Art der Industrie, ob außer der obengenannten auch andere Arbeitergruppen betriebsmäßig organisiert werden können.

Ziel der ganzen Organisation ist eine Reichsarbeiterorganisation. Innerhalb dieser gruppieren sich die betriebsmäßig organisierten Arbeiter der Industrien, die andern nach Fächern.

Satzung
der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Spartakusbund).

§ 1. Mitgliedschaft.

Die Parteimitgliedschaft kann jede Person vom 14. Lebensjahr an erwerben, die Programm und Satzung der Partei anerkennt.

Aus der Partei wird ausgeschlossen, wer gegen die Grundsätze und Beschlüsse der Partei handelt. Über den Ausschluß entscheidet die Ortsgruppe, über Berufungen gegen das Urteil zunächst der Bezirksparteitag, endgültig der Gesamtparteitag.

§ 2. Ortsgruppen.

Die Ortsgruppen sind in ihrer Organisationsarbeit im Rahmen der Parteigrundsätze und Parteibeschlüsse selbständig. Sie geben sich eine eigene Satzung, welche die Betriebs- und Wohnbezirksorganisation zur Grundlage hat.

§ 3. Bezirke.

Die Ortsgruppen schließen sich nach Wirtschaftsgebieten und diese nach Agitationsbezirken zusammen.

Die höchste Instanz jedes Bezirks ist die Bezirkskonferenz. Diese setzt einen Bezirksausschuß ein, dessen Hauptaufgabe die organisatorische und propagandistische Tätigkeit im Bezirk ist. Er hat gemeinsame Aktionen zu leiten.

§ 4. Parteitag.

Der Parteitag setzt sich aus Vertretern der Bezirke zusammen, in denen auf je 1000 Mitglieder ein Vertreter von den Mitgliedern in Urabstimmung zu wählen ist. Die Wahlgruppen sind von der Bezirkskonferenz zu bestimmen. Die Vorschläge für die zu wählenden Vertreter sind von den Ortsgruppen zu machen.

Der Parteitag wird vom Zentralausschuß jährlich mindestens einmal einberufen. Auf Verlangen der Mehrheit der bestehenden Bezirke muß er berufen werden.

Die Beschlüsse des Parteitages sind für alle Mitglieder und Organisationen der Partei bindend.

§ 5. Zentralausschuß.

Der Parteitag beauftragt mit der Führung der Geschäfte der Gesamtpartei einen Zentralausschuß, der aus 20 Mitgliedern besteht. Davon wählt der Parteitag unmittelbar 7 Mitglieder, die ihren Wohnsitz am Sitz der Zentrale nehmen müssen. Die übrigen 13 Mitglieder werden vom Parteitag aus den verschiedenen Landesteilen nach Vorschlägen der Bezirke oder der Parteitagsvertreter der Bezirke gewählt. Die Mitglieder des Zentralausschusses sind untereinander gleichberechtigt. Die vom Parteitag unmittelbar gewählten Mitglieder führen die laufenden Geschäfte der Gesamtpartei. Zu den Sitzungen der engeren Zentrale sind die Leiter der Sekretariate für die Frauen- und Jugendagitation als stimmberechtigte Teilnehmer hinzuzuziehen. Der Gesamtausschuß hat die Kontrolle über die Geschäftsführung der Zentrale. Er muß regelmäßig zu Tagungen zusammentreten und bei allen wichtigen Beschlüssen mitwirken.

§ 6. Beiträge.

Die Höhe des Parteibeitrages für den Ort bestimmt die Ortsgruppe. Er muß wöchentlich mindestens 15 Pfg. für weibliche und jugendliche Mitglieder und 30 Pfg. für die übrigen Mitglieder betragen. 30 Prozent der Einnahmen sind an den Agitationsbezirk abzuführen, der davon ein Drittel an den Zentralausschuß abzuliefern hat. Die Abrechnung erfolgt alle Quartale.

§ 7. Presse.

Die Lokalpresse untersteht den Genossen des Verbreitungsgebietes. Zuschüsse der Gesamtpartei werden von den lokalen Organen verwaltet. Durch ihre Bewilligung dürfen keine besonderen Rechte des Zentralausschusses in bezug auf Anstellung und Entlassung der Redakteure bedingt werden. Bei Verstößen gegen Grundsätze und Taktik der Partei in der Lokalpresse steht dem Zentralausschuß das Recht zu, in den betreffenden Zeitungen und Zeitschriften selbst Stellung zu nehmen.

§ 8. Angestellte.

Besoldete Angestellte in leitender Stellung der Partei werden von den höchsten Instanzen (Mitgliederversammlung der Ortsgruppe, Bezirkskonferenz, Parteitag) gewählt und können jederzeit von diesen Instanzen abberufen werden. Sie haben sich alljährlich aufs neue zur Wahl zu stellen. Dringende Neuanstellungen für das Reich nimmt der Zentralausschuß vor. Sie müssen vom nächsten Parteitag bestätigt werden. Zu den Angestellten in diesem Sinne gehören: Sekretäre, Redakteure, Agitatoren und Geschäftsführer.

Bezirke:

1. **Brandenburg.** Vorort Berlin.
2. **Pommern.** Vorort Stettin.
3. **Ost- und Westpreußen.** Vorort Königsberg.
4. **Schlesien.** Vorort Breslau.
5. **Oberschlesien.** Vorort Beuthen.
6. **Niederlausitz.** Vorort Kottbus.
7. **Ost-Sachsen.** Vorort Dresden.
8. **Erzgebirge-Vogtland.** Vorort Chemnitz.
9. **Mitteldeutschland.** Vorort Leipzig.
10. **Sachsen-Anhalt.** Vorort Magdeburg.
11. **Thüringen.** Vorort Erfurt.
12. **Nieder-Sachsen.** Vorort Hannover.
13. **Nord.** Vorort Hamburg.
14. **Mecklenburg.** Vorort Lübeck.
15. **Nordwest.** Vorort Bremen.
16. **Oestliches Westfalen.** Vorort Bielefeld.
17. **Rheinland-Westfalen.** Vorort Essen.
18. **Hessen.** Vorort Hanau.
19. **Baden.** Vorort Mannheim.
20. **Württemberg.** Vorort Stuttgart.
21. **Nord-Bayern.** Vorort Nürnberg.
22. **Süd-Bayern.** Vorort München.
23. **Berlin.**

Berliner Buch- u. Kunstdruckerei, G. m. b. H., Berlin-Zossen.